

Verbreitung russischer Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs

Eine empirische Analyse politischer Kommunikation
auf Basis des Verfassungsschutzberichts 2024

September 2026

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Desinformation im europäischen und österreichischen Kontext	9
2.1 Desinformation als Herausforderung europäischer Sicherheit vor 2022	9
2.2 Russische Informationsoperationen: Ziele, Methoden und Narrative	9
2.2.1 Vorbereitung und Begleitung des Angriffskriegs	9
2.2.2 Strategische Zielsetzung	10
2.2.3 Narrative, Methoden und Instrumente	10
2.3 Wahlbeeinflussung und gesellschaftspolitische Wirkung	11
2.4 Russische Desinformation im österreichischen Kontext	12
2.5 Europäische und österreichische Gegenmaßnahmen	13
2.5.1 Der europäische Handlungsrahmen	13
2.5.2 Der österreichische Handlungsrahmen	14
3. Methodik	15
3.1 Untersuchungsdesign und Erkenntnisinteresse	15
3.2 Forschungsfragen	15
3.3 Auswahl und Operationalisierung der Narrative	16
3.4 Korpus und Datengrundlage	22
3.5 Vorverarbeitung	22
3.6 Automatisierte Klassifikation	23
3.7 Validierung und Korrektur	23
3.8 Finaler Analysedatensatz	24
3.9 Limitationen	24
4. Ergebnisse	26
4.1 Überblick: Verteilung der Narrative im parlamentarischen Diskurs	26
4.2 Haltungsverteilung: Mehrheitliche Ablehnung bei deutlichen narrativspezifischen Unterschieden	27

4.3 Institutionelle und parteipolitische Muster	29
4.4 Der Nationalrat	31
4.4.1 Gesamtbild im Nationalrat	31
4.4.2 Zeitliche Dynamik der Narrativ-Instanzen im Nationalrat	33
4.4.3 Die FPÖ im Nationalrat	35
4.4.4 Die ÖVP im Nationalrat	37
4.4.5 Die Grünen im Nationalrat	39
4.4.6 Die NEOS im Nationalrat	41
4.4.7 Die SPÖ im Nationalrat	43
4.5 Die Landtage	46
4.5.1 Gesamtbild in den Landtagen	46
4.5.2 Kärnten	48
4.5.3 Niederösterreich	50
4.5.4 Burgenland	52
4.5.5 Oberösterreich	54
4.5.6 Steiermark	56
4.5.7 Tirol	58
4.5.8 Wien	60
5. Analyse und Einordnung der Ergebnisse	63
5.1 Anschlussfähigkeit der Narrative und Sonderstellung des Sanktionsnarrativs	63
5.2 Parteipolitische Konzentration der Narrativübernahme	63
5.3 Konkurrierende Deutung und parlamentarische Gegenrede	64
6. Schlussfolgerung	65

**Die vorliegende Studie wurde unterstützt von
MEP Helmut Brandstätter, Mitglied der Renew Europe Fraktion
im Europäischen Parlament**

renew europe.

Vorwort

Demokratische Systeme geraten heute zunehmend unter Druck – nicht allein durch militärische Gewalt, sondern durch gezielte Informationsmanipulation, strategische Desinformation und hybride Einflussnahme autoritärer Akteure. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat diese Entwicklung nicht ausgelöst, hat sie aber in ihrer ganzen Tragweite für uns alle sichtbar gemacht. Desinformation ist längst zu einem sicherheitspolitischen Instrument geworden – mit dem Ziel, Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben, politische Entscheidungsprozesse zu verzerren und gesellschaftliche Polarisierung zu vertiefen.

Diese staatlich gesteuerten Desinformationsnarrative haben auch in Österreich längst Einzug gehalten. Der österreichische Verfassungsschutzbericht 2024 der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst zeigt eine Vielzahl russischer Desinformationsnarrative auf, die gezielt auf westliche Gesellschaften und politische Diskurse abzielen. Sie betreffen zentrale Fragen europäischer Politik: Die Unterstützung der Ukraine, die Wirksamkeit von Sanktionen, energiepolitische Abhängigkeit von Russland sowie die Rolle und Bedeutung der Europäischen Union als Ganzes. Klar wird dabei: Russische Manipulationsversuche zielen darauf ab, europäische Demokratien zu destabilisieren und liberale Gesellschaften und Werte systematisch zu untergraben.

Diese pro-russischen Narrative wirken überall dort, wo politische Meinungsbildung stattfindet – von Alternativmedien über soziale Netzwerke bis hin zu parlamentarischen Debatten auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Die vorliegende Studie „Verbreitung russischer Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs“ setzt genau an diesem Punkt an und untersucht, wie solche Narrative seit Februar 2022 Eingang in den österreichischen parlamentarischen Diskurs gefunden haben.

Denn staatlich gesteuerte Desinformationsnarrative in sozialen Netzwerken und Alternativmedien sind bereits für sich genommen erschreckend genug. Wenn dieselben Narrative jedoch in den parlamentarischen Diskurs vordringen, dort Glaubwürdigkeit und Legitimität erhalten, mediale Resonanz erfahren und weiterverbreitet werden, können sich Manipulationsversuche rasch zu einem Lauffeuer entwickeln, das die öffentliche Wahrnehmung und politische Debatte nachhaltig prägt und dazu führt, dass Fakten von Fake News immer schwerer zu unterscheiden sind.

Vor diesem Hintergrund kommt dem **Sonderausschuss European Democracy Shield (EUDS) des Europäischen Parlaments** zentrale Bedeutung zu. Der Ausschuss befasst sich mit der Frage, wie europäische Demokratien wirksam vor dieser externen Desinformation geschützt und zugleich die gezielte Weiterverbreitung solcher Narrative von innen verhindert werden kann. Denn Demokratie gerät dort in Gefahr, wo autoritäre Propagandanarrative unreflektiert übernommen oder bewusst zur Schwächung demokratischer Institutionen instrumentalisiert werden.

Die vorliegende Studie leistet hier einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Demokratie. Sie zeigt auf, wie insbesondere politische Ränder russische Narrative aufgreifen und weiterverbreiten und damit zur gezielten Destabilisierung demokratischer Systeme beitragen. Die Analyse macht außerdem das Ausmaß hybrider Einflussnahme und Desinformation in Österreich sichtbar und schafft eine empirische Grundlage für das Verständnis dieser Bedrohungen. Damit unterstützt sie die gemeinsame europäische Aufgabe, unsere Demokratien gegen gezielte russische Propaganda und Destabilisierungsversuche zu schützen.

Helmut Brandstätter

Mitglied des Europäischen Parlaments | Renew Europe

Executive Summary

Russische Informationsoperationen gelten nicht zuletzt seit dem Beginn des großangelegten Angriffskriegs gegen die Ukraine als zentraler Bestandteil hybrider Einflussnahme auf europäische Demokratien. Während sich die Forschung bislang vor allem auf digitale Plattformen, Medien und koordinierte Online-Netzwerke konzentriert, untersucht diese Studie, in welchem Umfang von der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) identifizierte russische Desinformationsnarrative Eingang in die institutionalisierte politische Kommunikation Österreichs finden. Im Mittelpunkt stehen fünf Narrative zu Ukraine-Unterstützung, Sanktionen gegen Russland, Energieversorgung, den wirtschaftlichen Folgen eines Ausstiegs aus russischem Gas und einem vermeintlich bevorstehenden NATO-Beitritt Österreichs. Untersucht werden ihre Präsenz und zeitliche Entwicklung, ihre parteipolitische Zuordnung sowie die Frage, ob ihre zentralen Behauptungen in parlamentarischen Reden befürwortet oder zurückgewiesen werden. Die empirische Analyse umfasst den Zeitraum vom 24. Februar 2022 bis zum 24. Februar 2025 und basiert auf einem Ausgangskorpus von 11.490 Reden im Nationalrat sowie 43.066 Reden aus acht Landtagen; Vorarlberg konnte mangels verfügbarer schriftlicher Protokolldaten nicht berücksichtigt werden. Die Auswertung erfolgte in einem mehrstufigen, LLM-gestützten Klassifikationsverfahren. Automatisch identifizierte potenzielle Narrativ-Instanzen wurden anschließend systematisch überprüft; sämtliche in den finalen Datensatz aufgenommenen Fälle wurden vom Forschungsteam einzeln manuell validiert. Der finale Datensatz umfasst 520 bestätigte Narrativ-Instanzen in 432 Reden. Die Studie misst damit diskursive Resonanz, nicht Absicht, Koordination oder Wirkung: Die inhaltliche Übereinstimmung einer parlamentarischen Aussage mit einem vom Verfassungsschutz identifizierten Narrativ erlaubt keinen belegbaren Rückschluss auf russische Einflussnahme oder die Motivation der jeweiligen Personen. Die Ergebnisse zeigen eine selektive und stark strukturierte Resonanz. Insgesamt wurden 296 Instanzen (56,9 Prozent) zurückgewiesen und 224 (43,1 Prozent) befürwortet. Eine Sonderstellung nimmt das Sanktionsnarrativ ein: Mit 184 Instanzen ist es nicht nur das am häufigsten erfasste Narrativ, sondern zugleich das einzige, dessen zentrale Behauptung im Gesamtdatensatz mehrheitlich befürwortet wird (69 Prozent). Dagegen werden die Behauptungen einer sinnlosen Ukraine-Unterstützung, eines bevorstehenden NATO-Beitritts und einer drohenden Energiekrise bei ausbleibenden russischen Gaslieferungen deutlich überwiegend zurückgewiesen; beim Deindustrialisierungsnarrativ ist das Verhältnis nahezu ausgeglichen. Besonders ausgeprägt ist die parteipolitische Konzentration der Befürwortungen. 193 der 224 Befürwortungen (86,2 Prozent) entfallen auf die FPÖ; im Nationalrat stammen 141 von 145 Befürwortungen (97,2 Prozent) aus ihren Reihen. Die Ablehnungen verteilen sich demgegenüber vor allem auf ÖVP (40,8 Prozent), Grüne (36,1 Prozent) und NEOS (17,6 Prozent). Die SPÖ nimmt hingegen eine Sonderstellung ein: Auf sie entfallen lediglich drei der 224 Befürwortungen (1,3 Prozent) und 13 der 296 Ablehnungen (4,4 Prozent). Kennzeichnend ist damit weniger ein ausgeprägtes Haltungsprofil als die insgesamt geringe Zahl bestätigter Narrativ-Instanzen bei der SPÖ. Auf Landesebene ist die parteipolitische Konzentration der Befürwortungen weniger geschlossen, bleibt jedoch in mehreren Bundesländern erkennbar. Zugleich zeigen sich deutliche regionale Unterschiede, die aufgrund teilweise geringer Fallzahlen vorsichtig zu interpretieren sind. Im zeitlichen Verlauf des Nationalrats konzentriert sich die stärkste parlamentarische Auseinandersetzung auf die Jahre 2022 und 2023; ab 2024 nimmt die Zahl bestätigter Instanzen deutlich ab. Eine erhöhte Narrativpräsenz ist dabei nicht mit stärkerer Befürwortung gleichzusetzen: In Phasen erhöhter Narrativpräsenz nehmen befürwortende und ablehnende Instanzen häufig parallel zu, wobei die Zurückweisungen vielfach überwiegen. Insgesamt zeigt die Studie damit eine selektive und ungleich verteilte diskursive Resonanz. Wirtschaftliche und energiepolitische Narrative prägen die parlamentarische Auseinandersetzung besonders stark, während sich die Befürwortung der untersuchten Narrativbehauptungen deutlich auf bestimmte politische Akteur:innen konzentriert. Zugleich bildet parlamentarische Gegenrede einen wesentlichen Bestandteil der Auseinandersetzung mit diesen Narrativen. Die Befunde liefern damit eine empirische Grundlage für die Analyse demokratischer Resilienz gegenüber hybrider Einflussnahme, ohne aus bloßer inhaltlicher Übereinstimmung gezielte Einflussnahme oder bewusste Desinformation auf Akteursebene abzuleiten.

1. Einleitung

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 hat die Bedeutung gezielter Informationsmanipulation als Instrument außen- und sicherheitspolitischer Einflussnahme erheblich zugenommen. Informationsoperationen stellen dabei keinen bloßen Begleitfaktor militärischer Gewalt dar, sondern sind integraler Bestandteil russischer hybrider Kriegsführung, die auf eine langfristige Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse, gesellschaftlicher Stimmungen und institutioneller Vertrauensverhältnisse in westlichen Demokratien abzielt. Auf europäischer Ebene wird diese Entwicklung mittlerweile als sicherheitspolitische Herausforderung eigener Qualität verstanden – nicht zuletzt, weil ihr Ziel weniger in der unmittelbaren Überzeugung breiter Mehrheiten liegt als in der Erosion gesellschaftlichen Konsenses, der Förderung politischer Polarisierung und der Schwächung kollektiver Entscheidungsfähigkeit.¹

Als Instrument der hybriden Bedrohungen zielen Desinformationskampagnen darauf ab, Österreich bzw. die EU und ihre Mitgliedstaaten zu destabilisieren² und dadurch demokratiepolitische Prozesse zu untergraben, wirtschaftliche Systeme zu schädigen oder gesellschaftliche Kohärenz zu schwächen. Während sich die Grundmuster russischer Informationsmanipulation europaweit in vergleichbarer Weise beobachten lassen, variieren ihre konkrete Ausprägung und gesellschaftliche Resonanz erheblich je nach nationalem Kontext. Politische Kulturen, historische Erfahrungen und strukturelle Abhängigkeiten bestimmen maßgeblich, welche Narrative sich entfalten und wie sie in institutionalisierte Diskurse einsickern.³ Für Österreich konkretisiert der Verfassungsschutzbericht 2024 der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) diese Bedrohungslage und benennt eine Reihe zentraler Desinformationsnarrative, die gezielt an energiepolitische Abhängigkeiten, wirtschaftliche Unsicherheiten sowie sicherheits- und neutralitätspolitische Sensibilitäten anknüpfen.⁴ Diese Narrative bilden den analytischen Ausgangspunkt der vorliegenden Studie.

Die bisherige Forschung zu russischer Desinformation in Europa konzentriert sich überwiegend auf digitale Öffentlichkeiten, auf die Analyse von Plattforminhalten, koordinierten Netzwerken und medialen Verbreitungswegen. Vergleichsweise wenig systematisch untersucht ist hingegen, ob und in welcher Form Desinformationsnarrative Eingang in institutionalisierte politische Kommunikation finden. Gerade dieser Bereich ist jedoch von besonderer Relevanz, da Parlamente nicht nur die zentralen Arenen politischer Auseinandersetzung, sondern zugleich zentrale Orte demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung sind.

Die Studie setzt an dieser Schnittstelle an und untersucht, inwieweit sich die vom DSN identifizierten Desinformationsnarrative im politischen Diskurs Österreichs widerspiegeln. Analysiert werden Redebeiträge auf zwei Ebenen des österreichischen Parlamentarismus: im Nationalrat sowie in den Landtagen. Parlamentarische Gremien stellen einen besonders geeigneten Untersuchungsgegenstand dar, da politische Kommunikation hier in institutionalisierter, protokollierter und öffentlich zugänglicher Form erfolgt. Sie prägt sowohl die öffentliche Meinungsbildung als auch unmittelbar politische Entscheidungsprozesse.

Ziel der Studie ist es, die Präsenz russischer Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs systematisch zu erfassen und deren Verbreitung im zeitlichen Verlauf sichtbar zu machen. Im Mittelpunkt steht die Frage, in welchem Ausmaß russische Narrative, die im Verfassungsschutzbericht 2024 der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst identifiziert wurden, Eingang in Wortmeldungen österreichischer Abgeordneter im Parlament sowie in den Landtagen gefunden haben. Ziel ist es dabei nicht, politische Positionen oder Akteur:innen zu bewerten, sondern die diskursive Anschlussfähigkeit dieser Narrative im institutionellen Rahmen parlamentarischer Debatten zu analysieren und ein empirisch fundiertes Bild ihrer Präsenz, Kontextualisierung und zeitlichen Dynamik zu zeichnen. Zugleich leistet die Studie einen Beitrag zum Verständnis nationaler Resonanzräume russischer Desinformationsnarrative innerhalb der Europäischen Union.

Die Untersuchung ist deskriptiv-analytisch angelegt. Sie erfasst die Präsenz und Resonanz ausgewählter Narrative systematisch, ohne eine normative Bewertung legitimer politischer Positionen oder parlamentarischer Meinungsäußerungen vorzunehmen. Ausdrücklich nicht Gegenstand der Studie ist die Frage nach Absicht, Steuerung oder Koordination: Die inhaltliche Übereinstimmung einer Aussage mit einem bekannten Desinformationsnarrativ erlaubt keinen Rückschluss darauf, ob Sprecherinnen und Sprecher dieses bewusst übernehmen, unabhängig davon zu ähnlichen Positionen gelangen oder auf gesellschaftlich verbreitete Deutungsmuster zurückgreifen. Beobachtet wird die diskursive Resonanz von Narrativen, nicht deren Ursache.

Methodisch basiert die Untersuchung auf einem mehrstufigen, LLM-gestützten Klassifikationsverfahren, mit dem parlamentarische Redebeiträge aus dem Nationalrat und acht Landtagen auf die fünf untersuchten Narrative hin ausgewertet wurden. Sämtliche in den finalen Analysedatensatz aufgenommenen Rede-Narrativ-Instanzen wurden anschließend einzeln manuell validiert.

Insgesamt wurden 520 bestätigte Narrativ-Instanzen in 432 parlamentarischen Reden identifiziert, davon 392 im Nationalrat und 128 in den Landtagen. In 296 Fällen wurden die jeweiligen Narrativbehauptungen zurückgewiesen, in 224 Fällen befürwortet. Zugleich zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Narrativen sowie ausgeprägte parteipolitische Muster. Befürwortungen konzentrieren sich stark auf die FPÖ, während Zurückweisungen insbesondere von ÖVP, Grünen und NEOS getragen werden. Auch im zeitlichen Verlauf treten keine gleichförmigen Entwicklungen hervor, sondern Phasen verdichteter parlamentarischer Auseinandersetzung, in denen Befürwortung und Zurückweisung teilweise parallel zunehmen.

Die Studie leistet damit einen empirisch fundierten Beitrag zum Verständnis der innenpolitischen Dimension hybrider Einflussnahme in Österreich. Durch die systematische Analyse parlamentarischer Kommunikation wird nachvollziehbar, in welchem Umfang und in welchen Kontexten russische Desinformationsnarrative Eingang in institutionalisierte politische Diskurse finden. Damit entsteht eine datenbasierte Grundlage, um Informationssicherheitsrisiken und Verwundbarkeiten demokratischer Institutionen präziser zu erfassen.

Über den nationalen Kontext hinaus ermöglicht die Fallstudie Rückschlüsse auf vergleichbare Prozesse in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und trägt zum europäischen Diskurs über demokratische Resilienz und den Schutz vor hybriden Bedrohungen bei. Die Verbindung aus datenanalytischer Auswertung und qualitativer Interpretation bietet zugleich ein methodisches Modell für eine kontinuierliche Beobachtung politischer Kommunikation im sicherheitspolitischen Kontext, das auf andere nationale Kontexte oder die EU-Ebene übertragbar ist.

Kapitel 2 ordnet den Untersuchungsgegenstand in den Forschungsstand zu russischer Desinformation und hybrider Einflussnahme ein und erläutert den für Österreich relevanten politischen und sicherheitspolitischen Kontext. Kapitel 3 beschreibt das methodische Vorgehen, Kapitel 4 stellt die empirischen Ergebnisse dar und Kapitel 5 ordnet diese analytisch in einen breiteren Zusammenhang ein. Kapitel 6 fasst die zentralen Erkenntnisse zusammen und leitet daraus die Schlussfolgerungen der Studie ab.

2. Desinformation im europäischen und österreichischen Kontext

2.1 Desinformation als Herausforderung europäischer Sicherheit vor 2022

Desinformation ist für die europäische Sicherheit keine Erscheinung des Jahres 2022. Bereits in den Jahren zuvor hatten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten wiederholt Erfahrungen mit koordinierter Informationsmanipulation gesammelt – unter anderem im Umfeld des Brexit-Referendums 2016, der französischen „Gelbwesten-Bewegung“ 2018 sowie im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019. Eine neue Größenordnung erreichte das Phänomen mit der COVID-19-Pandemie: Die Weltgesundheitsorganisation sprach von einer „Infodemie“, einer in ihrem Ausmaß beispiellosen schnellen und weitreichenden Ausbreitung schädlicher Desinformation.⁵ Trotz der vorangegangenen Erfahrungen stellte dies die Union und ihre Mitgliedstaaten vor ein neues Maß an Herausforderungen.

Die Europäische Union arbeitet dabei mit einer klar umrissenen Definition. Unter Desinformation wird die Erstellung und Verbreitung nachweislich falscher oder irreführender Informationen zur beabsichtigten Täuschung der Öffentlichkeit verstanden.⁶ Konstitutiv ist die Intention, gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Schaden anzurichten; unbeabsichtigte Fehler in der medialen Berichterstattung ebenso wie Satirebeiträge fallen ausdrücklich nicht unter den Begriff. Der Einsatz systematischer Desinformationskampagnen zielt auf die Spaltung der Gesellschaft, indem durch subversive Einflussnahme das Vertrauen in demokratische Institutionen und politische Prozesse ausgehöhlt wird.⁷ Diese Einordnung ist methodisch relevant: Sie definiert den Gegenstand nicht über den Wahrheitsgehalt einer einzelnen Aussage, sondern über Absicht und Systematik ihrer Verbreitung.

Parallel dazu hat sich auf europäischer Ebene der Begriff der ausländischen Informationsmanipulation und Einflussnahme (Foreign Information Manipulation and Interference, FIMI) etabliert, den der Strategische Kompass als zentrale sicherheitspolitische Herausforderung der Union identifiziert.⁸ Die Verschiebung ist mehr als terminologisch: Sie markiert den Wandel der EU nach 2022 weg von der Betrachtung von Desinformation vorrangig als Problem falscher Online-Inhalte hin zu einem Verständnis von Informationsmanipulation als Bestandteil hybrider Bedrohungen gegen demokratische Systeme.⁹

2.2 Russische Informationsoperationen: Ziele, Methoden und Narrative

2.2.1 Vorbereitung und Begleitung des Angriffskriegs

Russland bereitete den Angriffskrieg gegen die Ukraine bereits vor der militärischen Invasion mittels der Erstellung und Verbreitung von Desinformation vor. Durch gezielte Falschmeldungen zu den angeblichen Hintergründen, zum vorbereiteten Angriff selbst sowie zur Legitimation der Aggression versuchte der Kreml, den Weg für den militärischen Überfall über die Kontrolle der Narrative zu ebnen. Nur wenige Tage nach Kriegsbeginn beschloss die Europäische Union daher, die Sendeaktivitäten der russischen Staatsmedien innerhalb der EU einzustellen. Der damalige Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, identifizierte die systematischen Desinformationskampagnen des Kremls dabei als operatives Instrument der russischen Kriegsführung gegen die Ukraine sowie als signifikante und direkte Bedrohung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung der EU und ihrer Mitgliedstaaten.¹⁰ Bemerkenswert ist der begrenzte Erfolg dieser Vorbereitungsphase: Die Kriegsnarrative innerhalb der europäischen Gesellschaft zu verankern, gelang durch die Gegenmaßnahmen der EU zur Einschränkung russischer Desinformation und zur Aufklärung der Bevölkerung nur sehr beschränkt. Im weiteren Verlauf des Krieges setzte Russland Informationsoperationen dennoch weiterhin als strategisches Mittel ein, um militärische Ziele zu erreichen.

2.2.2 Strategische Zielsetzung

Die russischen Desinformationskampagnen gegen die Europäische Union und die Vereinigten Staaten verfolgten das strategische Ziel, die europäische Solidarität zu brechen und die materielle Unterstützung der Ukraine zu verhindern beziehungsweise zu verlangsamen. Hintergrund war die Erkenntnis, dass die ukrainische Widerstandsfähigkeit stärker ausfiel als angenommen und die russischen Streitkräfte keine entscheidenden Siege verzeichnen konnten, während es der Ukraine – gestärkt durch westliche Unterstützung – gelang, besetzte Gebiete zu befreien. Um dieser Unterstützung entgegenzuwirken und den militärischen Widerstand gering zu halten, schürte der Kreml durch Desinformation gezielt Ängste innerhalb der europäischen Bevölkerung. Informationsoperationen dienten damit unmittelbar der Begünstigung operativer Militärziele.

2.2.3 Narrative, Methoden und Instrumente

Dieses Ziel manifestierte sich in verschiedenen Narrativen. Einerseits wurden verheerende Wirtschaftskrisen für Europa prognostiziert und der Einsatz von Atomwaffen angedroht. Andererseits wurden Falschmeldungen über geflüchtete Personen aus der Ukraine verbreitet, um die Migrationsdebatte zu instrumentalisieren und Geflüchtete zu dämonisieren. Wie stark emotionalisiert diese Operationen angelegt sind, zeigt vor allem die Darstellung ukrainischer Geflüchteter als Gefahr für die einheimische Bevölkerung: In Deutschland kursierten fabrizierte Vorwürfe der Brandstiftung, der Vergewaltigung und geplanter Anschläge,¹¹ kremlnahe Portale behaupteten eine Beteiligung ukrainischer Geflüchteter an bezahlten Ausschreitungen in Frankreich,¹² und der Europäische Auswärtige Dienst dokumentiert gefälschte Eurostat-Daten, die Ukrainerinnen und Ukrainer als Hauptverantwortliche für Sexualdelikte in der EU auswiesen.¹³ Parallel dazu zirkulierte die Darstellung wohlhabender Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Europa umfangreiche Sozialleistungen bezögen – ein Narrativ, das von kremlnahen Medien aufgegriffen, in erheblichem Umfang jedoch auch von europäischen rechtsextremen Akteuren verbreitet wurde.¹⁴

Ein durchgängiges Muster dieser Operationen besteht darin, dass Desinformationskampagnen meist keine neuen Themen einführen, sondern bestehende innenpolitische Konfliktlinien aufgreifen. Im Wahljahr 2025 waren dies in Deutschland die Migration, in Polen Ressentiments gegenüber Geflüchteten sowie in Moldau Zensurvorwürfe und fabrizierte Kriegsbehauptungen. Der Effekt ist Verstärkung, nicht Substitution.¹⁵ Für die wiederkehrenden Themen russischer Einflussnahme im deutschsprachigen Raum benennt das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz die Eskalationsdominanz Russlands, eine angebliche „Russophobie“, Energie- und Wirtschaftsfragen, Falschbehauptungen zur Ukraine sowie Angriffe auf Personen aus Regierung und Parlament.¹⁶

Diese Anknüpfungslogik ist der zentrale konzeptionelle Bezugspunkt der Untersuchung: Narrative entfalten ihre Wirkung nicht primär durch die Vermittlung neuer Informationen, sondern durch die strategische Reaktivierung bestehender gesellschaftlicher Deutungsmuster, Konfliktlinien und Ängste.

Das eingesetzte Repertoire reicht deutlich über die Verbreitung falscher Inhalte hinaus. Das Bundesamt für Verfassungsschutz nennt Hack-and-Leak- sowie Hack-and-Publish-Operationen, KI-gestützte Deepfakes, Einflussnahme über bilaterale Gesprächskanäle, Thinktanks und Partnerschaftsvereine, strategische Diasporapolitik sowie Sabotageakte mit propagandistischer Wirkung.¹⁷ Die erste FIMI-Analyse des EEAS wies zudem auf die regelmäßige Nutzung diplomatischer Kanäle, auf ausgefeilte Imitationstechniken – etwa die Nachahmung von Medien und vertrauenswürdigen Organisationen – sowie auf die Verbreitung in mindestens 30 Sprachen hin.¹⁸ Von besonderer analytischer Relevanz ist die Rolle unauthentischer Aktivität. Sie erzeugt den Anschein öffentlicher Zustimmung und verändert damit, was als mehrheitsfähig gilt – unabhängig davon, ob der Inhalt selbst geglaubt wird.

2.3 Wahlbeeinflussung und gesellschaftspolitische Wirkung

Wahlen sind der Ort, an dem sich Informationsmanipulation am unmittelbarsten in politische Wirkung übersetzen soll. Erfasst wird dabei nicht politische Auseinandersetzung, sondern koordiniertes und täuschendes Verhalten; nicht der Wahrheitsgehalt einer Aussage ist das Kriterium, sondern die verdeckte Steuerung dahinter.¹⁹ Rund die Hälfte der 2025 vom EEAS erfassten Vorfälle wurde durch konkrete Ereignisse ausgelöst, vor allem durch Wahlprozesse und kurzfristige Ereignislagen: Emotional aufgeladene Momente mit hohem Einsatz gelten den Akteuren als Verwundbarkeit, über die sie ihre Zielgruppen erreichen und kognitive Verzerrungen verstärken können. Der Bericht unterscheidet fünf auslösende Ereignistypen – demokratische Prozesse, politische Ereignisse, Sicherheitsereignisse, Justizentscheidungen sowie Demonstrationen und Proteste.²⁰ Der Unterschied im Zeithorizont ist analytisch relevant, da Wahlen langfristig planbar sind, kurzfristige Ereignislagen hingegen nicht.

Für die Wahlbeeinflussung lässt sich ein wiederkehrendes dreiphasiges Muster rekonstruieren. Phase 1 setzt Monate vor der Wahl ein: Proeuropäische Kandidat:innen oder Amtsinhaber:innen werden mit Vorwürfen von Korruption, politischer Repression oder gesundheitlichen Problemen diskreditiert, häufig verbunden mit der Darstellung, den EU-Interessen untergeordnet zu sein. Betroffen waren unter anderem Maia Sandu und Dorin Recean in Moldau sowie Olaf Scholz, Robert Habeck und Friedrich Merz vor der deutschen Wahl. Phase 2 fällt in den Wahlkampf und greift innenpolitische Konfliktlinien auf – in Deutschland Migration, in Polen Ressentiments gegen Geflüchtete, in Moldau Zensurvorwürfe, Proteste und fabrizierte Behauptungen über einen bevorstehenden Krieg; in Deutschland und Moldau kamen Wirtschafts- und Energiethemen hinzu, um Regierungen Versagen zuzuschreiben. Phase 3 liegt in den Wochen vor und am Wahltag und zielt auf die Wahlintegrität selbst sowie auf Enthaltung, etwa durch Warnungen vor angeblichen Sicherheitsbedrohungen und Anschlägen am Wahltag in Deutschland und Polen.²¹

Russland zielte 2025 auf Wahlen in Deutschland, Polen, Rumänien, Moldau, Tschechien und der Côte d'Ivoire.²² Am häufigsten von FIMI betroffen waren die Ukraine mit 112 Vorfällen, Frankreich mit 107, Moldau mit 94 und Deutschland mit 71.²³ Angegriffen wurden rund 200 Organisationen – Regierungen, Institutionen, Medien, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft – sowie knapp 140 Einzelpersonen, überwiegend politische Führungsfiguren, wobei der persönliche Angriff meist auf das zielt, wofür die Person steht.²⁴ Der Mediensektor wird dabei gezielt mit herabsetzenden Narrativen, Identitätsanmaßungen und Verleumdungskampagnen adressiert.²⁵ Die zeitliche Taktung unterscheidet sich nach Ereignistyp: Bei Großereignissen wie der moldauischen Wahl verteilte die Operation Overload Inhalte Monate im Voraus, bei plötzlich eintretenden Ereignissen teils erst innerhalb von 24 bis 48 Stunden danach.²⁶

Die gesellschaftliche Wirkung erschöpft sich nicht in der Übernahme einzelner Falschbehauptungen. Die Europäische Kommission ordnet die Verengung des gemeinsamen Debattenraums durch algorithmusbasierte, personalisierte Quellen als strukturelles Problem ein und beschreibt Desinformationskampagnen als darauf angelegt, Vertrauen zu untergraben und gesellschaftliche Spaltungen zu verstärken.²⁷ Hinzu kommt eine eigenständige Wahrnehmungsebene: 79 Prozent der Europäerinnen und Europäer sind besorgt, dass Desinformation Wählerinnen und Wähler beeinflusst, 70 Prozent befürchten ausländische Wahleinmischung.²⁸ Gemessen wird damit die Annahme einer Wirkung, nicht die Wirkung selbst – als generalisiertes Misstrauen wirkt sie jedoch eigenständig zurück. In einer weiteren Erhebung stuften 42 Prozent der Befragten ausländische Informationsmanipulation und Desinformation als eine der größten Gefahren für die Demokratie in der EU ein.²⁹ Schließlich werden die Abwehrinstrumente selbst zum Kampagnegegenstand: Der EU Democracy Shield wird in russischen FIMI-Narrativen als autoritär gerahmt und in die Darstellung der EU als undemokratisch oder zu schwach eingebettet.³⁰

2.4 Russische Desinformation im österreichischen Kontext

Die europäisch beobachtbaren Muster konkretisieren sich für Österreich in den Verfassungsschutzberichten der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN). Der Bericht 2024 versteht Desinformation nicht als isolierte Falschinformation, sondern als strategisch eingesetztes Instrument, das bestehende gesellschaftliche Unsicherheiten aufgreift, verstärkt und politisch nutzbar macht. Für den österreichischen Kontext werden insbesondere Narrative hervorgehoben, die an energiepolitische Abhängigkeiten, wirtschaftliche Unsicherheiten sowie sicherheits- und neutralitätspolitische Sensibilitäten anknüpfen:³¹

- „Die Unterstützung der Ukraine durch Europa ist sinnlos“;
- „Die Sanktionen gegen Russland sind wirkungslos und zum Nachteil der Bevölkerung“;
- „Kältewinter: Drohende Energiekrise, sollte Österreich russische Gasimporte stoppen“;
- „Österreich droht bei einem russischen Gasausstieg die Deindustrialisierung und der ökonomische Niedergang“;
- „Österreich steht der NATO-Beitritt bevor“.

Als bislang wichtigster Akteur staatlich gesteuerter Desinformationskampagnen tritt dem Bericht 2024 zufolge Russland in Erscheinung. Dessen Kampagnen zielen vorrangig darauf, das Vertrauen der Bevölkerung in die Europäische Union zu untergraben und den Rückhalt für die Unterstützung der Ukraine abzubauen. Die DSN weist zugleich auf einen indirekten Effekt hin: Parteien mit russlandfreundlicher Ausrichtung profitieren von solchen Kampagnen, weil deren Inhalte das jeweils eigene politische Narrativ im Netz zusätzlich stützen.³² Der Bericht 2025 ordnet dies in eine übergeordnete Strategie ein. Demnach mobilisiert Russland staatliche Mittel, Finanzkraft und technische Kapazitäten, um breite Teile der europäischen Öffentlichkeit zu erreichen und russlandfreundlichen Positionen Geltung zu verschaffen. Parallel wertet es die politischen und gesellschaftlichen Debatten westlicher Staaten aus, um die europäische Konsensbildung gezielt zu erschweren.³³

Das Instrumentarium ist mehrschichtig angelegt. Auf der einen Seite stehen klassische Formen der Einflussnahme durch nachrichtendienstliches Personal, wobei russische Einrichtungen im Ausland – staatliche ebenso wie staatsnahe – eine Schlüsselrolle einnehmen. Daneben greift Russland laut DSN auf private Institute und Vereine zurück, deren Nähe zum Regime nach außen hin nicht erkennbar ist. Im digitalen Raum benennt der Bericht Social Bots, die sich kaum von realen Nutzerkonten unterscheiden lassen und selbsttätig in Interaktionen eintreten, Trollfabriken, Doppelgänger-Kampagnen sowie in wachsendem Maß künstlich erzeugte Inhalte, insbesondere Deepfakes.³⁴

Österreich war von derartigen Aktivitäten bereits unmittelbar betroffen. Ermittlungen deuten darauf hin, dass 2022 eine russische Desinformationskampagne lief, die vermutlich von einer nachrichtendienstlich geführten Zelle koordiniert wurde und die öffentliche Wahrnehmung des Ukrainekriegs beeinflussen sollte. Die Zelle war offenbar über mehrere europäische Staaten hinweg organisiert; in London ergingen dazu bereits Urteile gegen bulgarische Staatsangehörige. In Wien soll sie Personen aus Politik, Medienwesen und Sicherheitsbehörden ausgekundschaftet haben, die über Zugang zu vertraulichen Informationen verfügten. Zudem soll sie deren Mobilgeräte beschafft und darüber hinaus staatliche Strukturen unterwandert haben.³⁵

Für die Frage nach der innenpolitischen Resonanz ist eine Beobachtung des Berichts 2024 besonders aufschlussreich. Im Wahljahr 2024, in dem in Österreich auf fünf Ebenen gewählt wurde, traten vor allem rund um die EU-Wahl russische Desinformationskampagnen auf. Für die Nationalratswahl im Herbst desselben Jahres ließen sich technisch gestützte, staatlich gesteuerte Operationen wie Bot-Netzwerke oder Doppelgänger-Kampagnen hingegen nicht nachweisen; der europaweiten Narrativverbreitung war das Land

dennoch ausgesetzt. Entscheidend ist, wem die DSN dabei die Verstärkerfunktion zuschreibt: inländischen Akteuren, namentlich dem heterodox-extremistischen Milieu und den Alternativmedien, die die Narrative übernahmen und weitertrugen.³⁶

Der Bericht 2025 bestätigt diesen Mechanismus und verzeichnet zugleich eine inhaltliche Verlagerung. Als Auswahlkriterium gilt demnach das Polarisierungspotenzial eines Themas: Je konflikträchtiger eine Debatte in der Bevölkerung verläuft, desto eher wird sie aufgegriffen und für eigene Zwecke nutzbar gemacht. Derzeit rücken die österreichische Neutralität und die Positionierung des Landes in laufenden Konflikten in den Vordergrund, daneben Fragen der Energieversorgung und der Teuerung. Als Verbreitungsweg nennt der Bericht unter anderem russlandnahe Onlineplattformen, die deutschsprachige Beiträge mit Österreichbezug publizieren und deren Reichweite von russlandaffinen Akteurinnen und Akteuren im Inland zusätzlich vergrößert wird. Die DSN rechnet damit, dass Russland auch künftig auf Wahlen in EU-Staaten und damit auch in Österreich einzuwirken versucht – begünstigt durch Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz, die Herstellung und Streuung manipulierter Inhalte deutlich vereinfachen.³⁷

2.5 Europäische und österreichische Gegenmaßnahmen

2.5.1 Der europäische Handlungsrahmen

Die europäische Antwort ist schrittweise ausgebaut worden und folgt vier Säulen, die die Europäische Kommission gemeinsam mit der Hohen Vertreterin bereits 2018 im Aktionsplan gegen Desinformation formuliert hat: der Ausbau der Erkennungsfähigkeiten der East-StratCom-Task-Force und der EU-Analyseeinheiten für hybride Bedrohungen; ein Frühwarnsystem für den Echtzeit-Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten und EU-Institutionen; die Mobilisierung des Privatsektors durch Überwachung des Verhaltenskodex, Transparenz bei politischer Werbung und die Schließung von Fake-Accounts; sowie die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz durch Medienkompetenz, Faktenprüfer-Netzwerke und Qualitätsjournalismus.³⁸ Das Rapid Alert System wurde auf dieser Grundlage im März 2019 eingerichtet und seit 2022 im Zusammenhang mit FIMI weiter gestärkt.³⁹

Nach Beginn des Angriffskriegs kamen restriktive Maßnahmen hinzu. Die EU verbot 2022 die Ausstrahlung und Verbreitung der staatlich kontrollierten russischen Medien RT und Sputnik mit der Begründung, diese würden als Instrumente der russischen Informationskriegsführung zur Unterstützung der Aggression gegen die Ukraine genutzt; die Beschränkungen wurden später auf weitere von Russland kontrollierte Medienakteure ausgeweitet.⁴⁰ 2024 schuf der Rat einen eigenen Sanktionsrahmen gegen Personen und Organisationen, die an destabilisierenden hybriden Aktivitäten Russlands beteiligt sind – etwa Desinformation, Cyberangriffe, Sabotage kritischer Infrastrukturen oder Instrumentalisierung von Migration – mit Einfrieren von Vermögen, Bereitstellungsverbot und Einreiseverboten.⁴¹

Regulatorisch bildet der Digital Services Act den zentralen Rahmen. Er schafft einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für Online-Dienste, stärkt Transparenz bei Moderationsentscheidungen, ermöglicht nicht-personalisierte Feeds und verbietet irreführende Designpraktiken; Plattformen mit über 45 Millionen Nutzer:innen in der EU unterliegen zusätzlichen Pflichten zur Risikoanalyse und -minderung.⁴² Der 2018 eingeführte und 2022 wesentlich verschärfte Kodex zur Bekämpfung von Desinformation ist seit Februar 2025 als Verhaltenskodex in den DSA integriert. Er umfasst 44 Verpflichtungen und 128 konkrete Maßnahmen – unter anderem zur Kappung von Werbeeinnahmen für Verbreiter von Desinformation, zur Transparenz politischer Werbung sowie zum Schutz vor Fake-Accounts und Deepfakes – und wird durch ein Transparenzzentrum, eine ständige Task-Force und ein Überwachungssystem ergänzt, das bereits bei den Europawahlen im Juni 2024 zum Einsatz kam.⁴³

Analytisch getragen wird dieser Rahmen durch die strategische Kommunikationsabteilung des EEAS, deren erster FIMI-Bericht 2023 als Pilotprojekt 100 zwischen Oktober und Dezember 2022 erfasste Vorfälle anhand eines neu entwickelten Analyserahmens auswertete.⁴⁴ Die daraus entwickelte EU FIMI Toolbox umfasst vier Bereiche: Lageerfassung mit Monitoring und Attribution, Resilienzaufbau, Störungs- und Regulierungsmaßnahmen sowie GASP-Maßnahmen von diplomatischen Demarchen bis zu gezielten Sanktionen.⁴⁵ 2023 richtete der EEAS zudem das FIMI Information Sharing and Analysis Centre als Kernstück eines gemeinschaftsbasierten Ansatzes mit der Zivilgesellschaft ein und erreichte mit EUvsDisinfo im selben Jahr über 20 Millionen Menschen.⁴⁶

Mit dem European Democracy Shield wurde 2025 ein umfassenderer Rahmen für demokratische Resilienz geschaffen, der FIMI, Wahlbeeinflussung, Medienresilienz und hybride Bedrohungen zusammenführt.⁴⁷ Als dessen Leitinitiative nahm 2026 das European Centre for Democratic Resilience seine Arbeit auf – konzipiert als Koordinations- und Kooperationsplattform, die bestehende EU-Institutionen nicht ersetzen, sondern Instrumente für widerstandsfähige Wahlen und einen EU-Blueprint gegen FIMI entwickeln soll.⁴⁸

2.5.2 Der österreichische Handlungsrahmen

Österreich beteiligt sich aktiv an den EU-Initiativen zur Bekämpfung von Desinformation, darunter die Einhaltung des Digital Services Act und der gestärkte Verhaltenskodex.⁴⁹ Die Aufsicht über die Einhaltung der DSA-Bestimmungen liegt bei der KommAustria, die als nationaler Koordinator für digitale Dienste fungiert.⁵⁰

Auf nationaler Ebene wurde eine interministerielle Plattform des Informationsdienstes des Bundeskanzleramts zu Desinformation eingerichtet. Kurz vor den Nationalratswahlen 2024 führte das Bundeskanzleramt eine Informationskampagne durch, die die Bevölkerung zur Wachsamkeit aufrief und über den Desinformationsbegriff aufklärte.⁵¹ Ergänzend stellt es praktische Hinweise für den Umgang mit Desinformation bereit und orientiert sich dabei an den Empfehlungen der Vereinten Nationen, etwa der Prüfung von Quellenangaben, Zweck und Aktualität von Inhalten sowie der Verifikation von Bildern und Videos.⁵²

Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Bildungs- und Vermittlungsarbeit: die Demokratiewerkstatt des Parlaments und die Materialien des Zentrums polis für Lehrkräfte,⁵³ das German-Austrian Digital Media Observatory als Zusammenschluss von Faktencheck-Organisationen und Forschungsteams⁵⁴ sowie das Projekt „Junge Citizen Scientists gegen Desinformation“ der Universität für Weiterbildung Krems und der FH St. Pölten.⁵⁵ Themenspezifisch unterstützt Österreich die auf der COP30 vorgestellte „Initiative for Information Integrity on Climate Change“; national setzt das Klima- und Umweltministerium vor allem auf Medienkompetenz junger Menschen. Laut EDMO betreffen je nach Zeitraum fünf bis fünfzehn Prozent aller Online-Desinformationen in der EU das Thema Klima.⁵⁶

Zur Resilienz der Bevölkerung liegt mit der von der RTR beauftragten Studie Digital Skills Austria IV eine empirische Grundlage vor. Rund 70 Prozent sehen Desinformation und Falschinformation als ernsthafte Bedrohung für das Vertrauen in Politik, Medien und demokratische Prozesse. Die Erkennungsleistung fällt insgesamt moderat, zugleich aber heterogen aus: Viele Falschinformationen werden von einer Mehrheit erkannt, während sich in politisch oder wissenschaftlich aufgeladenen Themenfeldern wie dem Klimawandel deutliche Fehlurteile zeigen.⁵⁷

3. Methodik

3.1 Untersuchungsdesign und Erkenntnisinteresse

Diese Studie untersucht, in welchem Ausmaß die vom DSN im Verfassungsschutzbericht 2024 identifizierte russische Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs aufgegriffen wurden. Die Untersuchung ist deskriptiv angelegt. Sie erfasst die Präsenz, zeitliche Verteilung, parteipolitische Zuordnung und Haltung gegenüber den definierten Narrativen, bewertet jedoch nicht die Legitimität einzelner politischer Positionen. Die bloße Erwähnung eines Narrativs wird nicht als Zustimmung gewertet. Entscheidend ist vielmehr die inhaltliche Haltung, die gegenüber dem jeweiligen Narrativ zum Ausdruck kommt.

Der Untersuchungszeitraum reicht vom 24. Februar 2022 bis zum 24. Februar 2025. Er beginnt mit der russischen Vollinvasion auf die Ukraine und endet mit dessen drittem Jahrestag. Untersucht wurden parlamentarische Redebeiträge im österreichischen Nationalrat sowie in acht der neun Landtage. Der Vorarlberger Landtag konnte nicht berücksichtigt werden, da die für den Untersuchungszeitraum relevanten Sitzungsprotokolle dem Projekt nicht in schriftlicher Form zur Verfügung standen.

Die analytische Grundeinheit ist eine Narrativ-Instanz, verstanden als das bestätigte Auftreten eines bestimmten Narrativs innerhalb eines parlamentarischen Redebeitrags. Ein einzelner Redebeitrag kann keines, eines oder mehrere der untersuchten Narrative enthalten. Enthält er mehrere unterschiedliche Narrative, werden diese als separate Instanzen erfasst. Jede bestätigte Instanz wurde einem der untersuchten Narrative sowie einer Haltung gegenüber diesem Narrativ zugeordnet.

3.2 Forschungsfragen

Aus dem Erkenntnisinteresse der Studie ergeben sich zwei Forschungsfragen:

- In welchem Umfang und mit welcher zeitlichen Verteilung treten die vom DSN definierten Narrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs zwischen Februar 2022 und Februar 2025 auf?
- Welche Fraktionen und einzelnen parlamentarischen Akteur:innen greifen diese Narrative auf, und wie verteilen sich Befürwortung und Ablehnung zwischen ihnen?

Die Forschungsfragen strukturieren die Untersuchung der Präsenz und Verteilung russischer Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs. Sie zielen darauf ab, deren Auftreten und zeitliche Verteilung sowie ihre Zuordnung zu parlamentarischen Akteur:innen und die jeweilige Haltung gegenüber den Narrativen empirisch nachzuzeichnen. Aussagen über die Intentionen, die Wirkung der Narrative oder die politische Legitimität einzelner Positionen sind damit nicht verbunden.

3.3 Auswahl und Operationalisierung der Narrative

Die Analyse basiert auf fünf Narrativen, die im österreichischen Verfassungsschutzbericht 2024 als russische Deutungsmuster im österreichischen Informationsraum beschrieben werden.⁵⁸ Für die vorliegende Untersuchung wurden diese Narrative in klar abgrenzbare Behauptungen überführt, anhand derer ihr Auftreten im parlamentarischen Diskurs systematisch erfasst werden konnte.

Nr.	Kurzbezeichnung	Behauptung des Narrativs laut DSN
1	<i>Ukraine-Unterstützung sinnlos</i>	Die Unterstützung der Ukraine durch Europa ist sinnlos.
2	<i>Sanktionen wirkungslos</i>	Die Sanktionen gegen Russland sind wirkungslos und zum Nachteil der Bevölkerung.
3	<i>Energiekrise bei Gasstopp</i>	Kältewinter: Drohende Energiekrise, sollte Österreich russische Gasimporte stoppen
4	<i>Deindustrialisierung bei Gasausstieg</i>	Österreich droht bei einem russischen Gasausstieg die Deindustrialisierung und der ökonomische Niedergang
5	<i>NATO-Beitritt</i>	Österreich steht der NATO-Beitritt bevor.

Haltungscodierung

Für jede bestätigte Narrativ-Instanz wurde die Haltung des Sprechers oder der Sprecherin gegenüber der jeweiligen Narrativbehauptung codiert. Dabei wurden drei Kategorien unterschieden:

- **Befürwortet:** Die Rede bestätigt die zentrale Behauptung des Narrativs ausdrücklich oder übernimmt deren maßgebliche Kausalkette und Bewertung erkennbar als eigene Position.
- **Abgelehnt:** Die Rede bestreitet die zentrale Behauptung ausdrücklich oder entkräftet sie durch eine substanzielle Gegenerzählung.
- **Unbekannt:** Das Narrativ ist in der Rede erkennbar präsent, die Haltung dazu jedoch unklar, neutral oder nicht eindeutig bestimmbar. Diese Fälle wurden nicht in die finale Auswertung der Haltung einbezogen.

1. „Die Unterstützung der Ukraine durch Europa ist sinnlos“

<i>Befürwortet</i>	<i>Abgelehnt</i>
Als Befürwortung wurde eine Rede codiert, wenn sie die politische, finanzielle, militärische oder strategische Unterstützung der Ukraine als sinnlos, wirkungslos, nutzlos oder überwiegend schädlich darstellte. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach • die Unterstützung den Ausgang des Krieges nicht beeinflussen könne; • weitere Hilfen lediglich den Krieg verlängerten oder zusätzliches Leid verursachten; • Waffenlieferungen, finanzielle Hilfen oder andere Unterstützungsmaßnahmen keinen politischen oder militärischen Nutzen hätten; • Europa beziehungsweise Österreich erhebliche Kosten trage, ohne dass dadurch ein sinnvoller Beitrag zur Verteidigung der Ukraine geleistet werde; • eine Beendigung oder Reduktion der Unterstützung notwendig sei, um Frieden oder Verhandlungen zu ermöglichen; • Nichtunterstützung oder Nachgeben gegenüber Russland als sinnvollere Alternative dargestellt wurde. Nicht ausreichend waren Kritik an einzelnen Unterstützungsmaßnahmen, Forderungen nach einer Kontrolle der Mittelverwendung, allgemeine Warnungen vor einer Eskalation oder Forderungen nach diplomatischen Verhandlungen. Solche Aussagen wurden nur dann als Befürwortung gewertet, wenn daraus zugleich hervorging, dass die Unterstützung der Ukraine insgesamt oder in einem wesentlichen Bereich als sinnlos, wirkungslos oder schädlich beurteilt wurde.	Als Ablehnung wurde eine Rede codiert, wenn sie klar erkennen ließ, dass die Unterstützung der Ukraine notwendig, sinnvoll, wirksam oder politisch geboten sei. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach • die Ukraine in die Lage versetzt werden müsse, sich gegen den russischen Angriff zu verteidigen; • europäische oder österreichische Unterstützung auch der Sicherheit Europas oder Österreichs diene; • finanzielle, politische oder militärische Hilfe einen wirksamen Beitrag gegen Russlands Angriffskrieg leiste; • Nichtstun, Wegsehen oder Nachgeben gegenüber Russland gefährlich wäre; • Unterstützungsmaßnahmen Teil einer sinnvollen politischen oder strategischen Gesamtreaktion seien. Nicht ausreichend waren allgemeine Verurteilungen Russlands, reine Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine, humanitäre Hilfe für Geflüchtete oder Verweise auf Demokratie und Menschenrechte. Diese Aussagen wurden nur dann als Ablehnung gewertet, wenn sie zusätzlich die Notwendigkeit, Wirksamkeit oder strategische Bedeutung der Ukraine-Unterstützung begründeten.

2. „Die Sanktionen gegen Russland sind wirkungslos und zum Nachteil der Bevölkerung“

Befürwortet

Als **Befürwortung** wurde eine Rede codiert, wenn sie Sanktionen gegen Russland als wirkungslos oder nutzlos darstellte und ihnen überwiegend negative Folgen für die österreichische oder europäische Bevölkerung und Wirtschaft zuschrieb. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach:

- Sanktionen Russland wirtschaftlich, politisch oder militärisch nicht schwächen;
- Russland die Sanktionen problemlos umgehen könne oder durch sie sogar gestärkt werde;
- die Sanktionen der österreichischen oder europäischen Bevölkerung stärker schaden als Russland;
- die Fortführung der Sanktionen keinen erkennbaren politischen Nutzen habe;

Nicht ausreichend waren Hinweise auf Kosten oder unerwünschte Nebenwirkungen einzelner Sanktionen, Forderungen nach sozialpolitischer Abfederung oder Kritik an der konkreten Ausgestaltung bestimmter Maßnahmen. Solche Aussagen galten nur dann als Befürwortung, wenn daraus eine grundsätzliche Bewertung der Sanktionen als wirkungslos, unverhältnismäßig sowie überwiegend selbstschädigend hervorging.

Abgelehnt

Als **Ablehnung** wurde eine Rede codiert, wenn sie die Wirksamkeit, Notwendigkeit oder politische Rechtfertigung der Sanktionen verteidigte. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach:

- Sanktionen Russlands Wirtschaft, Kriegsfähigkeit oder politische Handlungsspielräume einschränken;
- die Behauptung, Sanktionen seien wirkungslos, falsch sei;
- Sanktionen eine notwendige oder richtige Reaktion auf Russlands Angriffskrieg darstellten;
- die Maßnahmen zwar eigene Kosten verursachten, diese aber politisch gerechtfertigt seien;
- der Preis des Nichtstuns höher wäre als die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten der Sanktionen.

Nicht ausreichend waren die allgemeine Verurteilung Russlands, Forderungen nach europäischer Geschlossenheit oder die bloße Erwähnung bestehender Sanktionen. Die Rede musste die Sanktionen selbst als wirksam, notwendig oder trotz ihrer Kosten politisch gerechtfertigt darstellen.

3. „Kältewinter: Drohende Energiekrise, sollte Österreich russische Gasimporte stoppen“

<i>Befürwortet</i>	<i>Abgelehnt</i>
Als Befürwortung wurde eine Rede codiert, wenn sie einen Stopp, Ausfall oder eine deutliche Reduktion russischer Gaslieferungen als unmittelbare oder wahrscheinliche Ursache einer schweren Energie- oder Versorgungskrise in Österreich darstellte. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach: • ein Ende russischer Gasimporte zu Gasmangel, kalten Wohnungen oder einem Kältewinter führen würde; • Speicher, Reserven, alternative Lieferanten oder andere Energiequellen nicht ausreichen, um russisches Gas zu ersetzen; • Österreich grundsätzlich auf russisches Gas angewiesen sei; • ein Stopp russischer Lieferungen aufgrund der drohenden Krisenfolgen unverantwortlich oder nicht verkraftbar wäre. Nicht ausreichend waren allgemeine Hinweise auf hohe Energiepreise, die Bedeutung der Versorgungssicherheit oder die Notwendigkeit gefüllter Speicher. Eine Befürwortung lag nur dann vor, wenn die behauptete Krisenfolge ausdrücklich oder erkennbar mit einem Ausfall beziehungsweise Stopp russischer Gasimporte verbunden wurde.	Als Ablehnung wurde eine Rede codiert, wenn sie den behaupteten Zusammenhang zwischen einem Ende russischer Gaslieferungen und einer österreichischen Energiekrise konkret entkräftete. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach: • Österreich auch bei reduzierten oder ausbleibenden russischen Lieferungen die Versorgung sicherstellen könne; • Speicher, Reserven, Diversifizierung oder alternative Bezugsquellen eine Energiekrise verhinderten; • Befürchtungen vor kalten Wohnungen oder Produktionsstillständen übertrieben oder falsch seien; • Österreich trotz reduzierter russischer Lieferungen gut durch den Winter gekommen sei; • die Erzählung eines drohenden Kältewinters als unbegründete Angstmake einzuordnen sei. Nicht ausreichend waren allgemeine Forderungen nach einer Verringerung der Abhängigkeit von Russland, nach erneuerbaren Energien oder nach einer Verbesserung der Versorgungssicherheit. Die Rede musste konkret erkennen lassen, dass ein Ausfall oder Stopp russischer Gasimporte nicht automatisch zu einer Energiekrise oder einem Kältewinter führen würde.

4. „Österreich droht bei einem russischen Gasausstieg die Deindustrialisierung und der ökonomische Niedergang“

<i>Befürwortet</i>	<i>Abgelehnt</i>
Als Befürwortung wurde eine Rede codiert, wenn sie einen Ausstieg aus russischem Gas oder eine deutliche Reduktion der russischen Gasimporte als Ursache einer Deindustrialisierung oder eines umfassenderen wirtschaftlichen Niedergangs Österreichs darstellte. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach: • ein Ende russischer Gasimporte zur Schließung oder Abwanderung von Industriebetrieben führen würde; • die österreichische Industrie ohne russisches Gas nicht fortbestehen oder international konkurrenzfähig bleiben könne; • alternative Gasquellen oder Energieformen dauerhaft zu teuer oder nicht verfügbar seien, um den Industriestandort zu erhalten; • günstiges russisches Gas eine unverzichtbare Grundlage des österreichischen Wohlstands oder der industriellen Produktion darstelle. Nicht ausreichend waren allgemeine Aussagen über hohe Energiepreise, wirtschaftliche Schwierigkeiten, die Bedeutung leistbarer Energie oder Kritik an Klima- und Energiepolitik. Eine Befürwortung lag nur dann vor, wenn der industrielle oder ökonomische Niedergang konkret mit dem Ende beziehungsweise der Reduktion russischer Gasimporte verknüpft wurde.	Als Ablehnung wurde eine Rede codiert, wenn sie die behauptete Kausalkette zwischen russischem Gasausstieg und wirtschaftlichem Niedergang substanziell entkräftete. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach: • Österreich aus russischem Gas aussteigen könne, ohne dass Industrie und Wirtschaftsstandort zusammenbrächen; • Speicher, Diversifizierung und alternative Bezugsquellen den Ausstieg wirtschaftlich verkraftbar machten; • der Ausstieg nicht Ursache eines Niedergangs, sondern Voraussetzung für wirtschaftliche Resilienz sei; • die Abhängigkeit von russischem Gas selbst ein Standort-, Preis- oder Sicherheitsrisiko darstelle; • Warnungen vor einer durch den Gasausstieg verursachten Deindustrialisierung übertrieben, falsch oder interessengeleitet seien. Nicht ausreichend waren allgemeine Forderungen nach Energieunabhängigkeit, erneuerbaren Energien oder Versorgungssicherheit. Die Rede musste erkennen lassen, dass ein Ausstieg aus russischem Gas nicht zwangsläufig zu Deindustrialisierung, Standortverlust oder ökonomischem Niedergang führen müsse.

5. „Österreich steht der NATO-Beitritt bevor“

<i>Befürwortet</i>	<i>Abgelehnt</i>
Als Befürwortung wurde eine Rede codiert, wenn sie behauptete oder klar nahelegte, Österreich werde entgegen dem Bevölkerungswillen gegenwärtig oder in absehbarer Zukunft in die NATO beziehungsweise in ein Militärbündnis geführt. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach: • ein österreichischer NATO-Beitritt unmittelbar bevorstehe oder politisch bereits vorbereitet werde; • die Bundesregierung oder andere politische Akteure Österreich schrittweise in die NATO führten; • die Teilnahme an EU-Sicherheits-, Verteidigungs- oder Kooperationsformaten faktisch einem NATO-Beitritt gleichkomme; • einzelne sicherheits- oder verteidigungspolitische Maßnahmen als Beleg für eine verdeckte oder schrittweise Eingliederung Österreichs in ein Militärbündnis dargestellt wurden; • Österreich seine Neutralität bereits so weit aufgegeben habe, dass der formelle NATO-Beitritt nur noch Formsache sei. Nicht ausreichend waren bloße Kritik an der NATO, allgemeine Bekenntnisse zur Neutralität oder abstrakte Warnungen vor den möglichen Folgen einer engeren sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit. Ebenso wenig genügte die allgemeine Befürchtung, Österreich könne seine Neutralität künftig aufgeben.	Als Ablehnung wurde eine Rede codiert, wenn sie der Behauptung eines bevorstehenden oder schrittweise vorbereiteten NATO-Beitritts klar widersprach. Dazu zählten insbesondere Aussagen, wonach: • Österreich nicht der NATO beitreten werde oder ein solcher Beitritt nicht geplant sei, sofern dies als Aussage über den politischen Kurs und nicht lediglich als politische Forderung formuliert wurde; • die Behauptung eines bevorstehenden NATO-Beitritts falsch, übertrieben oder eine politische Unterstellung sei; • die österreichische Neutralität einen NATO-Beitritt weiterhin ausschließe; • europäische Sicherheits- oder Verteidigungskooperation nicht mit einem NATO-Beitritt gleichzusetzen sei; • die Beteiligung an EU- oder Partnerschaftsformaten keine Aufgabe der Neutralität und keinen schrittweisen Beitritt zu einem Militärbündnis bedeute. Nicht ausreichend waren allgemeine Bekenntnisse zur Neutralität, die bloße Erwähnung der NATO oder Hinweise auf die österreichische Mitwirkung an der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Rede musste konkret erkennen lassen, dass Österreich nicht vor einem NATO-Beitritt stehe und nicht schrittweise in ein Militärbündnis geführt werde.

3.4 Korpus und Datengrundlage

Der Nationalratskorpus wurde aus offiziellen parlamentarischen Aufzeichnungen gewonnen. Die Redebeiträge lagen als sprecherbezogene Einträge vor und konnten daher als einzelne Redeeinheiten übernommen werden.

Die Landtagskorpora wurden aus offiziellen stenographischen Sitzungsprotokollen der jeweiligen Landesparlamente erstellt. Diese Protokolle lagen als PDF-Dokumente vor, wurden in Text umgewandelt und anschließend in einzelne Redebeiträge segmentiert. Da sich Layout, Sprecherkennzeichnung und Parteibezeichnungen zwischen den Landtagen unterscheiden, wurden die Extraktionsregeln für die einzelnen Bundesländer entsprechend angepasst.

Berücksichtigt wurden die Landtage von Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien. Insgesamt umfasste das erhobene Material 11.490 Reden aus dem Nationalrat und 43.066 Reden aus den acht Landtagen.

Der Vorarlberger Landtag konnte nicht berücksichtigt werden, da die für den Untersuchungszeitraum erforderlichen Protokolldaten nicht zur Verfügung standen.

3.5 Vorverarbeitung

Vor der inhaltlichen Klassifikation wurde das Korpus bereinigt. Ziel war es, parlamentarische Redebeiträge möglichst präzise von Verfahrensbestandteilen, Beiträgen der Sitzungsleitung, Zwischenrufen, Layout- und Seitenartefakten sowie kurzen Fragmenten zu trennen.

Nicht-substantielle oder verfahrensbezogene Beiträge wurden nach strukturellen Kriterien entfernt, soweit sie zuverlässig erkennbar waren. Dazu zählen insbesondere kurze Wortmeldungen der Sitzungsleitung, reine Ordnungs- und Ablaufbemerkungen sowie Berichterstattepassagen, die nicht als politische Stellungnahmen im engeren Sinn gewertet wurden.

Für die Landtage wurde zusätzlich eine Mindestlänge von 4.800 Zeichen, entsprechend ungefähr 700 Wörtern, festgelegt. Die Landtagsanalyse beschränkt sich damit auf längere, substantielle Debattenbeiträge.

Für Nationalrat und Landtage wurden somit unterschiedliche Einschlusskriterien angewandt. Während für den nach der Bereinigung verbliebenen Nationalratskorpus keine entsprechende Mindestlänge galt, wurden in den Landtagen nur Redebeiträge oberhalb der definierten Mindestlänge klassifiziert. Im Nationalrat wurden auch kürzere Redebeiträge klassifiziert und potenzielle Narrativ-Instanzen im Rahmen der anschließenden Validierung geprüft. Aufgrund der unterschiedlichen Einschlusskriterien sind direkte Vergleiche der Narrativhäufigkeiten zwischen Nationalrat und Landtagen nur eingeschränkt möglich.

Parteibezeichnungen und Sprecherangaben wurden vereinheitlicht. Fehlende oder uneinheitliche Parteizuordnungen wurden, soweit möglich, anhand parlamentarischer Rollen, offizieller Mandatsinformationen, Mitgliederlisten und dokumentierter Korrekturen ergänzt. Im finalen Datensatz konnten 97,1 Prozent der Rede-Narrativ-Instanzen einer Partei zugeordnet werden. Die übrigen 15 Fälle entfallen auf zwei zum jeweiligen Zeitpunkt fraktionsfreie Abgeordnete – Géza Molnár im Burgenland und Martin Huber in Niederösterreich – und weisen daher definitionsgemäß keine Parteizuordnung auf.

Zwischenrufe und Regieanweisungen wurden als mögliche Fehlerquelle behandelt. In den Landtagsprotokollen wurden Klammerzusätze, soweit möglich, vom eigentlichen Redetext getrennt. Im

Nationalratskorpus blieben Zwischenrufe teilweise im Ausgangstext enthalten; mögliche dadurch verursachte Fehlsortierungen wurden im Rahmen der Validierung berücksichtigt.

3.6 Automatisierte Klassifikation

Die inhaltliche Auswertung erfolgte mithilfe eines mehrstufigen, LLM-gestützten Klassifikationsverfahrens. Das Verfahren war als Filterprozess angelegt: Zunächst wurden Reden breit vorgefiltert, anschließend wurde geprüft, ob tatsächlich eines der fünf Narrative aufgegriffen wurde, und erst danach wurde die Haltung gegenüber dem jeweiligen Narrativ klassifiziert.

In einem ersten Schritt wurden Reden nach allgemeinen politischen Themenfeldern markiert. Diese thematische Einordnung diente der zusätzlichen Beschreibung des Materials und hatte keinen Einfluss darauf, ob eine Rede als Narrativ-Instanz erfasst wurde.

In einem zweiten Schritt wurde geprüft, ob eine Rede grundsätzlich in den thematischen Bereich eines oder mehrerer der fünf Narrative fiel. Diese Stufe war bewusst breit angelegt, um potenziell relevante Fälle nicht frühzeitig auszuschließen.

In einem dritten Schritt wurde entschieden, ob das jeweilige Narrativ tatsächlich inhaltlich aufgegriffen wurde. Eine bloße thematische Nähe reichte dafür nicht aus. Erfasst wurde eine Rede nur dann, wenn die zentrale Behauptung des Narrativs oder deren wesentliche argumentative Struktur erkennbar aufgegriffen wurde.

In einem vierten Schritt wurde für jede erkannte Rede-Narrativ-Instanz die Haltung klassifiziert: befürwortet, abgelehnt oder unbekannt. Zusätzlich wurde eine kurze Textstelle als Begründung ausgegeben, um die Klassifikation nachvollziehbar und überprüfbar zu machen.

Die automatisierte Klassifikation wurde nicht als Endergebnis übernommen. Sie diente als vorläufige Codierung und wurde anschließend durch mehrere Validierungs- und Korrekturschritte überprüft.

3.7 Validierung und Korrektur

Die Validierung folgte dem Grundsatz, dass Bezugnahmen auf Desinformationsnarrative besonders sorgfältig geprüft werden müssen. Der finale Datensatz beruht daher nicht auf den automatischen Klassifikationen selbst, sondern auf einer vollständigen manuellen Einzelprüfung aller nach dem automatisierten Audit verbliebenen Instanzen – Befürwortungen wie Zurückweisungen.

Zunächst wurden sämtliche 1.226 automatisch erkannten Befürwortungen in einem LLM-gestützten Audit einzeln überprüft. Dabei bewertete ein zweites Sprachmodell, das sich von dem für die initiale Klassifikation eingesetzten Modell unterschied, jede Instanz anhand des vollständigen Redetextes. Geprüft wurde, ob das Narrativ tatsächlich aufgegriffen wurde, ob die Aussage korrekt zugeschrieben war und ob die Haltung zutreffend klassifiziert wurde. Falsch positive Fälle wurden entfernt und falsch klassifizierte Haltungen korrigiert. Dabei wurden 15 ursprünglich als Befürwortung klassifizierte Instanzen den Zurückweisungen zugeordnet. Nach diesem Audit verblieben 640 Instanzen als potenzielle Befürwortungen.

Anschließend wurde der gesamte nach dem Audit verbliebene Datensatz – alle 640 Befürwortungen und alle 2.200 Zurückweisungen, insgesamt 2.840 Instanzen – vom Forschungsteam vollständig manuell geprüft. Maßgeblich war dabei ein strenger inhaltlicher Maßstab: Als bestätigte Instanz wurde nur gewertet, wenn die Rede die jeweilige Narrativbehauptung tatsächlich stützte oder inhaltlich zurückwies und sie nicht lediglich thematisch berührte. Falsch positive Fälle wurden entfernt, fehlerhafte Haltungsbeurteilungen korrigiert und

die verbleibenden Instanzen abschließend bereinigt. Der daraus hervorgegangene finale Analysedatensatz umfasst 520 bestätigte Narrativ-Instanzen.

Im Zuge der manuellen Prüfung wurden zudem fünf Fälle korrigiert, in denen eine Rede im Protokoll einer falschen Sprecherin oder einem falschen Sprecher zugeordnet war. Sämtliche im finalen Datensatz enthaltenen Instanzen beruhen damit auf einzeln geprüften und bestätigten Fällen.

Die Einordnung von Narrativbezug und Haltung erwies sich insbesondere bei Ironie, Zitaten und Gegenrede, rhetorischer Zuspitzung oder rollenbedingten Sprechpositionen als stark kontextabhängig. Die automatisierte Klassifikation wurde daher als Vorstufe der Analyse eingesetzt und durch eine vollständige manuelle Validierung und abschließende Bereinigung der verbliebenen Instanzen ergänzt.

3.8 Finaler Analysedatensatz

Der finale Datensatz ist ein Instanzdatensatz. Jede Zeile steht für eine bestätigte Kombination aus Rede und Narrativ. Die Reduktion vom Ausgangsmaterial zum finalen Datensatz verlief wie folgt:

Schritt	Instanzen
Rede-Narrativ-Instanzen vor Korrektur	3.411
Nach LLM-gestütztem Audit	2.840
Nach vollständiger manueller Einzelprüfung	520

Der finale Datensatz innerhalb des Untersuchungszeitraums enthält 520 Narrativ-Instanzen. Davon sind 296 Zurückweisungen und 224 Befürwortungen. Die Instanzen stammen aus 432 Reden; 392 Instanzen entfallen auf den Nationalrat und 128 auf die Landtage. Sämtliche im finalen Datensatz enthaltenen Instanzen wurden im Rahmen der manuellen Prüfung einzeln validiert.

3.9 Limitationen

Die Ergebnisse dieser Studie sind vor dem Hintergrund mehrerer methodischer Einschränkungen zu interpretieren. Erstens umfasst das Korpus den Nationalrat sowie acht der neun Landtage. Der Vorarlberger Landtag konnte mangels verfügbarer Protokolldaten für den Untersuchungszeitraum nicht berücksichtigt werden. Die Analyse bildet daher nicht den gesamten österreichischen parlamentarischen Raum ab.

Zweitens unterscheiden sich die Korpora in ihrer Struktur und Aufbereitung. Während für den nach der Bereinigung verbliebenen Nationalratskorpus keine Mindestlänge galt, wurden in den Landtagen nur Redebeiträge oberhalb der definierten Mindestlänge berücksichtigt. Direkte Vergleiche der Narrativhäufigkeiten zwischen Nationalrat und Landtagen sind daher nur eingeschränkt möglich und müssen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Korpusabgrenzung interpretiert werden.

Drittens beruht die Erkennung der Narrative auf einem LLM-gestützten Verfahren. Durch die vollständige manuelle Einzelprüfung aller im finalen Datensatz enthaltenen Instanzen wurde das Risiko falsch positiver

Zuordnungen erheblich reduziert. Nicht quantifizierbar bleibt hingegen, wie viele einschlägige Redepassagen von der automatisierten Vorfilterung nicht erfasst wurden. Mögliche falsch negative Fälle sind daher bei der Interpretation der absoluten Häufigkeiten zu berücksichtigen. Auch Zwischenrufe, uneinheitliche Protokollformate und nicht erkannte doppelt erfasste Redebeiträge können in Einzelfällen zu Fehlsuordnungen oder Doppelzählungen führen.

Viertens sind kleine Teilgruppen mit Vorsicht zu interpretieren. Der finale Datensatz umfasst 520 Narrativ-Instanzen; für kleinere Parteien, einzelne Bundesländer oder seltene Narrative können bereits wenige Fälle die beobachteten Anteile sichtbar verändern. Für den Salzburger Landtag verblieb nach der Prüfung keine bestätigte Instanz im finalen Datensatz. Entsprechende Auswertungen sollten daher nicht überinterpretiert, sondern als indikative Befunde verstanden werden.

Schließlich misst die Studie bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen, nicht die politische Wirkung, Reichweite oder Intention einzelner Aussagen. Die Klassifikation als Befürwortung einer Narrativbehauptung bedeutet dabei nicht, dass die jeweilige parlamentarische Aussage selbst als Desinformation klassifiziert wird. Sie zeigt, wann und von wem bestimmte Narrative im parlamentarischen Diskurs aufgegriffen oder zurückgewiesen wurden. Sie erlaubt jedoch keine unmittelbaren Aussagen darüber, ob diese Narrative außerhalb des Parlaments übernommen wurden oder welche Wirkung sie auf die öffentliche Meinung hatten.

4. Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt, wobei eine interpretative Auseinandersetzung mit den Daten in Kapitel 5 erfolgt. Die Auswertung umfasst insgesamt 520 bestätigte Narrativ-Instanzen aus parlamentarischen Reden im Zeitraum vom 24. Februar 2022 bis zum 24. Februar 2025. Eine Narrativ-Instanz bezeichnet das bestätigte Auftreten eines bestimmten Narrativs innerhalb einer Rede. Da eine einzelne Rede mehrere der untersuchten Narrative enthalten kann, liegt die Zahl der Instanzen über jener der erfassten Reden.

4.1 Überblick: Verteilung der Narrative im parlamentarischen Diskurs

Alle fünf aus dem Verfassungsschutzbericht 2024 abgeleiteten Narrativbehauptungen sind im untersuchten parlamentarischen Diskurs vertreten, allerdings in deutlich unterschiedlicher Häufigkeit.

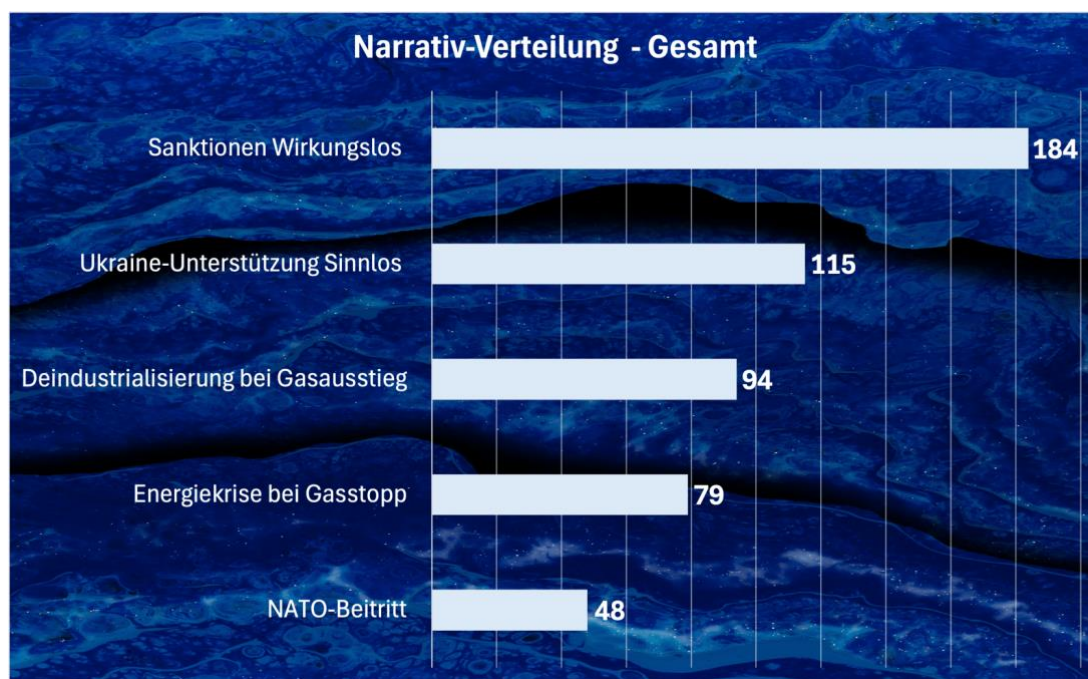


Abbildung 1 – Verteilung der Narrativ-Instanzen im gesamten Korpus

Das mit Abstand häufigste Narrativ betrifft die Behauptung, die Sanktionen gegen Russland seien wirkungslos und zum Nachteil der Bevölkerung. Mit 184 bestätigten Instanzen entfallen 35,4 Prozent des gesamten Datensatzes auf dieses Narrativ. An zweiter Stelle folgt das Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung mit 115 Instanzen beziehungsweise 22,1 Prozent. Das Deindustrialisierungsnarrativ umfasst 94 Instanzen beziehungsweise 18,1 Prozent. Etwas seltener treten das Narrativ einer drohenden Energiekrise bei einem Stopp russischer Gasimporte mit 79 Instanzen beziehungsweise 15,2 Prozent sowie die Behauptung eines bevorstehenden NATO-Beitritts Österreichs mit 48 Instanzen beziehungsweise 9,2 Prozent auf.

Die Verteilung zeigt eine relative Konzentration auf wirtschafts- und energiepolitische Themen. Auf die drei Narrative zu Sanktionen, Energieversorgung und den wirtschaftlichen Folgen eines Gasausstiegs entfallen zusammen 357 der 520 bestätigten Instanzen beziehungsweise 68,7 Prozent. Die beiden stärker außen- und sicherheitspolitisch ausgerichteten Narrative zur Ukraine-Unterstützung und zum NATO-Beitritt umfassen zusammen 163 Instanzen beziehungsweise 31,3 Prozent.

4.2 Haltungsverteilung: Mehrheitliche Ablehnung bei deutlichen narrativspezifischen Unterschieden

Neben der Frage, ob und wie häufig Desinformationsnarrative thematisiert wurden, ist entscheidend, welche Haltung ihnen gegenüber eingenommen wurde. Dazu wurden jene Instanzen als „befürwortet“ codiert, in denen die zentrale Behauptung eines Narrativs ausdrücklich oder sinngemäß übernommen, bestätigt oder argumentativ gestützt wurde – das Narrativ also als eigene Position vertreten wurde. Als „abgelehnt“ gelten Instanzen, in denen diese Behauptung explizit zurückgewiesen oder durch eine substantielle Gegenerzählung entkräftet wurde. Von den insgesamt 520 bestätigten Rede-Narrativ-Instanzen wurden 296 beziehungsweise 56,9 Prozent als „abgelehnt“ und 224 beziehungsweise 43,1 Prozent als „befürwortet“ codiert.

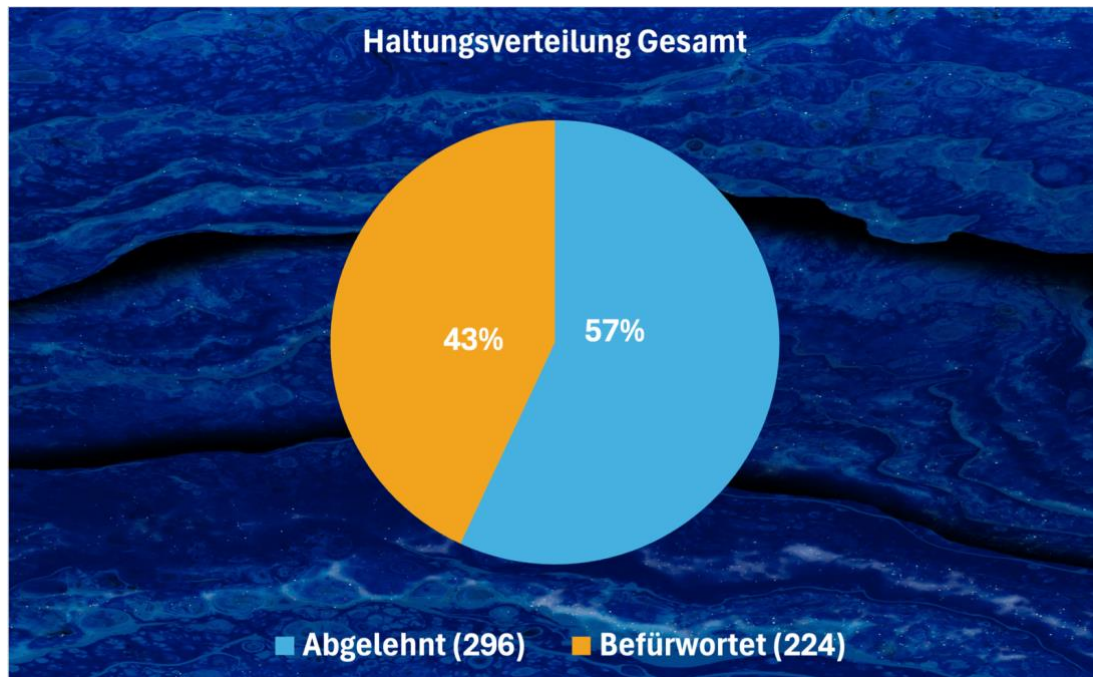


Abbildung 2 – Verteilung der Haltung (Abgelehnt / Befürwortet) im gesamten Korpus

Zugleich unterscheidet sich das Verhältnis von Befürwortung und Ablehnung deutlich zwischen den fünf untersuchten Narrativen (Abb. 3). Die deutlichste Zurückweisung zeigt sich beim Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung. Von insgesamt 115 bestätigten Instanzen wurden 98 beziehungsweise 85,2 Prozent als „abgelehnt“ und lediglich 17 beziehungsweise 14,8 Prozent als „befürwortet“ codiert. Die „Ablehnung“ bestand insbesondere darin, die Unterstützung der Ukraine als notwendig, sinnvoll, wirksam oder politisch geboten darzustellen, etwa weil sie die Verteidigung der Ukraine ermöglicht, europäischen beziehungsweise österreichischen Sicherheitsinteressen dient oder einen wirksamen Beitrag zur Reaktion auf den russischen Angriffskrieg leistet. Die Befürwortungen stellten die Unterstützung hingegen als wirkungslos, unnötig oder überwiegend schädlich dar und zogen ihren politischen oder strategischen Nutzen grundsätzlich in Zweifel.

Auch das NATO-Narrativ wird überwiegend zurückgewiesen. Von 48 bestätigten Instanzen entfallen 35 beziehungsweise 72,9 Prozent auf Ablehnungen und 13 beziehungsweise 27,1 Prozent auf Befürwortungen. Die Ablehnung bestand dabei vor allem darin, der Behauptung zu widersprechen, Österreich stehe vor einem NATO-Beitritt oder werde schrittweise und gegen den Willen der Bevölkerung in ein Militärbündnis geführt. In einzelnen Fällen wurde die Zurückweisung zusätzlich damit begründet, dass Sicherheits- und Verteidigungskooperation auf EU-Ebene nicht mit einer solchen Eingliederung gleichzusetzen sei. Auf der anderen Seite wurde insbesondere ein schrittweises Hineinführen Österreichs in die NATO oder andere bündnisartige Strukturen gegen den Willen der Bevölkerung behauptet.

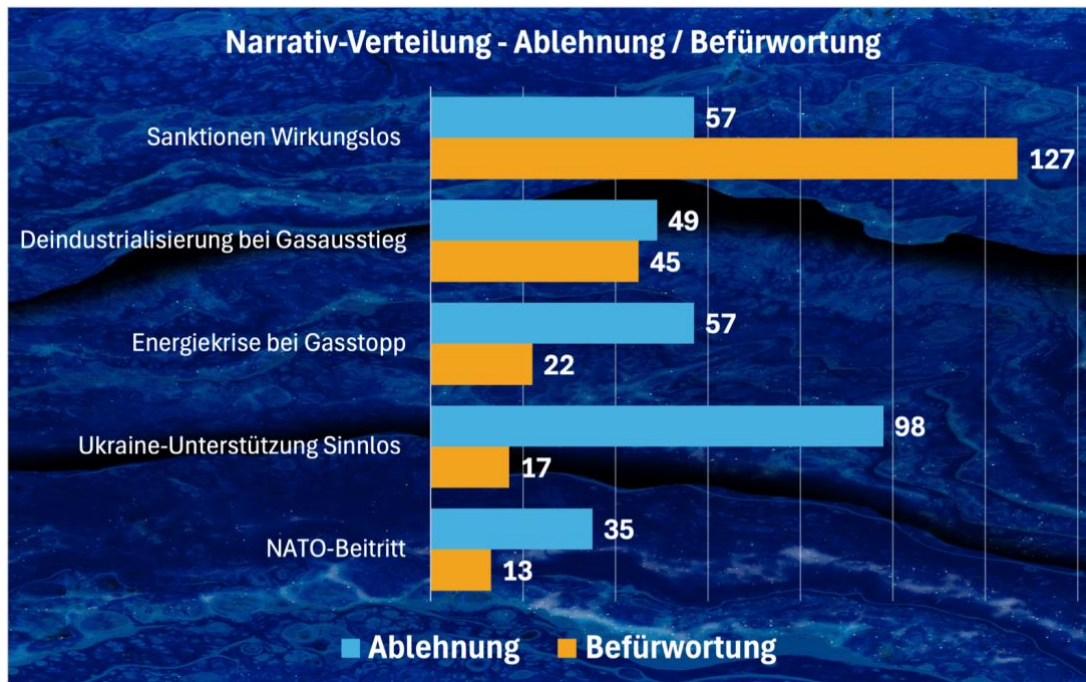


Abbildung 3 – Verteilung der Haltung (Abgelehnt / Befürwortet) je Narrativ

Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich beim Energiekrisennarrativ. Hier stehen 57 Ablehnungen beziehungsweise 72,2 Prozent 22 Befürwortungen beziehungsweise 27,8 Prozent gegenüber. Abgelehnt wurde das Narrativ insbesondere mit dem Argument, dass Österreich auch bei ausbleibenden russischen Gaslieferungen durch Speicher, Diversifizierung und alternative Bezugsquellen seine Energieversorgung sicherstellen könne. Die befürwortenden Aussagen verbanden einen Wegfall russischer Gaslieferungen dagegen mit drastischen Versorgungsproblemen beziehungsweise einer Energiekrise mit fatalen Folgen für die österreichische Bevölkerung – insbesondere verbunden mit der Erzählung von massenhaft frierenden Menschen im Winter.

Deutlich ausgeglichener ist die Haltungsverteilung beim Deindustrialisierungsnarrativ. Von 94 bestätigten Instanzen wurden 49 beziehungsweise 52,1 Prozent als „abgelehnt“ und 45 beziehungsweise 47,9 Prozent als „befürwortet“ codiert. Während die Befürwortung einen Ausstieg aus russischem Gas als existenzielle Bedrohung für den österreichischen Industriestandort und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit darstellte, bis hin zu Deindustrialisierung, Betriebsschließungen und einem umfassenden wirtschaftlichen Niedergang, wurde diese Kausalkette auf der Gegenseite ausdrücklich zurückgewiesen. Dabei wurde insbesondere argumentiert, dass die Abkehr von russischem Gas durch Diversifizierung und alternative Bezugsquellen bewältigt werden könne oder die bisherige Abhängigkeit selbst ein wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Risiko darstelle.

Eine abweichende Verteilung zeigt sich beim Sanktionsnarrativ. Von den 184 bestätigten Instanzen wurden 127 beziehungsweise 69 Prozent als „befürwortet“ und 57 beziehungsweise 31 Prozent als „abgelehnt“ codiert. Die Befürwortung bestand insbesondere darin, Sanktionen gegenüber Russland als wirkungslos sowie in überwiegendem Maße selbstschädigend für Österreich beziehungsweise Europa darzustellen und ihren politischen oder wirtschaftlichen Nutzen infrage zu stellen. Es ist damit das einzige der fünf untersuchten Narrative, bei dem die Befürwortung deutlich überwiegt.

4.3 Institutionelle und parteipolitische Muster

Nationalrat und Landtage unterscheiden sich teils deutlich in der Zusammensetzung der bestätigten Instanzen. Im Nationalrat wurden von 392 Instanzen 247 beziehungsweise 63 Prozent als „abgelehnt“ und 145 beziehungsweise 37 Prozent als „befürwortet“ codiert. Zusammengenommen überwiegt in den Landtagen dagegen bei 128 Instanzen die Befürwortung mit 79 Fällen beziehungsweise 61,7 Prozent gegenüber 49 Ablehnungen beziehungsweise 38,3 Prozent – allerdings auf insgesamt niedrigem Niveau. Während in Kärnten, dem Burgenland und Oberösterreich die Befürwortung klar und in Niederösterreich knapp überwiegt, ist das Verhältnis in Wien ausgeglichen. Wie im Nationalrat überwiegt hingegen die Ablehnung in Tirol und insbesondere in der Steiermark.

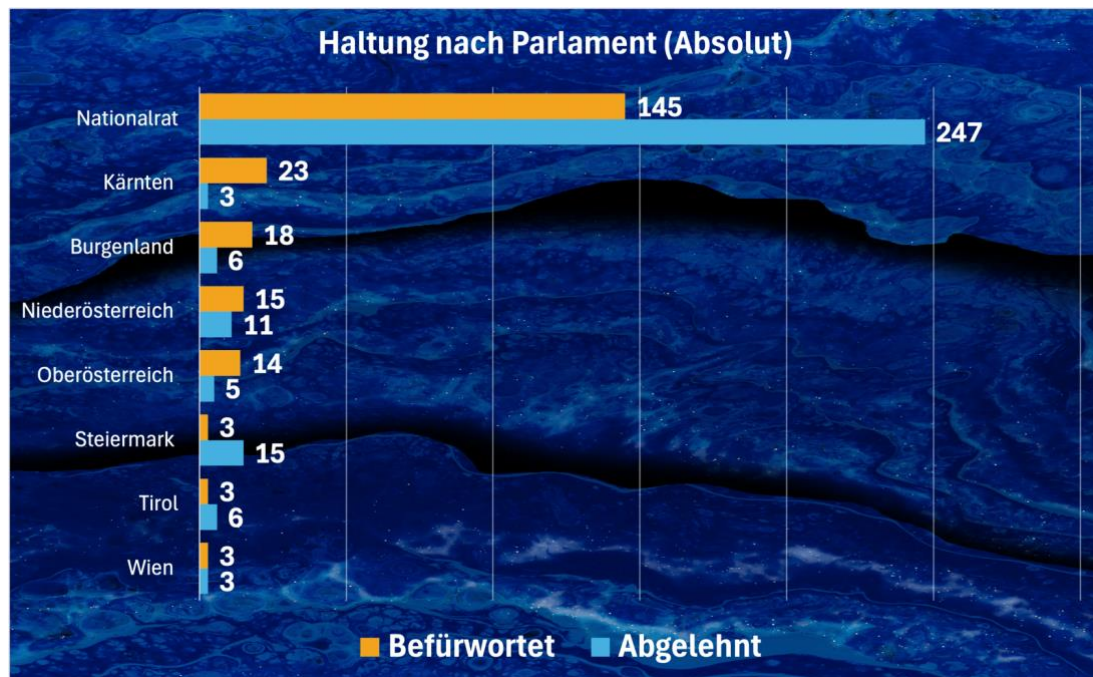


Abbildung 4 – Haltungsverteilung nach Parlament in absoluten Zahlen

Während sich die Parlamente teils erheblich im Verhältnis von Ablehnung und Befürwortung unterscheiden, zeigt sich über alle Parlamente hinweg eine klare parteipolitische Struktur der Haltungsverteilung (Abb. 5). Von den insgesamt 224 Befürwortungen entfallen 193 beziehungsweise 86,2 Prozent auf die FPÖ. Es folgen die fraktionsfreien Abgeordneten Géza Molnár aus dem Burgenland und Martin Huber aus Niederösterreich – beide vormals FPÖ – mit insgesamt 15 und die oberösterreichische MFG mit sechs Instanzen. Die übrigen zehn Befürwortungen verteilen sich auf die ÖVP mit fünf und die SPÖ mit drei sowie Team Kärnten und KPÖ mit jeweils einer Instanz. Für Grüne, NEOS und FRITZ (Tirol) wurde keine befürwortende Instanz erfasst.

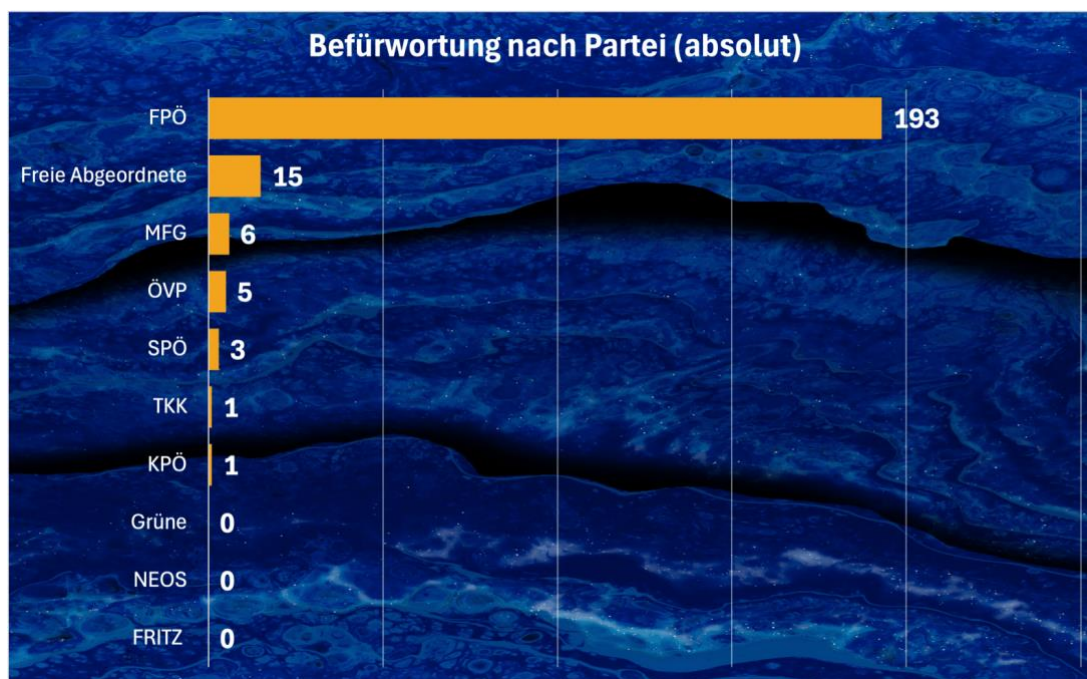


Abbildung 5 – Befürwortung von Desinformationsnarrativen in Nationalrat und Landtagen

Bei den 296 Ablehnungen (Abb. 6) entfällt die höchste Zahl mit 121 Instanzen auf die ÖVP, gefolgt von den Grünen mit 107 und NEOS mit 52. Die SPÖ weist 13 Ablehnungen auf; jeweils eine weitere Instanz entfällt auf FPÖ, Team Kärnten und FRITZ. ÖVP, Grüne und NEOS vereinen damit 280 der 296 Ablehnungen beziehungsweise 94,6 Prozent auf sich.

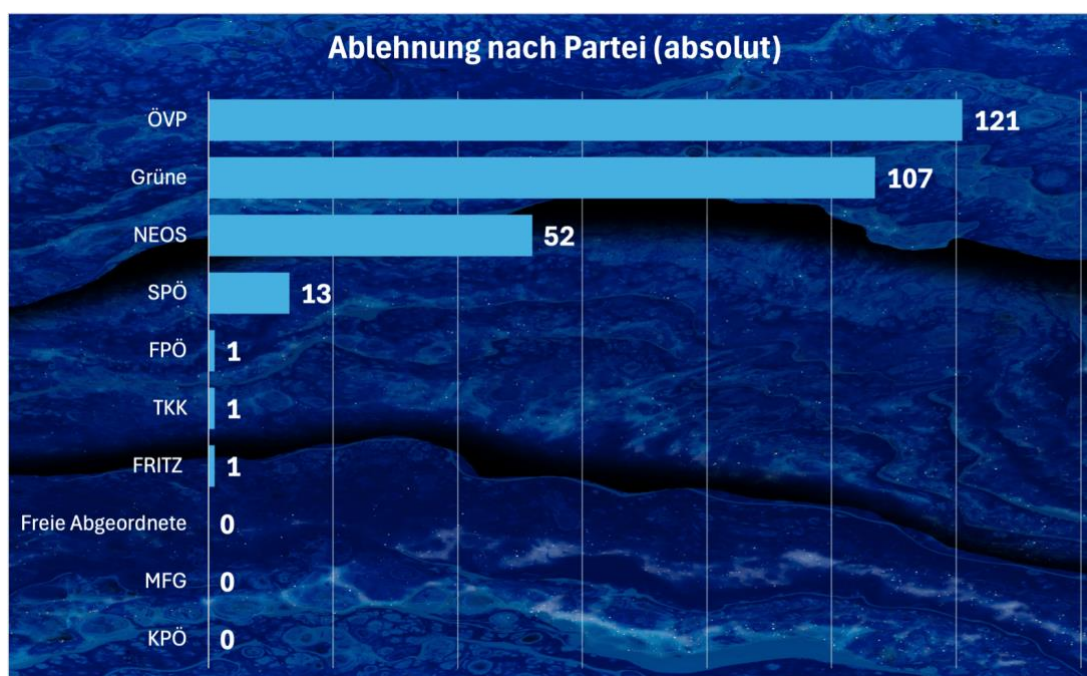


Abbildung 6 – Ablehnung von Desinformationsnarrativen in Nationalrat und Landtagen

4.4 Der Nationalrat

4.4.1 Gesamtbild im Nationalrat

Auf den Nationalrat entfallen wie bereits dargestellt 392 der insgesamt 520 bestätigten Narrativ-Instanzen und damit 75,4 Prozent des finalen Datensatzes.

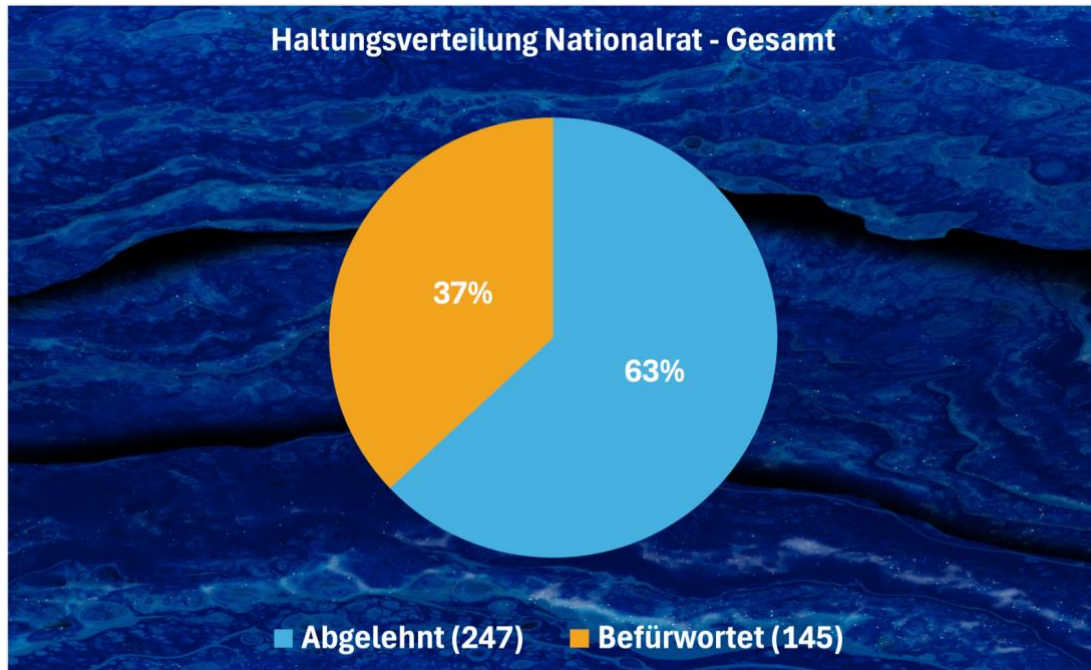


Abbildung 7 – Haltungsverteilung der Narrativ-Instanzen im Nationalrat

Innerhalb dieses Teilkorpus überwiegt die Ablehnung mit 247 Instanzen beziehungsweise 63 Prozent gegenüber der Befürwortung mit 145 Instanzen beziehungsweise 37 Prozent (Abb. 7).

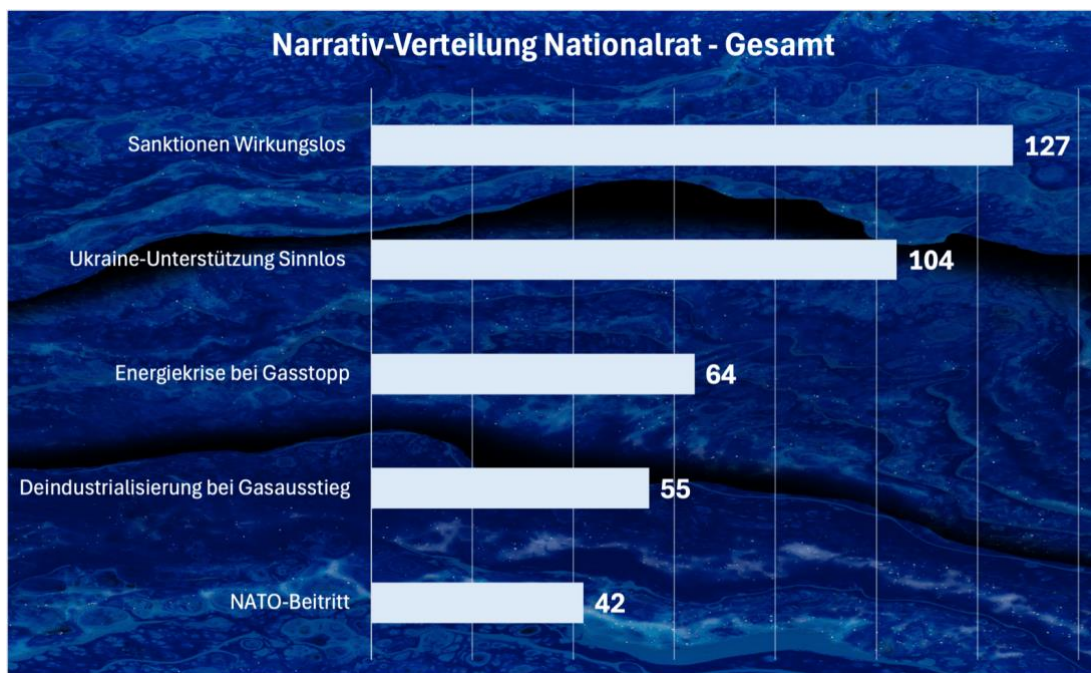


Abbildung 8 – Verteilung der Narrativ-Instanzen im Nationalrat

Aufgrund des großen Anteils des Nationalrats am Gesamtdatensatz entspricht die Häufigkeitsverteilung der Narrative weitgehend jener des Gesamtdatensatzes (Abb. 8). Lediglich die Narrative „Energiekrise bei Gasstopp“ und „Deindustrialisierung bei Gasausstieg“ tauschen gegenüber der Verteilung unter Einbeziehung der Landtage ihre Rangplätze.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Haltungen innerhalb der einzelnen Narrative (Abb. 9).

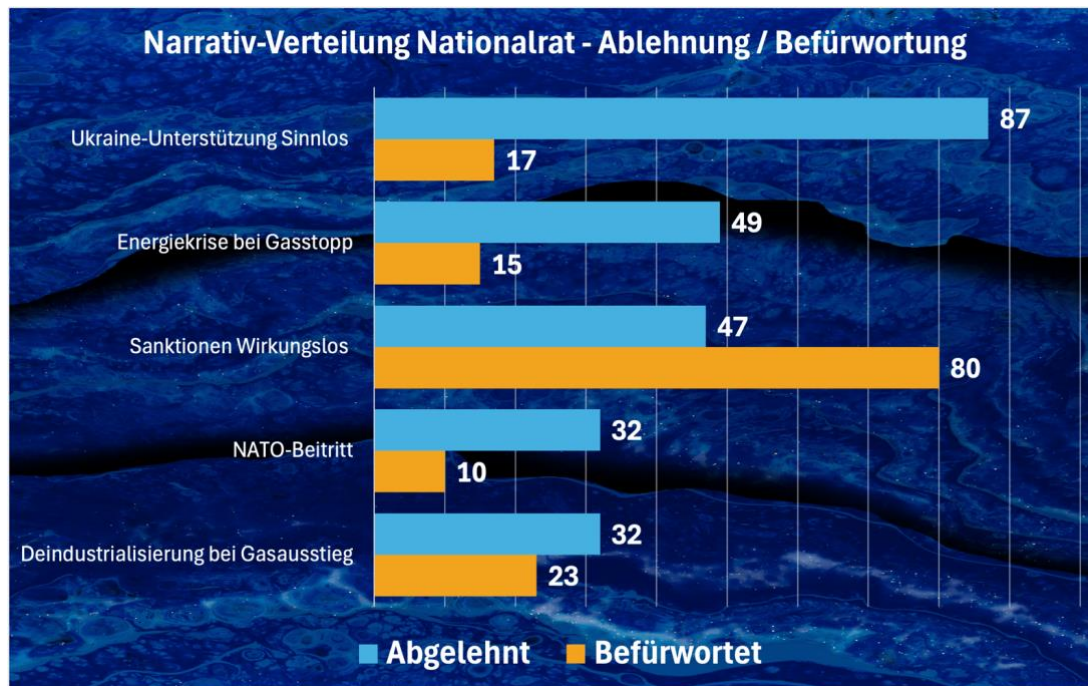


Abbildung 9 – Verteilung der Narrativ-Instanzen im Nationalrat aufgeschlüsselt

Die stärkste Zurückweisung zeigt sich beim Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung. Von 104 bestätigten Instanzen wurden 87 beziehungsweise 83,7 Prozent als „abgelehnt“ und 17 beziehungsweise 16,3 Prozent als „befürwortet“ codiert. Auch beim NATO-Narrativ überwiegt die Ablehnung mit 32 von 42 Instanzen beziehungsweise 76,2 Prozent deutlich. Beim Energiekrisennarrativ stehen 49 Ablehnungen beziehungsweise 76,6 Prozent insgesamt 15 Befürwortungen beziehungsweise 23,4 Prozent gegenüber. Beim Deindustrialisierungsnarrativ fällt die Verteilung weniger eindeutig aus. 32 der 55 bestätigten Instanzen beziehungsweise 58,2 Prozent wurden als „abgelehnt“ und 23 beziehungsweise 41,8 Prozent als „befürwortet“ codiert. Eine abweichende Verteilung zeigt sich beim Sanktionsnarrativ. Hier überwiegt die Befürwortung mit 80 von 127 Instanzen beziehungsweise 63 Prozent gegenüber 47 Ablehnungen beziehungsweise 37 Prozent. Das Sanktionsnarrativ ist damit das einzige der fünf Narrative, bei dem im Nationalrat die Befürwortung überwiegt.

Abbildung 10 verdeutlicht nochmals, wie stark die Haltung zu den einzelnen Narrativen parteipolitisch strukturiert ist. Von den insgesamt 145 Befürwortungen im Nationalrat entfallen 141 beziehungsweise 97,2 Prozent auf die FPÖ. Jeweils zwei weitere Befürwortungen stammen von ÖVP und SPÖ. Die 247 Ablehnungen verteilen sich dagegen auf ÖVP mit 108, Grüne mit 88, NEOS mit 44 und SPÖ mit sieben Instanzen. Für die FPÖ wurde im Nationalrat keine ablehnende Instanz erfasst, während Grüne und NEOS ausschließlich Ablehnungen aufweisen.

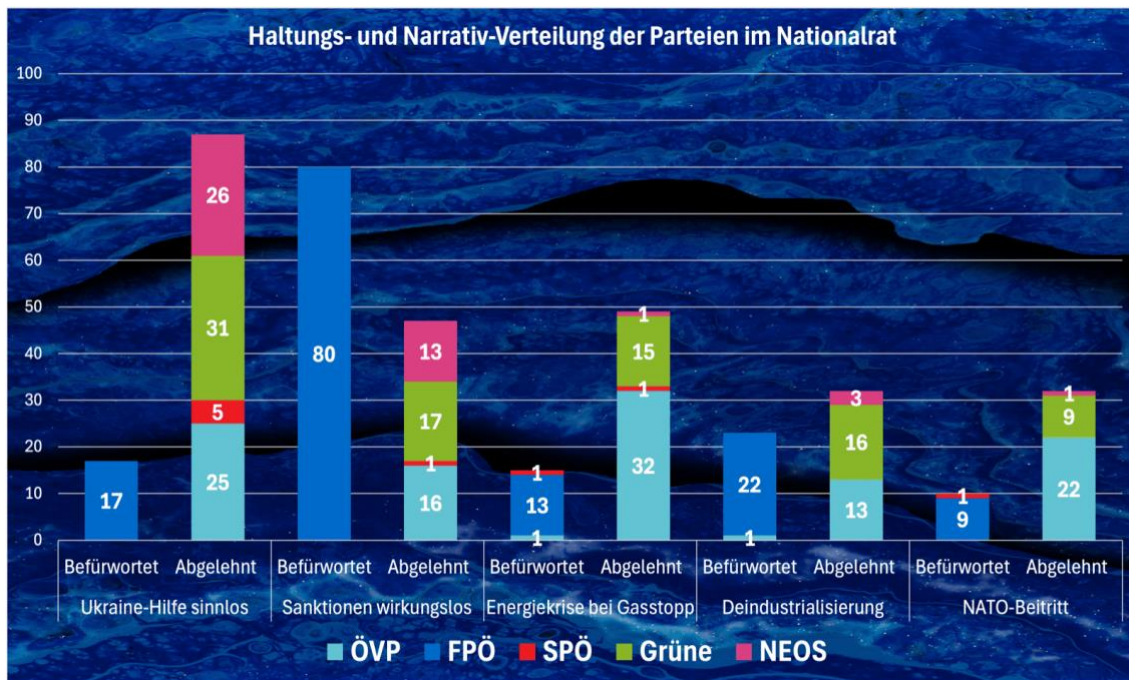


Abbildung 10 – Verteilung der Parteien nach Narrativ und Haltung im Nationalrat

Das Gesamtbild des Nationalrats ist damit, weitgehend analog zum Gesamtdatensatz, durch zwei Befunde geprägt. Vier der fünf untersuchten Narrative werden unter den bestätigten Instanzen mehrheitlich abgelehnt, während beim Sanktionsnarrativ die Befürwortung deutlich überwiegt. Zugleich folgt die Haltungsverteilung weitgehend einer parteipolitischen Trennlinie zwischen der FPÖ auf der Befürwortungsseite und ÖVP, Grüne und NEOS auf der Ablehnungsseite. Die SPÖ ist hingegen weniger stark in den Diskurs eingebunden.

4.4.2 Zeitliche Dynamik der Narrativ-Instanzen im Nationalrat

Ergänzend zur parteilichen Verteilung wurde untersucht, wie sich die bestätigten Narrativ-Instanzen im Nationalrat über den Untersuchungszeitraum in ihrer Häufigkeit verteilen (Abb. 11).

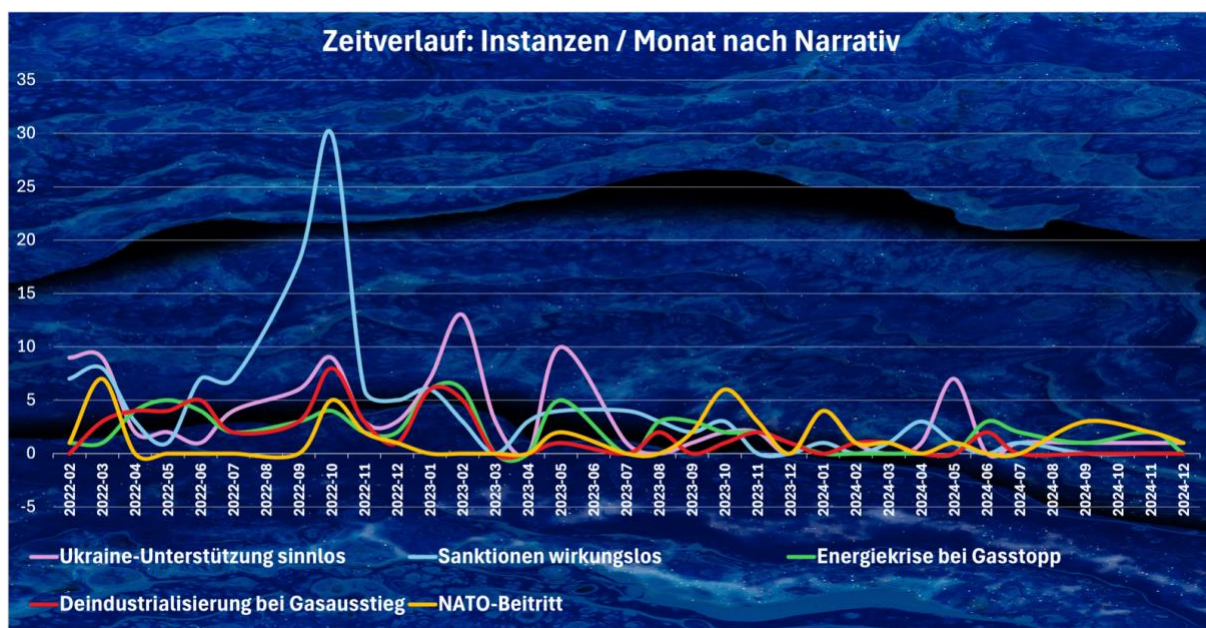


Abbildung 11 – Häufigkeit der Narrativ-Instanzen im Nationalrat im Zeitverlauf

Die zeitliche Verteilung zeigt mehrere klar erkennbare Phasen erhöhter parlamentarischer Bezugnahme. Der stärkste Ausschlag findet sich im Herbst 2022 und wird insbesondere durch das Sanktionsnarrativ geprägt. Im Jahresverlauf 2023 verschiebt sich der thematische Schwerpunkt stärker auf das Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung, während in weiterer Folge kleinere, narrativspezifische Ausschläge auftreten, darunter beim NATO-Narrativ im Herbst 2023. Ab 2024 nimmt die Intensität der Auseinandersetzung insgesamt deutlich ab.

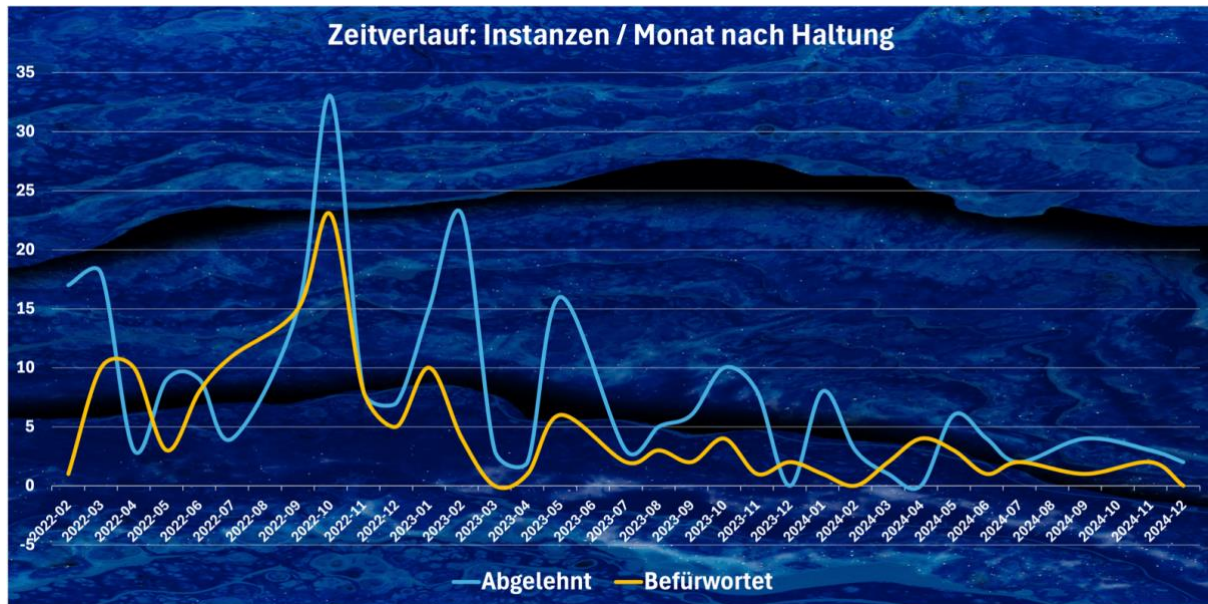


Abbildung 12 – Häufigkeit der abgelehnten und befürworteten Narrativ-Instanzen im Nationalrat im Zeitverlauf

Besonders auffällig ist der weitgehend parallele Verlauf von Befürwortung und Ablehnung (Abb. 12). Vor allem bei den größeren Ausschlägen bis Ende 2023 geht eine starke befürwortende Präsenz der untersuchten Narrative regelmäßig mit verstärkter Gegenrede durch ÖVP und Grüne sowie teils NEOS einher (Abb. 13).

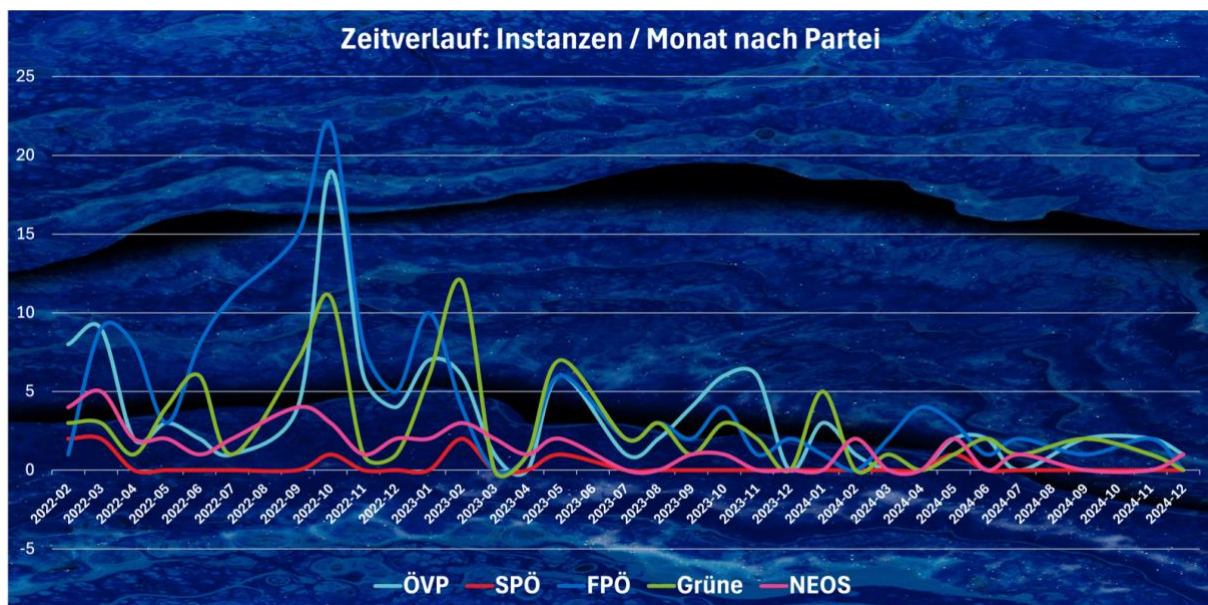


Abbildung 13 – Häufigkeit von Narrativ-Instanzen nach Partei im Nationalrat im Zeitverlauf

4.4.3 Die FPÖ im Nationalrat

Für die FPÖ wurden im Nationalrat insgesamt 141 bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst. Sämtliche 141 Instanzen wurden als „befürwortet“ codiert; eine bestätigte Ablehnung von Desinformations-Narrativen findet sich im Nationalratsdatensatz der FPÖ nicht (Abb. 14). Damit entfallen 97,2 Prozent der Befürwortungen im Nationalrat auf die FPÖ.



Abbildung 14 – Haltungsverteilung der FPÖ im Nationalrat

Die bestätigten FPÖ-Instanzen verteilen sich auf alle fünf untersuchten Narrative, allerdings mit einem deutlichen thematischen Schwerpunkt auf die Wirkungslosigkeit von Sanktionen (Abb. 15).

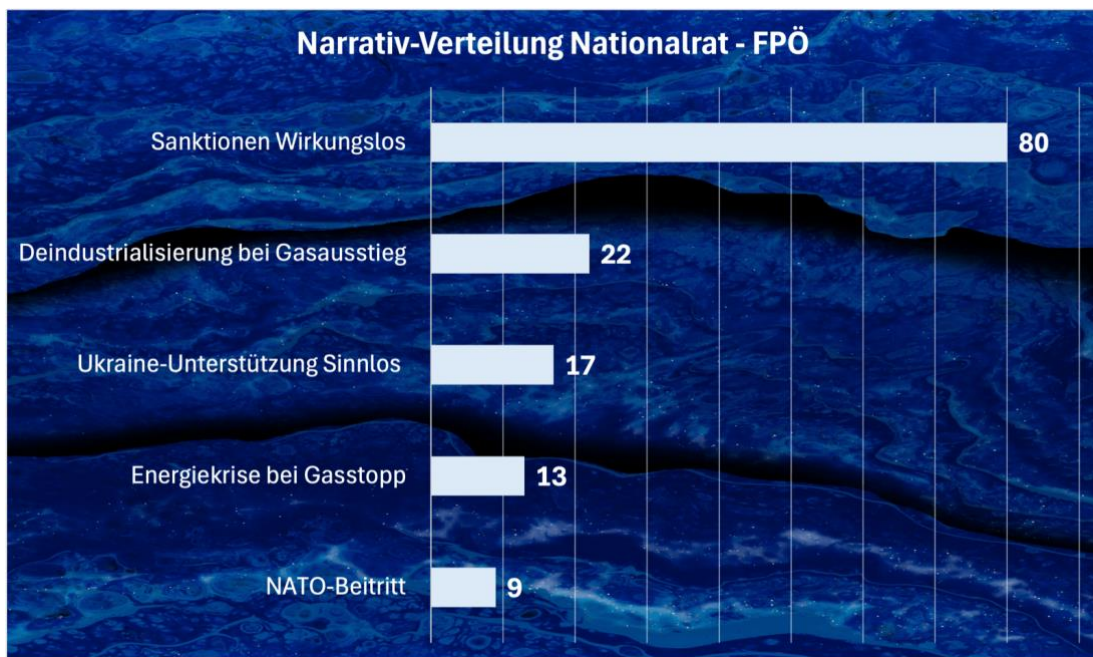


Abbildung 15 – Narrativ-Verteilung der FPÖ im Nationalrat

Mit 80 Instanzen beziehungsweise 56,7 Prozent entfällt mehr als die Hälfte der FPÖ-Instanzen auf das Sanktionsnarrativ. Es folgen das Deindustrialisierungsnarrativ mit 22 Instanzen, das Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung mit 17 Instanzen, das Energiekrisennarrativ mit 13 Instanzen sowie das NATO-Narrativ mit neun Instanzen.

Wie sich diese Befürwortung konkret äußerte, zeigen beispielhafte Instanzen aus den Redebeiträgen. Beim Sanktionsnarrativ wurden die Maßnahmen etwa als wirkungslos gegenüber Russland und zugleich als massiv selbstschädigend dargestellt. Abg. Dagmar Belakowitsch verlautbarte etwa: „Wir wissen, wer heute unter diesen Sanktionen leidet: Die österreichische Bevölkerung leidet unter diesen Sanktionen, während die russische Wirtschaftsleistung steigt.“⁵⁹ Beim Ausstieg aus russischer Energie wurden sowohl dessen wirtschaftliche Machbarkeit als auch die möglichen Versorgungsfolgen infrage gestellt. Abg. Axel Kassegger erklärte einen kurzfristigen „Ausstieg aus oder Verzicht von [russischem] Öl und Gas“ für „unmöglich“.⁶⁰ Abg. Petra Steger verwies auf die hohe Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas und bezeichnete ein sofortiges Öl- und Gasembargo unter dem Schlagwort „Frieren für den Frieden“ als „absolut unverantwortlich“.⁶¹ Beim Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung wurde die Hilfe für die Ukraine unmittelbar als Verschwendung zulasten der eigenen Bevölkerung dargestellt. So kritisierte Abg. Belakowitsch, man habe „sinnlos Geld für die Ukraine ausgegeben“, anstatt „für unsere eigenen Steuerzahler etwas Erleichterung zu schaffen“.⁶² Das NATO-Narrativ wurde etwa mit dem Vorwurf verbunden, die ÖVP wolle die österreichische Neutralität schrittweise überwinden und einen NATO-Beitritt vorantreiben. Klubobmann Herbert Kickl knüpfte dabei an eine Bezeichnung der Neutralität als „aufgezwungen“ an und argumentierte, etwas werde dann als aufgezwungen bezeichnet, „wenn man es loswerden will“ oder „irgendwie abwerfen möchte“. Darin sah er das „eigentliche Ansinnen“ der ÖVP, nämlich „einen Nato-Beitritt vorantreiben zu können“.⁶³ Eine Aufschlüsselung nach einzelnen Abgeordneten zeigt die personelle Verteilung der 141 bestätigten FPÖ-Instanzen.



Abbildung 16 – Aktivste Akteur:innen der FPÖ im Nationalrat

Axel Kassegger weist mit 33 Fällen die höchste Zahl bestätigter Instanzen sowohl innerhalb der FPÖ als auch im gesamten Datensatz auf. Es folgen Susanne Fürst mit 17 sowie Herbert Kickl und Petra Steger mit jeweils 14 Instanzen. Diese vier Akteur:innen vereinen zusammen 78 der 141 FPÖ-Instanzen beziehungsweise 55,3 Prozent auf sich.

4.4.4 Die ÖVP im Nationalrat

Für die ÖVP wurden im Nationalrat insgesamt 110 bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst. Davon wurden 108 beziehungsweise 98,2 Prozent als „abgelehnt“ und lediglich zwei beziehungsweise 1,8 Prozent als „befürwortet“ codiert (Abb. 17).

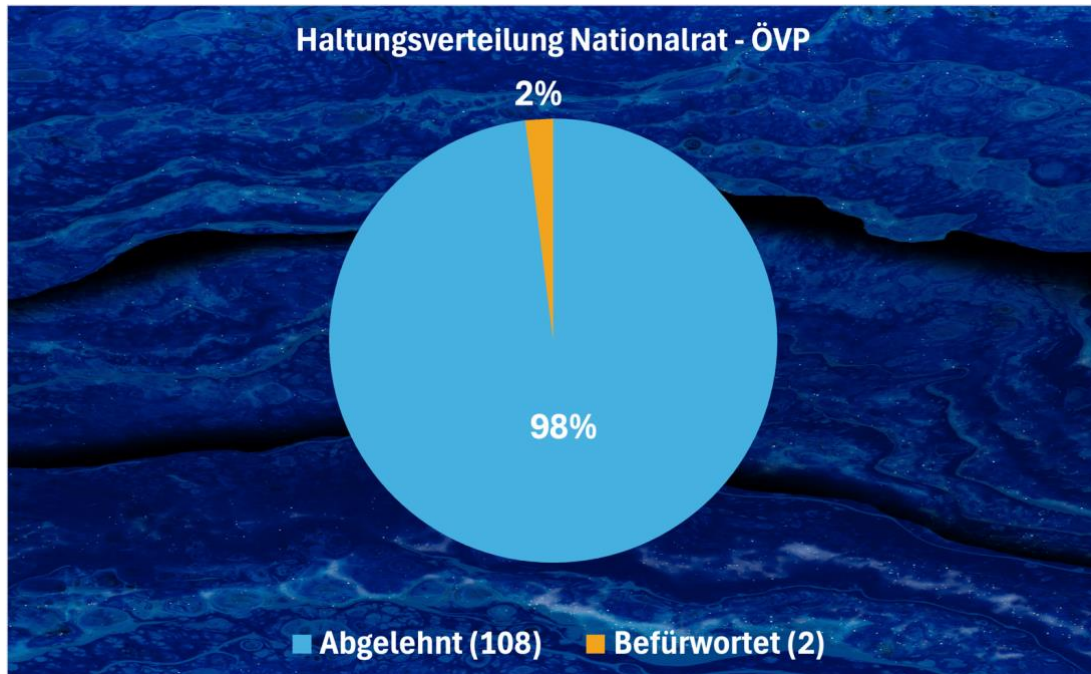


Abbildung 17 – Die Haltungsverteilung der ÖVP im Nationalrat

Die bestätigten ÖVP-Instanzen verteilen sich auf alle fünf untersuchten Narrative, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten (Abb. 18).

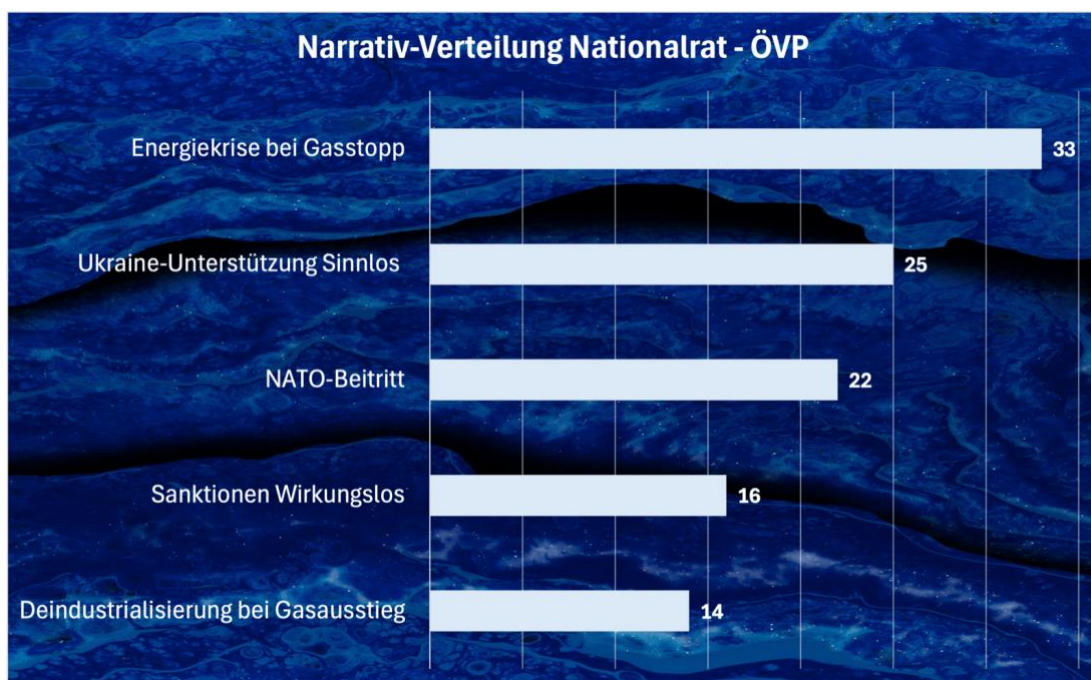


Abbildung 18 – Narrativ-Verteilung der ÖVP im Nationalrat

Am häufigsten ist die ÖVP mit 33 Instanzen beim Narrativ einer drohenden Energiekrise infolge eines Stopps russischer Gasimporte vertreten. Es folgt das Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung mit 25 Instanzen, mit 22 Instanzen die Behauptung eines bevorstehenden NATO-Beitritts. Das Sanktionsnarrativ umfasst 16 Instanzen, das Deindustrialisierungsnarrativ 14.

Die konkreten Redebeiträge zeigen, dass die ÖVP den untersuchten Narrativen meist mit einer direkten Gegenargumentation begegnete. Beim Sanktionsnarrativ wurde etwa der Behauptung der Wirkungslosigkeit ausdrücklich widersprochen. Abg. Andreas Minnich hielt fest, die Sanktionen „zeigen Wirkung in Russland“ und würden ihre Wirkung „in vielen Bereichen“ entfalten.⁶⁴ Beim Energiekrisennarrativ verwies Martin Kocher rückblickend darauf, Österreich sei „gut über diesen Winter gekommen“ und es habe „keine Energieversorgungskrise“ und „keine tiefe Rezession“ gegeben.⁶⁵ Zudem wurden Warnungen vor den wirtschaftlichen Folgen eines Ausstiegs aus russischem Gas zurückgewiesen. Beim Deindustrialisierungsnarrativ verband Abg. August Wöginger die Forderung, Österreich müsse „raus aus dem fossilen russischen Gas“, mit dem Verweis auf gefüllte Speicher und „Sicherheit für die Menschen, Sicherheit für die Wirtschaft“.⁶⁶ Besonders explizit fällt die Zurückweisung des NATO-Narrativs aus. Abg. Friedrich Ofenauer stellte klar, weder „die Aufgabe der Neutralität noch ein Beitritt zu einem Militärpakt“ sei ein Thema⁶⁷, und betonte an anderer Stelle, Sky Shield sei „eine Beschaffungsinitiative, aber kein Militärbündnis“.⁶⁸ Bei der Ukraine-Unterstützung wurde wiederum deren strategischer Nutzen hervorgehoben. Bundesminister Alexander Schallenberg bezeichnete die Unterstützung der Ukraine als „momentan den besten Weg“, um zu Friedensgesprächen zu kommen.⁶⁹ Einen Kontrast zum ansonsten ablehnenden Profil bilden die beiden befürwortenden Instanzen. Abg. Tanja Graf bezeichnete etwa einen Importstopp für russische Energie als „hochgefährlich für Österreich“ und warnte vor einer „kritischen Situation“ bis hin zu „Massenarbeitslosigkeit“.⁷⁰ Eine Aufschlüsselung nach einzelnen Akteur:innen zeigt, welche ÖVP-Vertreter:innen im finalen Datensatz besonders häufig erfasst wurden (Abb. 19).

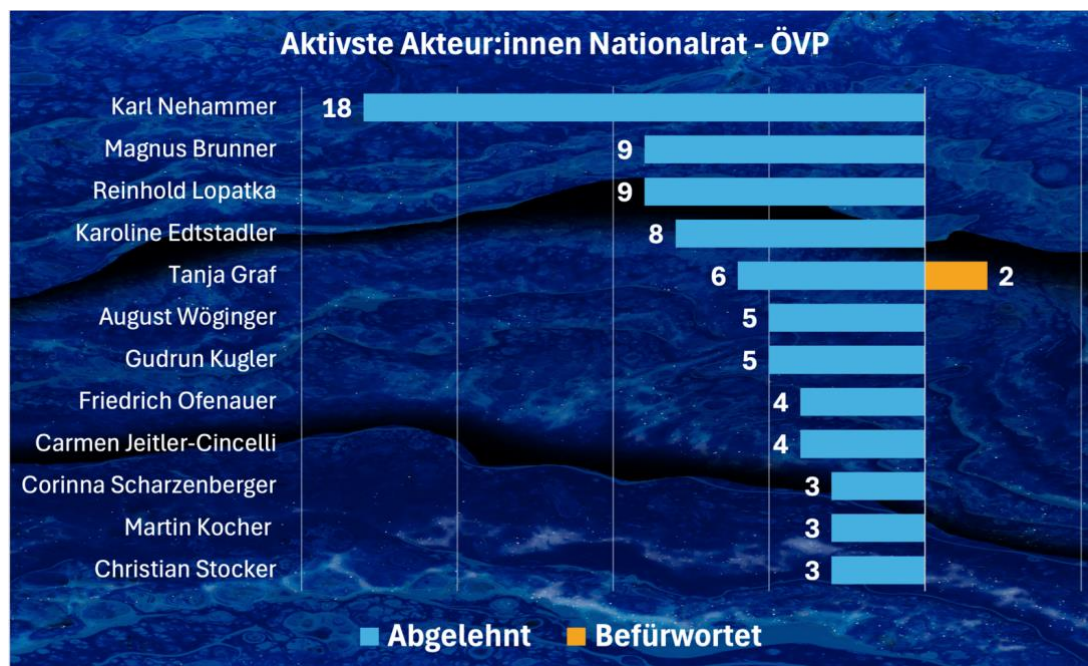


Abbildung 19 – Aktivste Akteur:innen der ÖVP im Nationalrat

Unter den in der Abbildung ausgewiesenen Akteur:innen weist Karl Nehammer mit 18 Instanzen die höchste Zahl auf. Es folgen Magnus Brunner und Reinhold Lopatka mit jeweils neun sowie Karoline Edtstadler und Tanja Graf mit acht Instanzen. Auf letztere entfallen beide befürwortenden ÖVP-Instanzen im Nationalrat, während ihre übrigen sechs bestätigten Instanzen als Ablehnungen codiert wurden.

4.4.5 Die Grünen im Nationalrat

Für die Grünen wurden im Nationalrat insgesamt 88 bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst. Sämtliche 88 Instanzen wurden als „abgelehnt“ codiert, womit die Grünen mit rund 36 Prozent – vor allem relativ zur Klubgröße – einen erheblichen Teil der parlamentarischen Gegenrede im Nationalrat tragen (Abb. 20).



Abbildung 20 – Haltungsverteilung der Grünen im Nationalrat

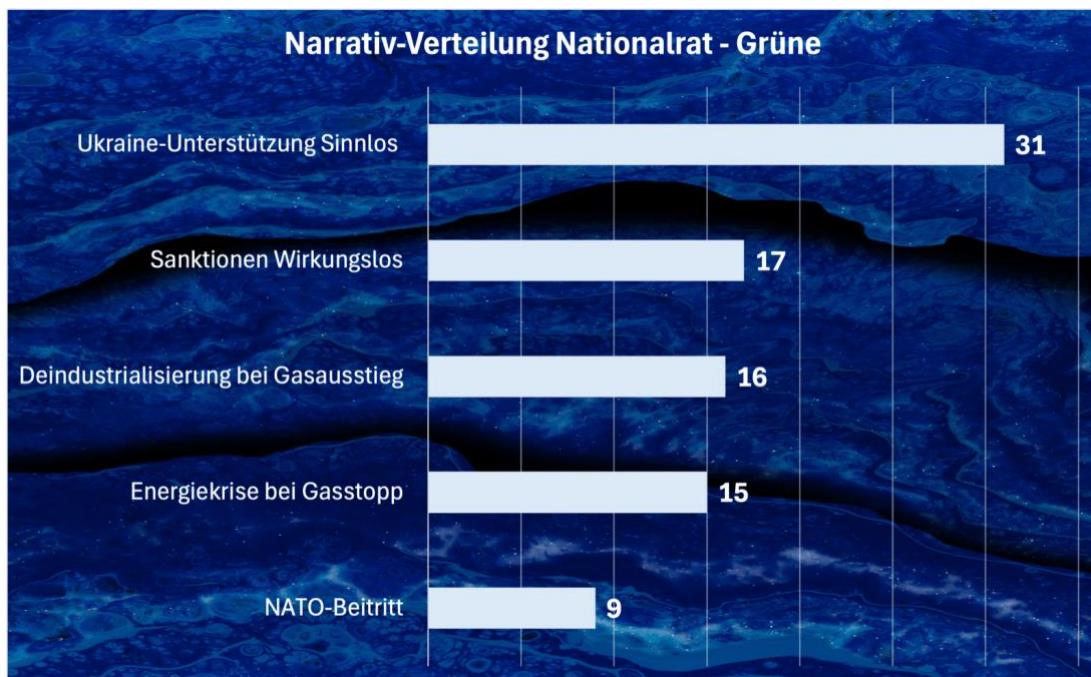


Abbildung 21 – Narrativ-Verteilung der Grünen im Nationalrat

Die 88 bestätigten Instanzen der Grünen verteilen sich auf alle fünf untersuchten Narrative, weisen jedoch einen deutlichen Schwerpunkt bei der Ukraine-Unterstützung auf. Mit 31 Instanzen entfallen 35,2 Prozent ihrer bestätigten Fälle auf diese Narrativbehauptung; zugleich weisen sie damit den höchsten Wert aller Parteien

auf. Es folgen das Sanktionsnarrativ mit 17 Instanzen und das Deindustrialisierungsnarrativ mit 16 Instanzen. Auch bei der Ablehnung dieser beiden Narrative liegen die Grünen im Parteienvergleich an der Spitze. Beim Sanktionsnarrativ stellen sie 17 der insgesamt 47 Ablehnungen, beim Deindustrialisierungsnarrativ mit 16 von 32 sogar die Hälfte. Weitere 15 Instanzen betreffen das Energiekrisennarrativ, neun das NATO-Narrativ. Bei drei der fünf vom DSN identifizierten Desinformationsnarrative weisen die Grünen damit die höchste Zahl an Ablehnungen auf.

Bei den Grünen lässt sich die Gegenrede besonders gut daran erkennen, dass die Narrative je nach Themenfeld auf unterschiedliche Weise zurückgewiesen werden – teils durch konkrete Gegenbelege, teils durch eine normative oder strategische Gegenposition. Beim Sanktionsnarrativ argumentierte Abg. Michel Reimon beispielsweise ausdrücklich gegen die behauptete Wirkungslosigkeit und verwies auf Einbrüche in zentralen Bereichen der russischen Produktion; die Sanktionen würden „Putin weh“ tun und „immer mehr wirken, je länger sie dauern“.⁷¹ Auch beim Energiekrisennarrativ wurde der behaupteten Abhängigkeit von russischem Gas mit konkreten Kapazitäten und Alternativen widersprochen. Abg. Lukas Hammer hielt fest, Österreich sei „sehr gut aufgestellt“ und könne „einen Ausfall der russischen Gaslieferungen verkraften“.⁷² Beim Deindustrialisierungsnarrativ wurde der Ausstieg aus russischem Gas dagegen stärker politisch begründet. Bundesministerin Leonore Gewessler erklärte, zum Ausstieg gebe es keine Alternative, da diese andernfalls darin bestünde, dem russischen Angriffskrieg und den damit verbundenen Völkerrechtsverbrechen „nichts entgegenzusetzen“.⁷³ Bei der Ukraine-Unterstützung wurde schließlich deren strategische Bedeutung hervorgehoben. Monika Vana, Mitglied des Europäischen Parlaments, argumentierte im österreichischen Nationalrat, eine geeinte Europäische Union könne die Ukraine effizienter unterstützen und damit eine stärkere Gegenwehr gegen Aggressoren und Autokraten bilden.⁷⁴ Besonders explizit fällt die Zurückweisung beim NATO-Narrativ aus. Abg. Michel Reimon betonte, die militärische Neutralität Österreichs stehe „überhaupt nicht zur Debatte“, und fasste die behauptete Beitrittsdebatte mit den Worten zusammen: „Diese Diskussion gibt es so nicht.“⁷⁵ Eine Aufschlüsselung nach einzelnen Akteur:innen zeigt, welche grünen Vertreter:innen im finalen Datensatz besonders häufig erfasst wurden.

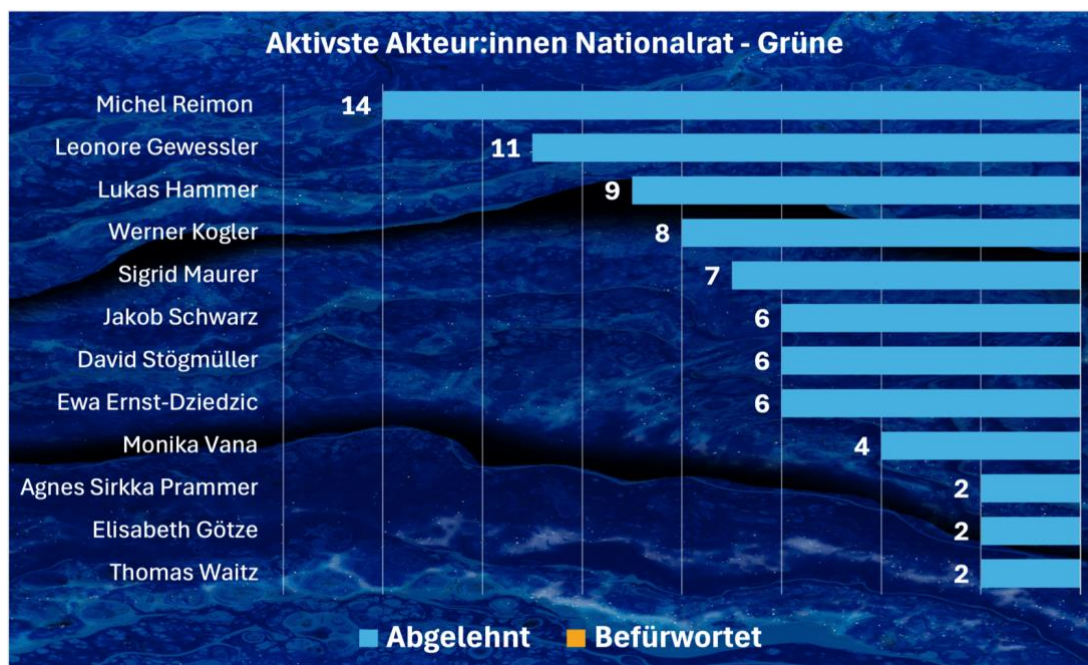


Abbildung 22 – Aktivste Akteur:innen der Grünen im Nationalrat

Die höchste Zahl bestätigter Instanzen weist Michel Reimon mit 14 Fällen auf, gefolgt von Leonore Gewessler mit elf und Lukas Hammer mit neun. Werner Kogler kommt auf acht und Sigrid Maurer auf sieben Instanzen.

4.4.6 Die NEOS im Nationalrat

Für die NEOS wurden im Nationalrat insgesamt 44 bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst, wobei sämtliche 44 Instanzen als „abgelehnt“ codiert wurden.

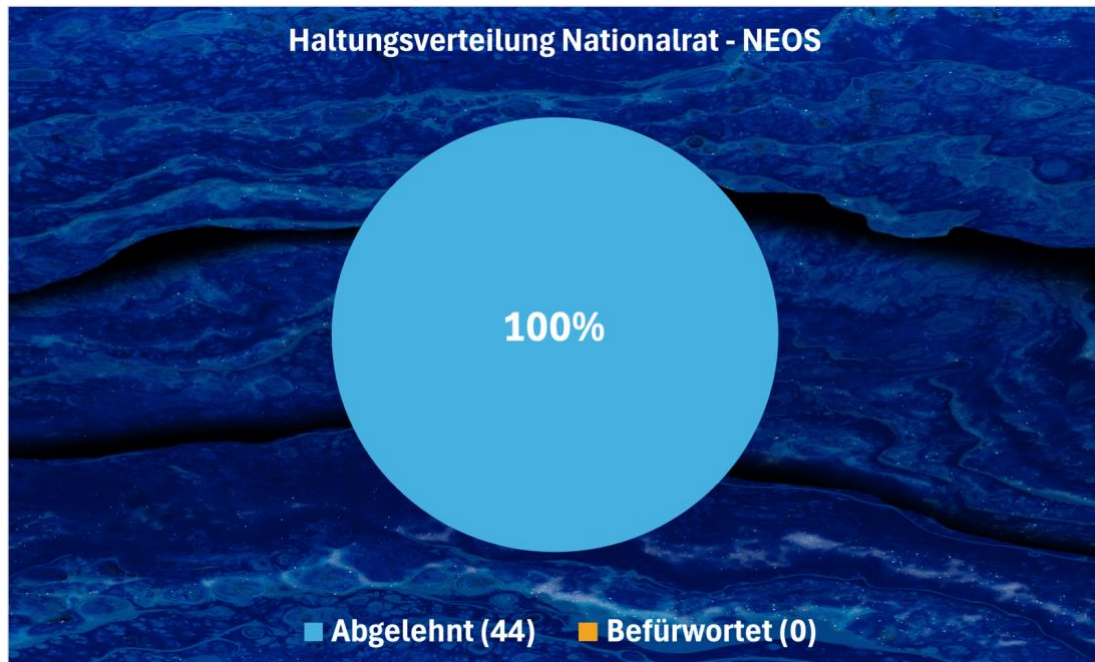


Abbildung 23 – Haltungsverteilung der NEOS im Nationalrat

Anders als bei ÖVP und Grünen, wo es eine breitere Streuung von erkannten Instanzen gab, konzentrieren sich die bestätigten NEOS-Instanzen stärker auf zwei der fünf untersuchten Narrative.

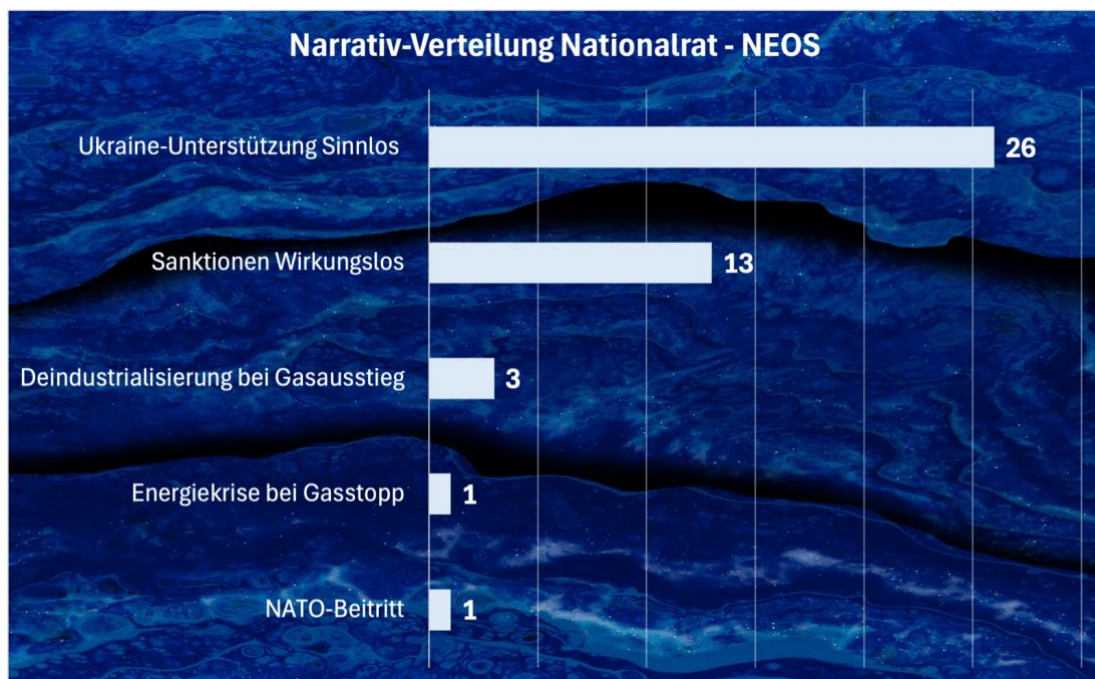


Abbildung 24 – Narrativ-Verteilung der NEOS im Nationalrat

Mit 26 Instanzen und damit 59,1 Prozent aller bestätigten NEOS-Fälle entfällt deutlich mehr als die Hälfte auf das Narrativ, die Unterstützung der Ukraine durch Europa sei sinnlos. An zweiter Stelle steht das Sanktionsnarrativ mit 13 Instanzen beziehungsweise 29,5 Prozent. Die übrigen drei Narrative spielen im NEOS-Datensatz eine deutlich geringere Rolle. Drei Instanzen beziehungsweise 6,8 Prozent betreffen das Deindustrialisierungsnarrativ, während das Energiekrisen- und das NATO-Narrativ mit jeweils einer Instanz beziehungsweise 2,3 Prozent vertreten sind. Zusammen entfallen damit 39 der 44 Instanzen beziehungsweise 88,6 Prozent auf die Narrative zur Ukraine-Unterstützung und zu den Sanktionen gegen Russland.

Auch im Verhältnis zu den gesamten Ablehnungen dieser beiden Narrative im Nationalrat ist der Anteil der NEOS vergleichsweise hoch. 26 der insgesamt 87 Ablehnungen des Ukraine-Unterstützungsnarrativs beziehungsweise 29,9 Prozent entfallen auf NEOS-Akteur:innen. Beim Sanktionsnarrativ stellen sie 13 der 47 Ablehnungen beziehungsweise 27,7 Prozent. Bei den drei übrigen Narrativen bleibt ihre Präsenz dagegen gering. Das spezifische Profil der NEOS ist damit wesentlich stärker auf die Zurückweisung dieser beiden Narrativbehauptungen ausgerichtet als auf die energie- und wirtschaftspolitischen beziehungsweise NATO-bezogenen Narrative.

Eine Aufschlüsselung nach einzelnen Akteur:innen zeigt eine deutliche Schwerpunktbildung innerhalb der 44 bestätigten Instanzen.

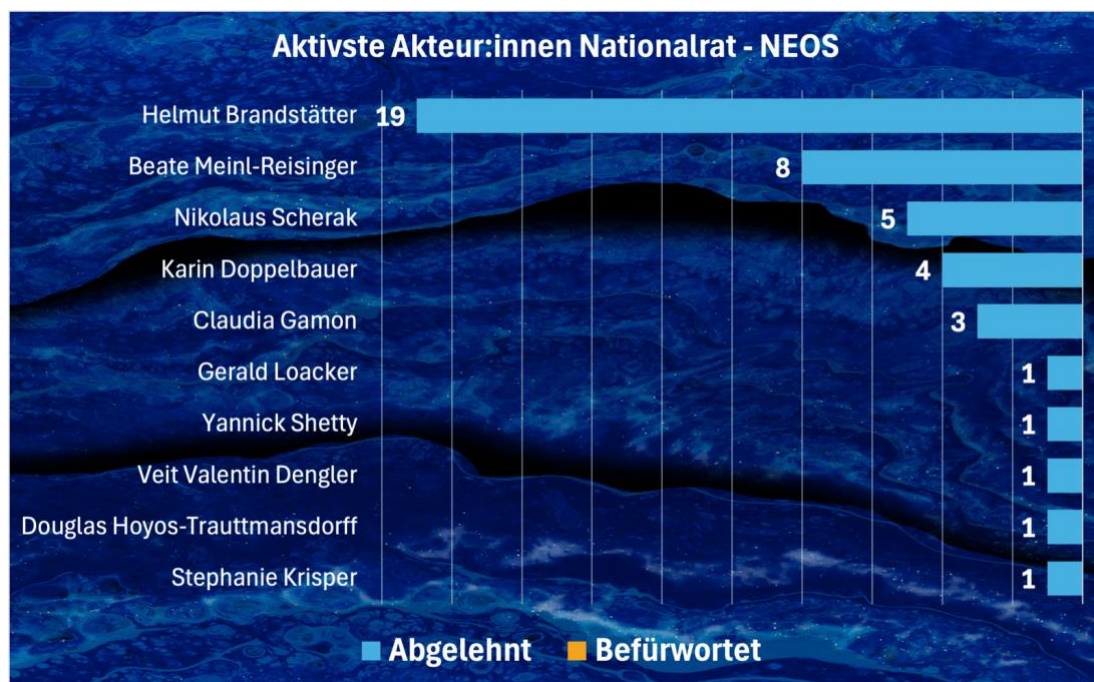


Abbildung 25 – Aktivste Akteur:innen der NEOS im Nationalrat

Mit 19 Fällen weist Helmut Brandstätter die höchste Zahl bestätigter Instanzen auf und vereint damit allein 43,2 Prozent aller NEOS-Instanzen im Nationalrat auf sich. Es folgen Beate Meinl-Reisinger mit acht, Nikolaus Scherak mit fünf, Karin Doppelbauer mit vier und Claudia Gamon mit drei Instanzen. Brandstätter und Meinl-Reisinger kommen zusammen somit auf 61,4 Prozent aller NEOS-Instanzen.

Beim Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung wurde die Hilfe für die Ukraine ausdrücklich mit europäischen und österreichischen Sicherheitsinteressen verknüpft. Abg. Helmut Brandstätter argumentierte etwa, wenn man der Ukraine klarmache, „dass wir Putin nicht weitermarschieren lassen“, dann „helfen wir auch uns“. ⁷⁶ Das Sanktionsnarrativ wies etwa Abg. Karin Doppelbauer besonders unmittelbar zurück, indem sie festhielt, „dass die Sanktionen wirken“, und dies mit der Notwendigkeit verband, die Abhängigkeit von

Russland zu reduzieren.⁷⁷ Auch bei den deutlich seltener vertretenen Narrativen finden sich klare Gegenpositionen. Abg. Douglas Hoyos-Trauttmansdorff widersprach der Behauptung, Sky Shield sei ein NATO-Projekt, ausdrücklich mit „Stimmt nicht!“ und verwies auf dessen europäischen Charakter.⁷⁸ Beim Energiekrisennarrativ betonte Doppelbauer, es gebe „reichlich Gas am Markt“.⁷⁹ Die Annahme wirtschaftlicher Nachteile durch einen Ausstieg aus russischem Gas stellte sie ebenfalls infrage und argumentierte, dieser habe vielmehr „das Potenzial, die Preise in Österreich zu verringern“ und sei „tatsächlich einfach nur sinnvoll“.⁸⁰

4.4.7 Die SPÖ im Nationalrat

Für die SPÖ wurden im Nationalrat insgesamt neun bestätigte Narrativ-Instanzen erfasst. Damit weist sie unter den fünf im Nationalrat vertretenen Parteien die mit Abstand geringste Zahl bestätigter Instanzen auf. Sieben Fälle beziehungsweise 77,8 Prozent wurden als „abgelehnt“ und zwei beziehungsweise 22,2 Prozent als „befürwortet“ codiert. Aufgrund der geringen Fallzahl sind insbesondere die daraus resultierenden prozentualen Anteile zurückhaltend zu interpretieren.



Abbildung 26 – Haltungsverteilung der SPÖ im Nationalrat

Die bestätigten SPÖ-Instanzen verteilen sich auf vier der fünf untersuchten Narrative, zum Deindustrialisierungsnarrativ gab es keine Treffer (Abb. 27). Mit fünf Instanzen entfällt mehr als die Hälfte der bestätigten SPÖ-Fälle auf das Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung. Zwei weitere Instanzen betreffen das Energiekrisennarrativ, jeweils eine das Sanktions- und das NATO-Narrativ. Die stärkste thematische Präsenz liegt damit deutlich beim Narrativ zur Ukraine-Unterstützung. Hinsichtlich der Haltung werden alle fünf Instanzen zur Ukraine-Unterstützung sowie die einzelne Instanz zum Sanktionsnarrativ abgelehnt. Beim Energiekrisennarrativ findet sich jeweils eine Ablehnung und eine Befürwortung, während die einzige SPÖ-Instanz zum NATO-Narrativ als Befürwortung codiert wurde.

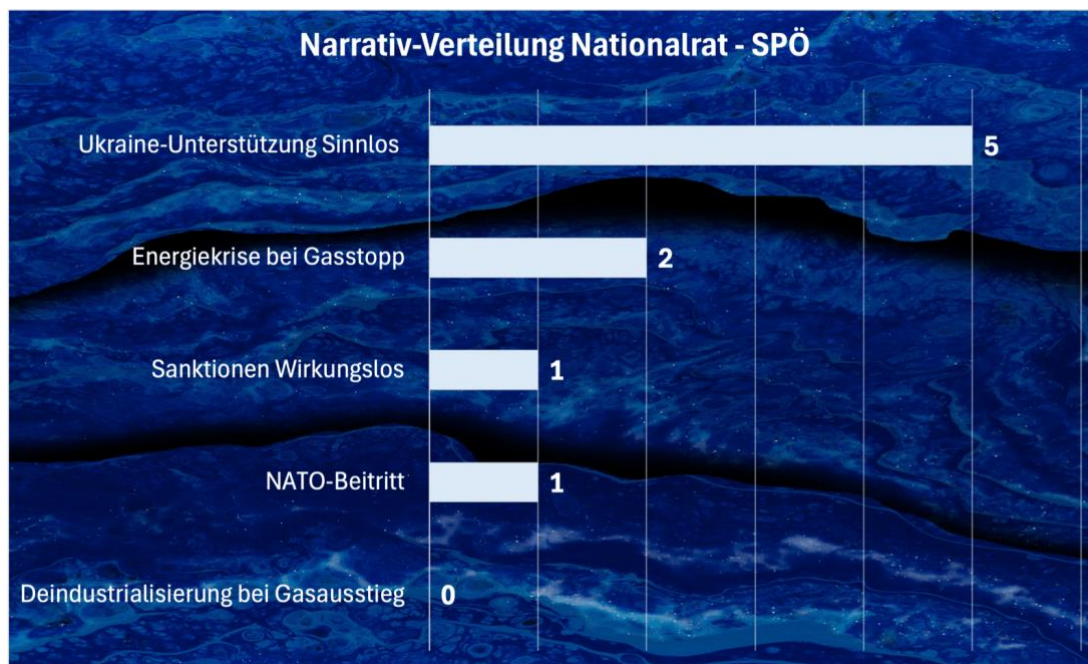


Abbildung 27 – Narrativ-Verteilung der SPÖ im Nationalrat

Eine Aufschlüsselung nach einzelnen Akteur:innen zeigt die Verteilung der neun bestätigten Instanzen (Abb. 28).

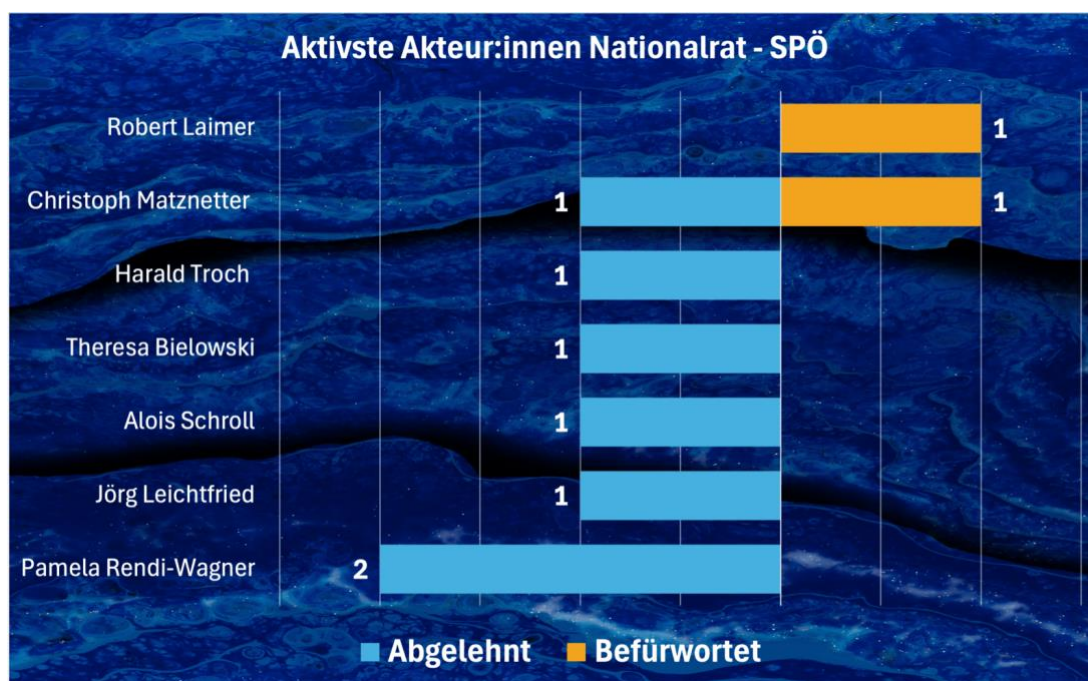


Abbildung 28 – Aktivste Akteur:innen der SPÖ im Nationalrat

Die Abgeordneten Rendi-Wagner und Matznetter weisen mit jeweils zwei Instanzen die höchste Zahl auf, Rendi-Wagner mit zwei Ablehnungen, Matznetter mit je einer Ablehnung und Befürwortung. Jeweils eine ablehnende Instanz entfällt auf die Abgeordneten Jörg Leichtfried, Alois Schroll, Theresa Bielowski und Harald Troch. Abg. Robert Laimer ist mit einer befürwortenden Instanz vertreten.

Bei der SPÖ ergibt sich aufgrund der geringen Fallzahl ein weniger geschlossenes Bild als bei den zuvor betrachteten Parteien, wobei die konkreten Redebeiträge sowohl Gegenrede als auch einzelne Übernahmen der Narrativlogik erkennen lassen. Besonders deutlich fällt die Ablehnung beim Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung aus. Abg. Theresa Bielowski betonte, die Europäische Union stehe „an der Seite der Ukraine“, und begründete dies auch damit, dass „nichts weniger als die offene und demokratische Gesellschaft“ auf dem Spiel stehe.⁸¹ Beim Sanktionsnarrativ fiel die Gegenposition differenzierter aus: Abg. Harald Troch bezeichnete Sanktionen zwar grundsätzlich als „meistens [...] nicht sehr effizient“, hielt sie angesichts des russischen Angriffskriegs jedoch für notwendig, da „Verhandlungen und Zureden [...] zu wenig“ seien und Europa „klare Zeichen setzen“ müsse.⁸² Beim Energiekrisennarrativ finden sich dagegen beide Haltungen. Während Abg. Alois Schroll rückblickend darauf verwies, dass Österreich die erste Heizperiode trotz „umfassende[r] Lieferreduktionen aus Russland unbeschadet“ überstanden habe⁸³, warnte Abg. Christoph Matznetter zu Beginn des Krieges davor, dass womöglich nicht nur „die Haushalte kalt bleiben“, sondern auch „der Betrieb in der Voest abgeschaltet werden“ könnte.⁸⁴ Die befürwortende Instanz zum NATO-Narrativ beruhte auf dem Verdacht einer schrittweisen Annäherung: Abg. Robert Laimer warf ÖVP, Grünen und NEOS vor, sich mit ihrer Haltung zur Neutralität möglicherweise „ein Hintertürl offenlassen“ zu wollen für einen NATO-Beitritt, und forderte demgegenüber eine ausdrückliche Absage an NATO und andere Militärbündnisse.⁸⁵

4.5 Die Landtage

4.5.1 Gesamtbild in den Landtagen

Neben dem Nationalrat wurden acht Landtage – für Vorarlberg gab es keine verwertbaren Protokolle – in die Untersuchung einbezogen. Für sieben davon verblieben nach der abschließenden Validierung bestätigte Narrativ-Instanzen im finalen Datensatz; für Salzburg wurde keine Instanz bestätigt. Insgesamt entfallen 128 oder 24,6 Prozent der 520 bestätigten Instanzen auf die Landesebene.

Im aggregierten Landtagsdatensatz überwiegt die Befürwortung der untersuchten Narrativbehauptungen. Von den 128 bestätigten Narrativ-Instanzen wurden 79 beziehungsweise 61,7 Prozent als „befürwortet“ und 49 beziehungsweise 38,3 Prozent als „abgelehnt“ codiert. Dieses Gesamtverhältnis unterscheidet sich jedoch deutlich zwischen den einzelnen Landesparlamenten (Abb. 29).

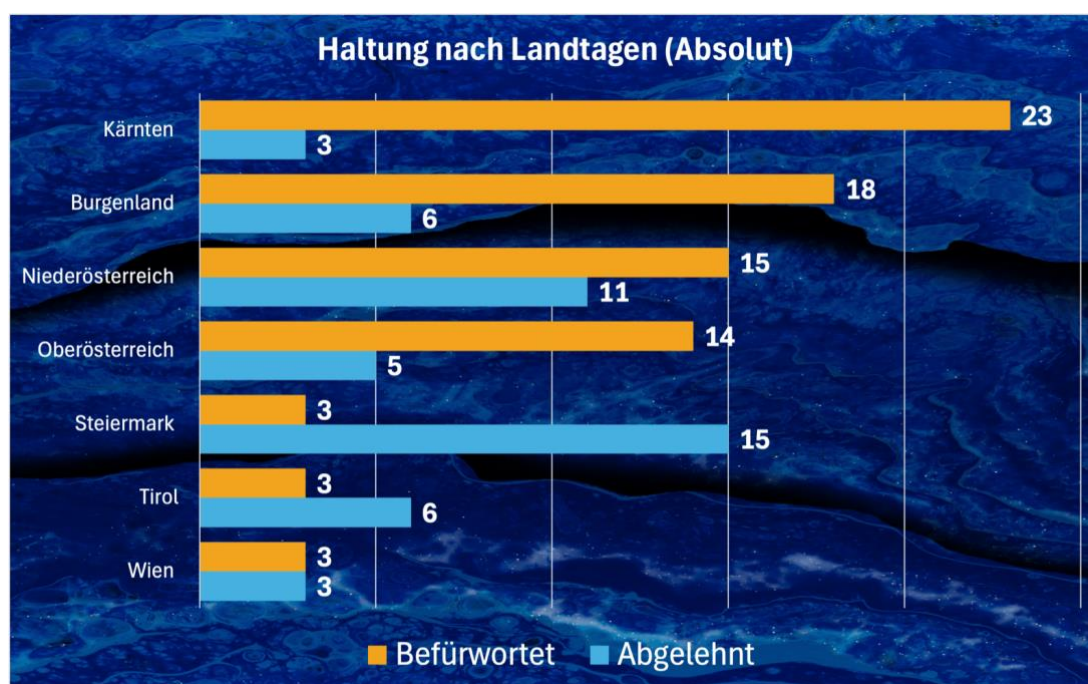


Abbildung 29 – Haltungsverteilung nach Landtagen in absoluten Zahlen

Die höchste Zahl bestätigter Instanzen entfällt mit jeweils 26 Fällen auf Kärnten und Niederösterreich, gefolgt vom Burgenland mit 24, Oberösterreich mit 19 und der Steiermark mit 18 Fällen; deutlich niedriger liegen Tirol mit neun und Wien mit sechs Instanzen. In Kärnten, dem Burgenland und Oberösterreich überwiegt die Befürwortung klar, in Niederösterreich fällt der Vorsprung geringer aus. Ein gegenteiliges Muster zeigt sich in der Steiermark und in Tirol, während Befürwortung und Ablehnung in Wien gleich häufig auftreten.

Die Spannweite reicht dabei von einem Befürwortungsanteil von rund 88 Prozent in Kärnten bis zu rund 17 Prozent in der Steiermark (Abb. 30). Im Burgenland und in Oberösterreich liegen die Befürwortungsanteile bei rund drei Vierteln, in Niederösterreich bei 58 Prozent. Tirol weist dagegen einen Ablehnungsanteil von 67 Prozent auf, Wien verteilt sich mit jeweils 50 Prozent gleichmäßig auf beide Haltungen. Bei Landtagen mit teils sehr niedrigen Fallzahlen können bereits einzelne zusätzliche Instanzen die prozentuale Haltungsverteilung deutlich verschieben, weshalb Unterschiede zwischen den Ländern nur vorsichtig interpretiert werden sollten.

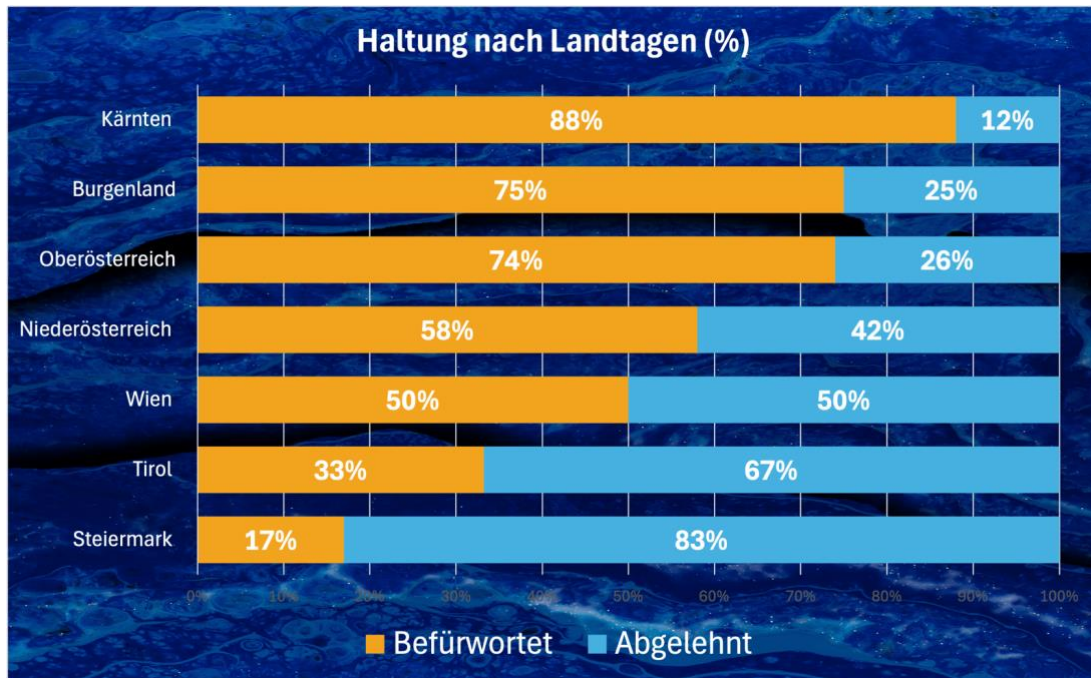


Abbildung 30 – Haltungsverteilung nach Landtagen in relativen Zahlen

Auch thematisch weist der Landtagsdatensatz ein klares Profil auf (Abb. 31). Mit 57 Instanzen beziehungsweise 44,5 Prozent bildet das Narrativ, die Sanktionen gegen Russland seien wirkungslos und zum Nachteil der Bevölkerung, die größte Kategorie. Es folgt das Deindustrialisierungsnarrativ mit 39 Instanzen beziehungsweise 30,5 Prozent. Das Narrativ einer drohenden Energiekrise bei einem Ende russischer Gasimporte umfasst 15 Instanzen beziehungsweise 11,7 Prozent.

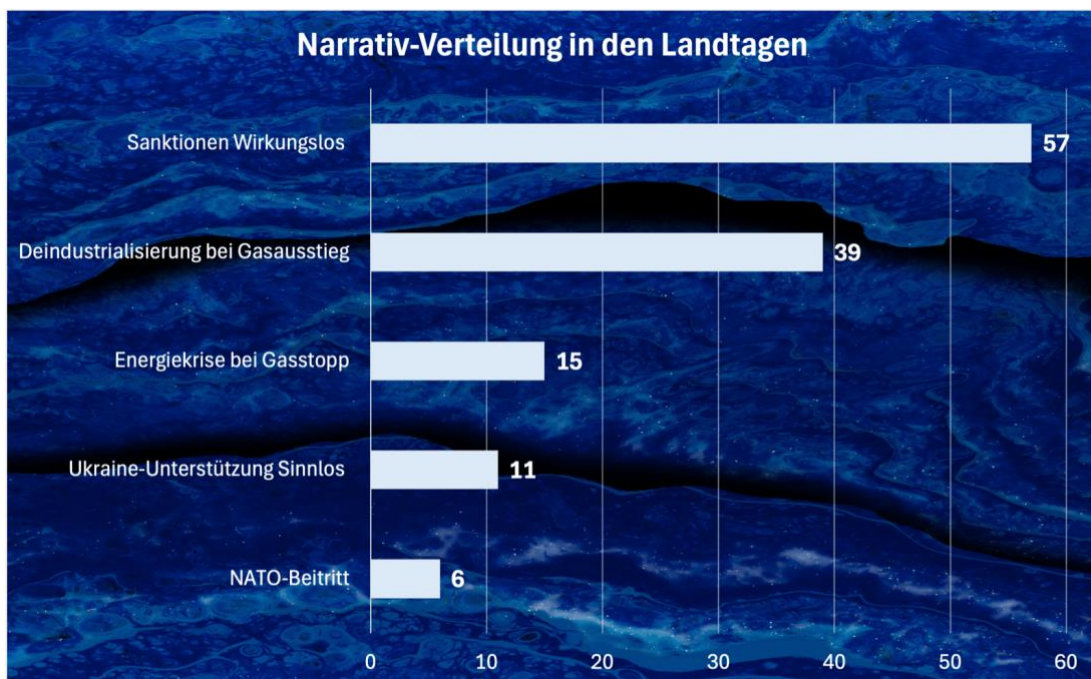


Abbildung 31 – Narrativ-Verteilung in den Landtagen

Deutlich seltener treten das Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung mit elf Instanzen beziehungsweise 8,6 Prozent sowie die Behauptung eines bevorstehenden NATO-Beitritts mit sechs Instanzen beziehungsweise

4,7 Prozent auf. Damit entfallen 111 der 128 bestätigten Landtagsinstanzen beziehungsweise 86,7 Prozent auf die drei wirtschafts- und energiepolitischen Narrative zu Sanktionen, Energieversorgung und den wirtschaftlichen Folgen eines Ausstiegs aus russischem Gas. Die beiden stärker außen- und sicherheitspolitisch ausgerichteten Narrative zur Ukraine-Unterstützung und zum NATO-Beitritt umfassen zusammen lediglich 17 Instanzen beziehungsweise 13,3 Prozent.

Das aggregierte Landtagsbild ist somit einerseits durch einen Befürwortungsüberhang und andererseits durch eine starke thematische Konzentration auf wirtschafts- und energiepolitische Narrative gekennzeichnet. Beide Befunde variieren jedoch erheblich zwischen den einzelnen Landesparlamenten, weshalb die folgenden Abschnitte die sieben Landtage mit bestätigten Instanzen gesondert betrachten.

4.5.2 Kärnten

Für den Kärntner Landtag wurden insgesamt 26 bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst. Davon wurden 23 beziehungsweise 88,5 Prozent als „befürwortet“ und lediglich drei beziehungsweise 11,5 Prozent als „abgelehnt“ codiert. Kärnten weist damit unter den untersuchten Landtagen den höchsten Befürwortungsanteil auf.

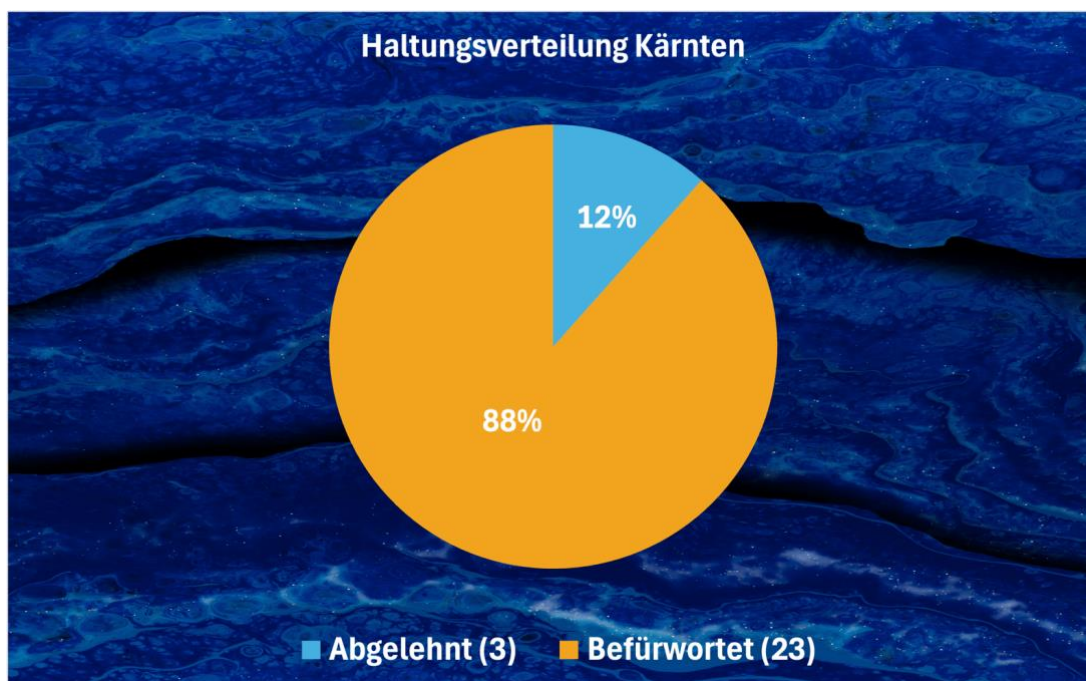


Abbildung 32 – Haltungsverteilung im Kärntner Landtag

Auch thematisch zeigt sich ein klarer Schwerpunkt (Abb. 33). Mit 16 von 26 Instanzen beziehungsweise 61,5 Prozent ist das Sanktionsnarrativ die mit Abstand am häufigsten erfasste Narrativbehauptung. Weitere fünf Instanzen beziehungsweise 19,2 Prozent entfallen auf das Deindustrialisierungsnarrativ und drei beziehungsweise 11,5 Prozent auf das Narrativ einer drohenden Energiekrise bei einem Stopp russischer Gasimporte. Das Narrativ eines bevorstehenden NATO-Beitritts sowie jenes einer sinnlosen Ukraine-Unterstützung sind mit jeweils einer Instanz beziehungsweise 3,8 Prozent vertreten. Insgesamt entfallen damit 24 der 26 bestätigten Instanzen beziehungsweise 92,3 Prozent auf die drei wirtschafts- und energiepolitischen Narrative.

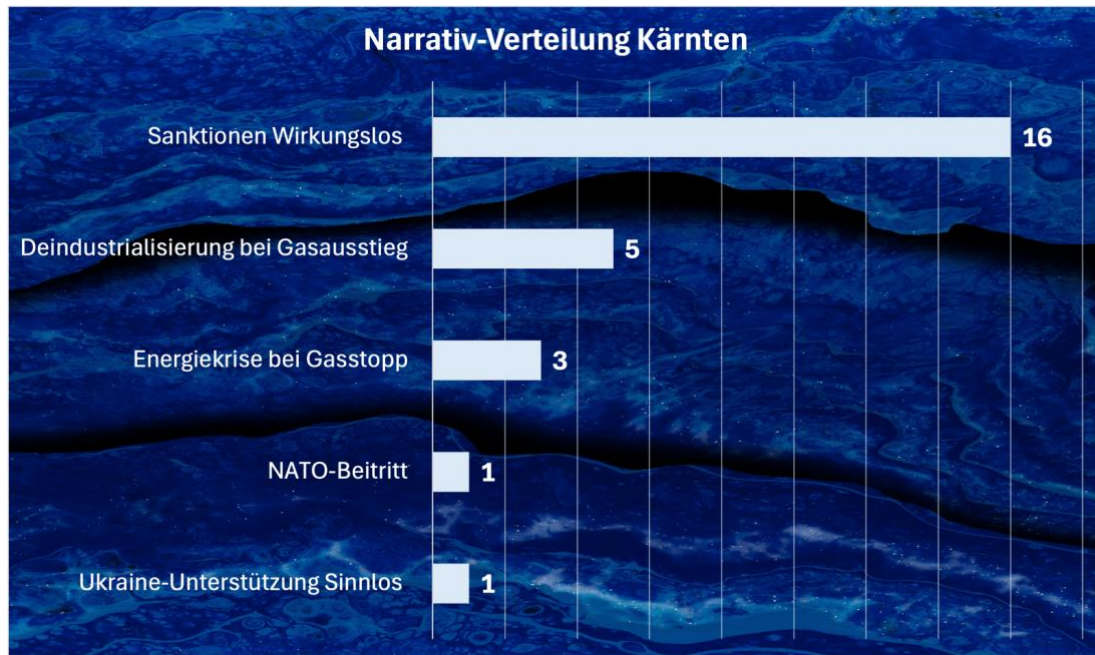


Abbildung 33 – Narrativ-Verteilung im Kärntner Landtag

Wie sich diese Schwerpunktsetzung in den Debatten konkret zeigte, wird an mehreren Instanzen deutlich. Auf der Befürwortungsseite wurde insbesondere die Wirksamkeit der Sanktionen bestritten und zugleich auf deren vermeintliche Folgekosten für Österreich verwiesen. Erwin Angerer (FPÖ) argumentierte etwa, die Sanktionen gegen Russland würden „uns am meisten“ kosten, während Russland seine Energie weiterhin in andere Weltregionen verkaufe und Europa diese anschließend „über Drittländer teuer zurück“ kaufe.⁸⁶ Noch deutlicher auf einen drohenden wirtschaftlichen Niedergang zielte Gernot Darmann (FPÖ). Die Abkehr von russischer Energie und deren Ersatz seien für die Bevölkerung „unleistbar“ und für die Wirtschaft „nicht zu stemmen“; letztlich würden dadurch „die Betriebe aus Europa“ vertrieben und Arbeitslosigkeit erzeugt.⁸⁷

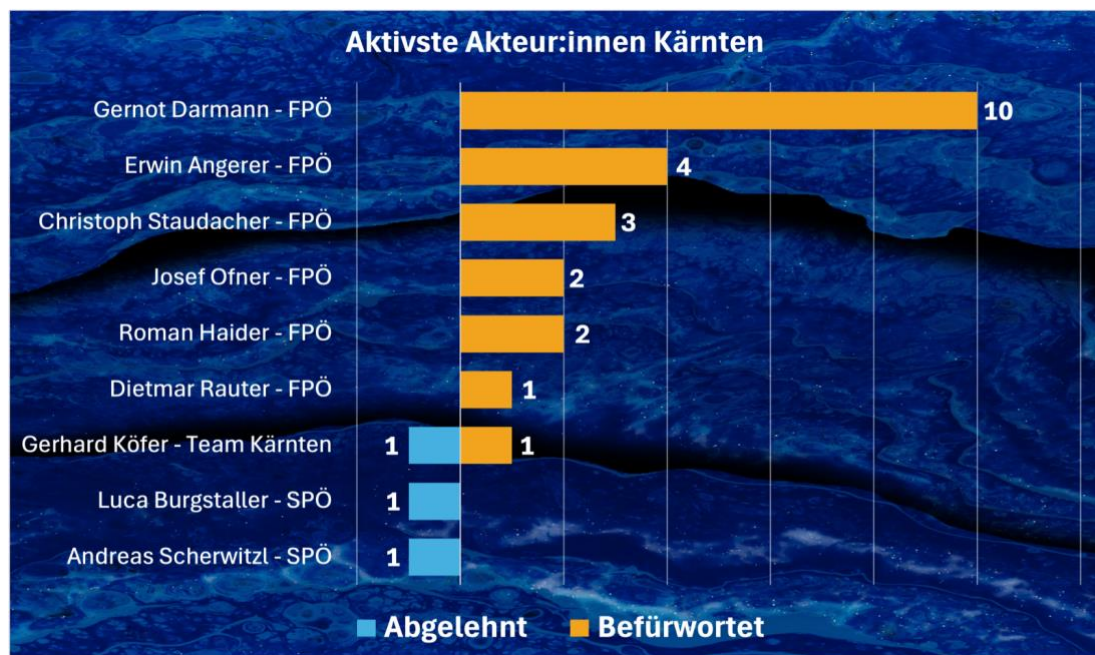


Abbildung 34 – Aktivste Akteur:innen im Kärntner Landtag

Auf der Ablehnungsseite richtete sich die Gegenrede dagegen vor allem gegen zugespitzte Versorgungsszenarien. Abg. Luca Burgstaller (SPÖ) verwies etwa auf den hohen Anteil erneuerbarer Energien in Kärnten und kritisierte ausdrücklich das „Panikmachen vor der bevorstehenden Kälte“, das aus seiner Sicht ein falsches Signal an die Bevölkerung sende.⁸⁸

Die Aufschlüsselung nach Abgeordneten zeigt eine starke Präsenz von FPÖ-Akteuren auf der Befürwortungsseite (Abb. 34). Gernot Darmann weist mit zehn Fällen die höchste Zahl bestätigter Befürwortungen auf. Es folgen Erwin Angerer mit vier, Christoph Staudacher mit drei sowie Josef Ofner und Roman Haider mit jeweils zwei Instanzen. Eine weitere Befürwortung entfällt auf Dietmar Rauter. Damit stammen 22 der insgesamt 23 Befürwortungen von FPÖ-Akteuren; die verbleibende befürwortende Instanz entfällt auf Gerhard Köfer vom Team Kärnten. Die drei Ablehnungen verteilen sich auf Gerhard Köfer sowie Luca Burgstaller und Andreas Scherwitzl von der SPÖ mit jeweils einer Instanz.

4.5.3 Niederösterreich

Für den Niederösterreichischen Landtag wurden insgesamt 26 bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst. Davon wurden 15 beziehungsweise 57,7 Prozent als „befürwortet“ und elf beziehungsweise 42,3 Prozent als „abgelehnt“ codiert (Abb. 35). Die Befürwortung überwiegt damit, allerdings deutlich weniger ausgeprägt als in mehreren anderen Landtagen.

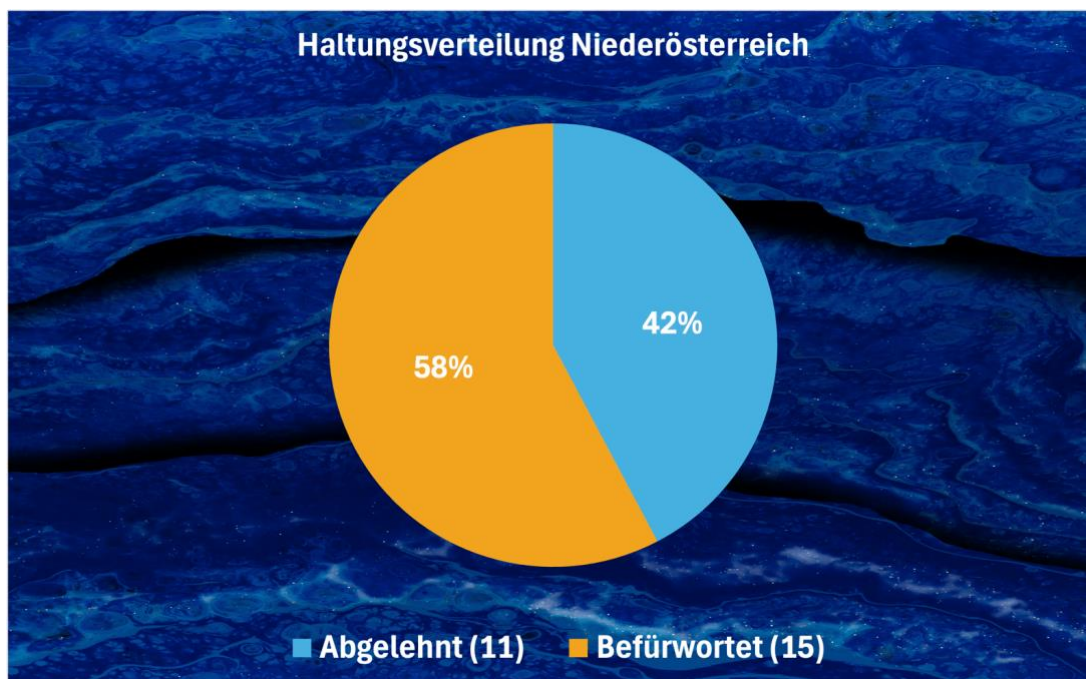


Abbildung 35 – Haltungsverteilung im niederösterreichischen Landtag

Thematisch konzentrieren sich die bestätigten Instanzen sehr stark auf zwei der fünf untersuchten Narrative (Abb. 36). Mit zwölf Instanzen beziehungsweise 46,2 Prozent ist das Deindustrialisierungsnarrativ die am häufigsten erfasste Kategorie. Nahezu gleichauf folgt das Sanktionsnarrativ mit elf Instanzen beziehungsweise 42,3 Prozent. Auf das Energiekrisennarrativ, die Behauptung eines bevorstehenden NATO-Beitritts und das Narrativ einer sinnlosen Ukraine-Unterstützung entfällt jeweils eine Instanz beziehungsweise 3,8 Prozent. Damit entfallen allein 23 der 26 bestätigten Instanzen beziehungsweise 88,5 Prozent auf das Deindustrialisierungs- und das Sanktionsnarrativ.

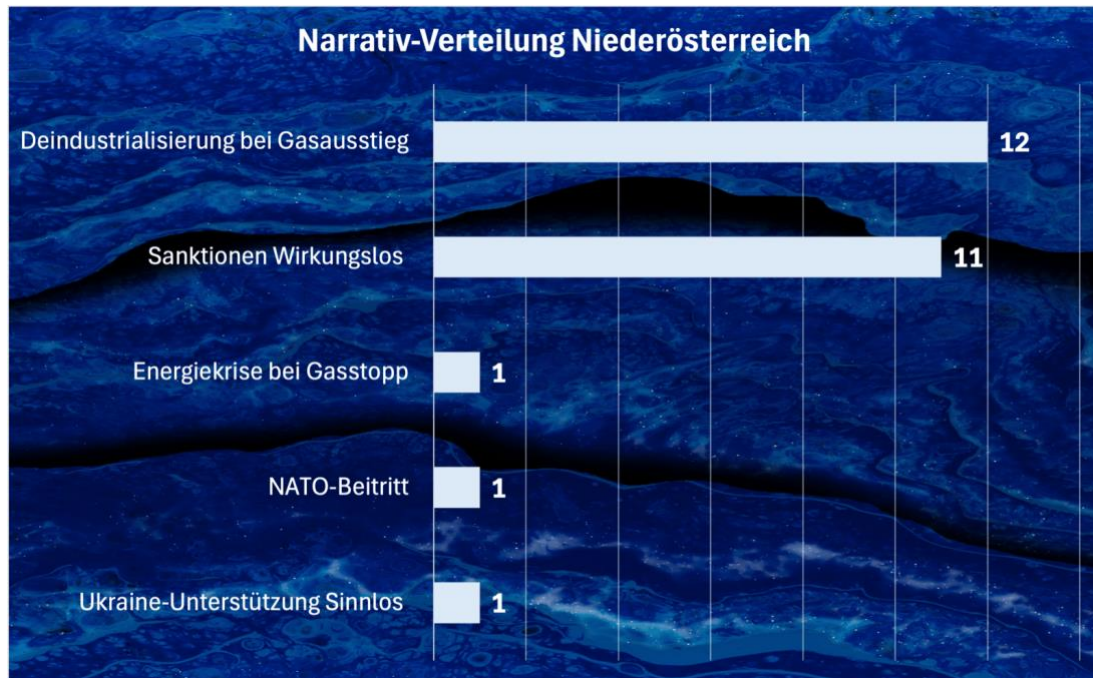


Abbildung 36 – Narrativ-Verteilung im niederösterreichischen Landtag

Besonders klar fällt auch in Niederösterreich die parteipolitische Verteilung der beiden Haltungen aus.

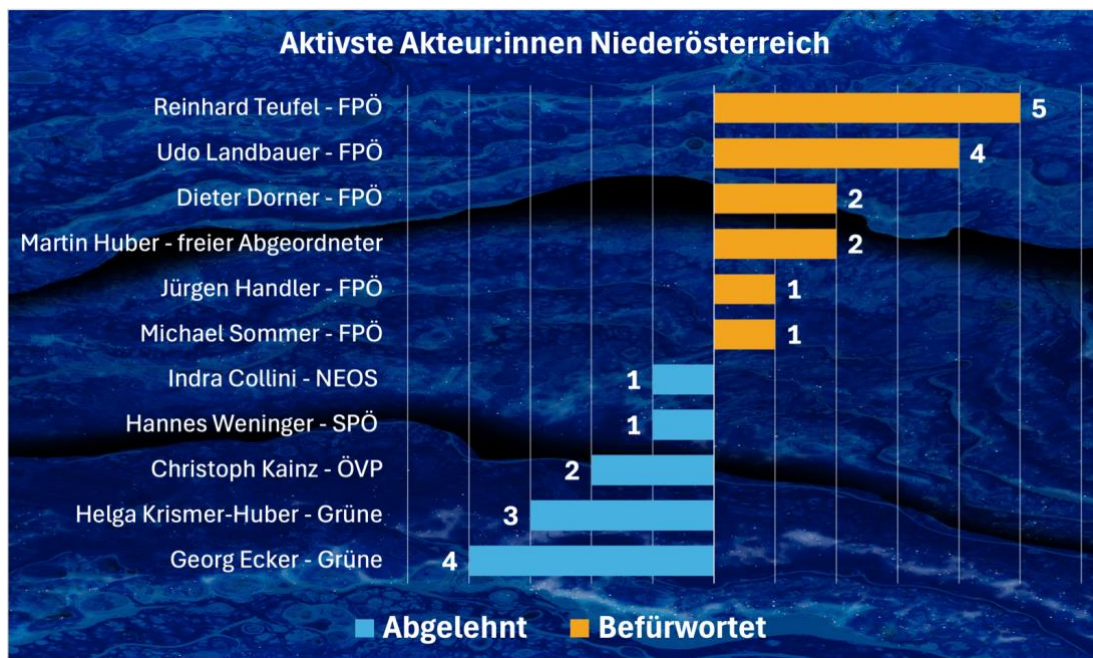


Abbildung 37 – Aktivste Akteur:innen im niederösterreichischen Landtag

13 der 15 befürwortenden Instanzen entfallen auf FPÖ-Akteure, allen voran Reinhard Teufel mit fünf und Udo Landbauer mit vier Fällen (Abb 37). Die zwei nicht-FPÖ-Befürwortungen stammen vom zu diesem Zeitpunkt freien Abgeordneten Martin Huber. Die elf Ablehnungen stammen hingegen ausschließlich von Vertreter:innen anderer Parteien, wobei Georg Ecker und Helga Krismer-Huber von den Grünen mit vier beziehungsweise drei Instanzen am stärksten vertreten sind. Damit verläuft die Haltungsverteilung im niederösterreichischen Datensatz entlang einer nahezu vollständigen parteipolitischen Trennlinie zwischen der FPÖ auf der Befürwortungsseite und den übrigen Parteien auf der Ablehnungsseite.

Auf FPÖ-Seite wurden die Sanktionen sowohl als wirkungslos gegenüber Russland als auch als schädlich für die europäische Wirtschaft dargestellt. Abg. Reinhard Teufel verwies etwa auf den starken Rubel und den schwachen Euro und stellte damit infrage, „ob die Sanktionen dort so funktionieren“, wie von der ÖVP behauptet.⁸⁹ Besonders eng wurden Sanktions- und Deindustrialisierungsnarrativ bei Abg. Michael Sommer verknüpft: Nicht die russische, sondern die europäische Wirtschaft sei durch die Sanktionen „massiv geschädigt“ worden, während billige Energie zugleich als „Grundlage für unseren modernen Wirtschaftsstandort und für unseren Wohlstand“ bezeichnet wurde.⁹⁰ Auf der Ablehnungsseite wurde dieser Vorstellung eines wirtschaftlich nicht verkraftbaren Ausstiegs aus russischem Gas ausdrücklich widersprochen. Abg. Georg Ecker (Grüne) verwies auf Berechnungen der Österreichischen Energieagentur, wonach ein Ausstieg aus russischem Gas bis 2027 möglich sei, und stellte Diversifizierung lediglich als „akute Zwischenlösung“ auf dem Weg zu einer grundsätzlich geringeren Gasabhängigkeit dar.⁹¹

4.5.4 Burgenland

Für den Burgenländischen Landtag wurden insgesamt 24 bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst. Davon wurden 18 beziehungsweise 75 Prozent als „befürwortet“ und sechs beziehungsweise 25 Prozent als „abgelehnt“ codiert (Abb. 38). Das Burgenland weist damit nach Kärnten den zweithöchsten Befürwortungsanteil unter den untersuchten Landtagen auf.

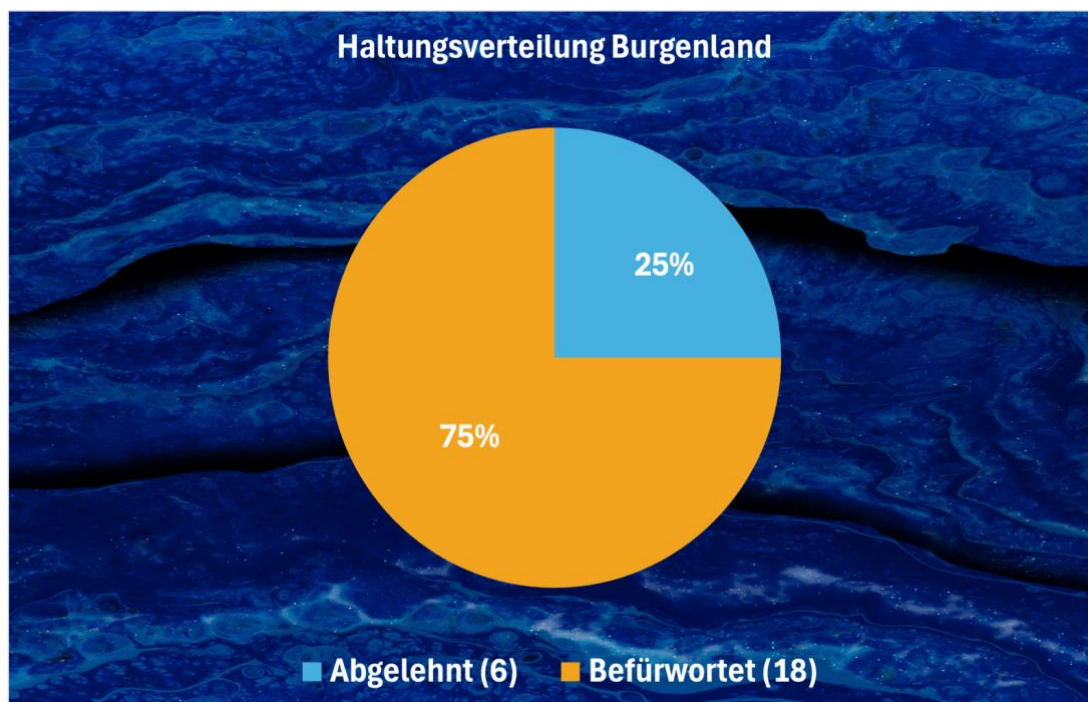


Abbildung 38 – Haltungsverteilung im burgenländischen Landtag

Thematisch konzentrieren sich die bestätigten Instanzen stark auf wirtschafts- und energiepolitische Narrative (Abb. 39). Mit 13 Instanzen beziehungsweise 54,2 Prozent entfällt mehr als die Hälfte der bestätigten Fälle auf das Sanktionsnarrativ. Weitere sieben Instanzen beziehungsweise 29,2 Prozent betreffen das Deindustrialisierungsnarrativ und drei beziehungsweise 12,5 Prozent das Energiekrisennarrativ. Die Behauptung eines bevorstehenden NATO-Beitritts ist mit einer Instanz beziehungsweise 4,2 Prozent vertreten; für das Narrativ einer sinnlosen Ukraine-Unterstützung wurde keine bestätigte Instanz erfasst. Insgesamt entfallen damit 23 der 24 Instanzen beziehungsweise 95,8 Prozent auf die drei wirtschafts- und energiepolitischen Narrative.

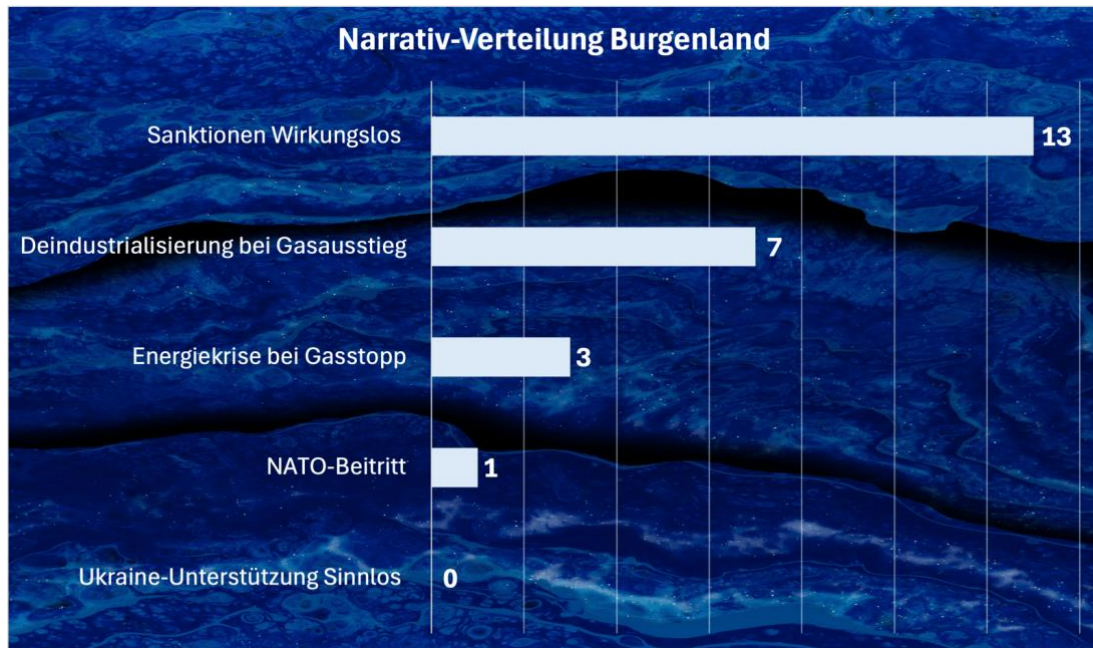


Abbildung 39 – Narrativ-Verteilung im burgenländischen Landtag

Besonders auffällig ist die personelle Zusammensetzung der Befürwortungen (Abb. 40).

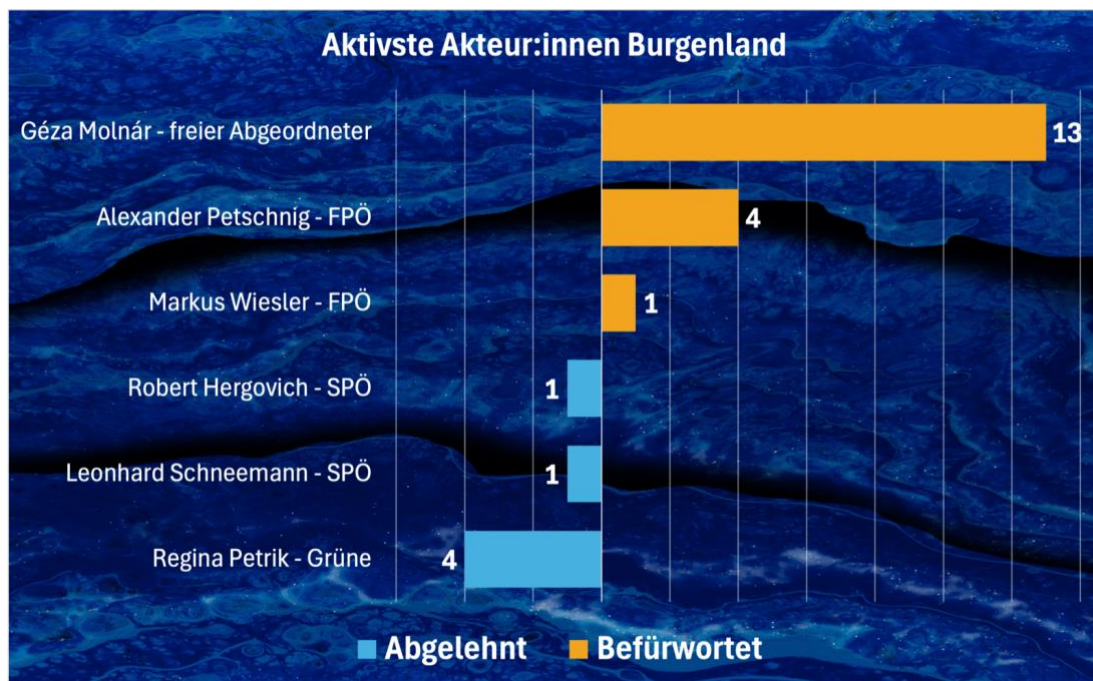


Abbildung 40 – Aktivste Akteur:innen im burgenländischen Landtag

Mit 13 befürwortenden Instanzen weist der fraktionsfreie Abgeordnete Géza Molnár mit deutlichem Abstand die höchste Zahl auf. Auf ihn entfallen damit 13 der insgesamt 18 Befürwortungen beziehungsweise 72,2 Prozent. Weitere vier Befürwortungen stammen von Alexander Petschnig und eine von Markus Wiesler, beide FPÖ. Die sechs Ablehnungen verteilen sich auf Regina Petrik von den Grünen mit vier sowie Robert Hergovich und Leonhard Schneemann von der SPÖ mit jeweils einer Instanz. Das hohe Befürwortungsniveau des

burgenländischen Datensatzes ist damit wesentlich durch die starke Präsenz eines einzelnen fraktionsfreien Abgeordneten geprägt und sollte nicht als breit getragenes Haltungsmuster des Landtags verstanden werden.

Die konkreten Argumentationen unterstreichen zugleich, wie stark die burgenländischen Instanzen von wirtschaftlichen und energiepolitischen Krisenszenarien geprägt sind. Besonders deutlich formulierte der fraktionsfreie Abg. Géza Molnár das Sanktionsnarrativ, indem er von einem „Wirtschaftskrieg gegen Russland“ sprach, der dort „absolut nichts bewirkt“, in Österreich jedoch insbesondere im Energiebereich erhebliche Folgen habe.⁹² Abg. Alexander Petschnig (FPÖ) bezeichnete die Sanktionen ebenfalls als „sinnbefreit“, da sie „unseren eigenen Interessen am allermeisten schaden“, während er ihre Auswirkungen auf Russland als vergleichsweise gering darstellte.⁹³ Die Gegenrede setzte dem vor allem die Notwendigkeit einer Verringerung der Abhängigkeit von russischer Energie entgegen. Abg. Regina Petrik (Grüne) führte zudem die hohen Gaspreise gerade auf die „große Abhängigkeit vom russischen Gas“ zurück und verwies auf Investitionen in Windkraft, Photovoltaik und Speicher als Weg zu größerer Unabhängigkeit.⁹⁴

4.5.5 Oberösterreich

Für den oberösterreichischen Landtag wurden insgesamt 19 bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst. Davon wurden 14 beziehungsweise 73,7 Prozent als „befürwortet“ und fünf beziehungsweise 26,3 Prozent als „abgelehnt“ codiert (Abb. 41).

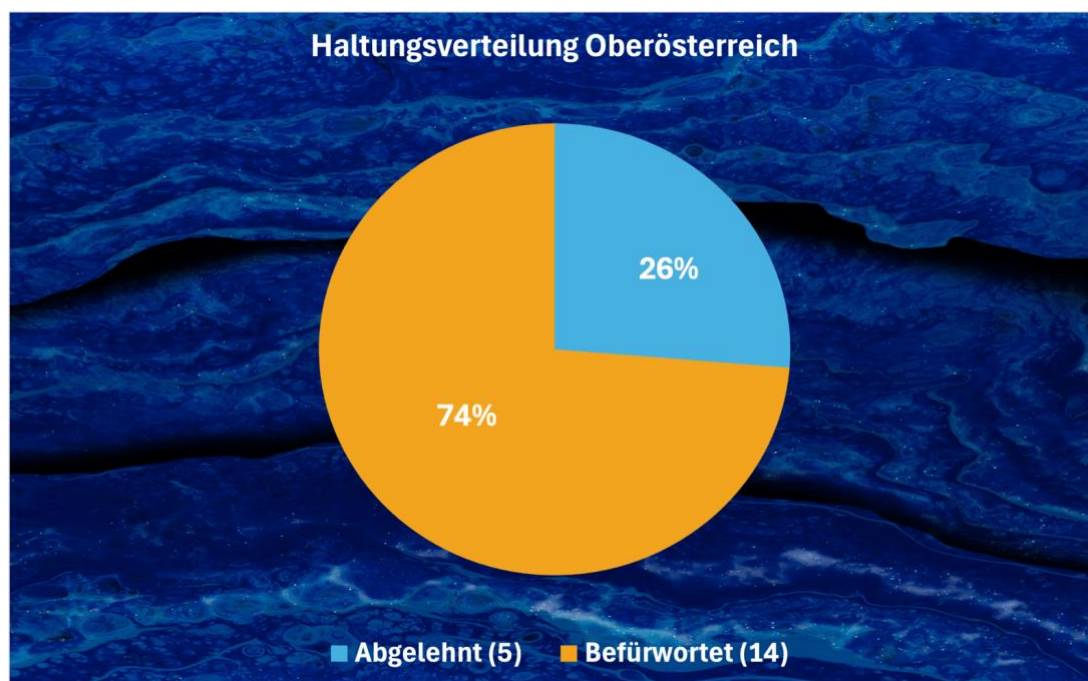


Abbildung 41 – Haltungsverteilung im oberösterreichischen Landtag

Thematisch ist der oberösterreichische Datensatz stark auf die wirtschaftlichen und energiepolitischen Narrative konzentriert (Abb. 42). Mit acht Instanzen beziehungsweise 42,1 Prozent tritt das Deindustrialisierungsnarrativ am häufigsten auf. Weitere fünf Instanzen beziehungsweise 26,3 Prozent entfallen auf das Energiekrisennarrativ und vier beziehungsweise 21,1 Prozent auf das Sanktionsnarrativ. Das Narrativ eines bevorstehenden NATO-Beitritts ist mit zwei Instanzen beziehungsweise 10,5 Prozent vertreten; für die Behauptung einer sinnlosen Ukraine-Unterstützung wurde keine bestätigte Instanz erfasst. Insgesamt entfallen damit 17 der 19 Fälle beziehungsweise 89,5 Prozent auf die drei wirtschafts- und energiepolitischen Narrative. Anders als in Kärnten und im Burgenland steht dabei nicht das Sanktions-, sondern das Deindustrialisierungsnarrativ an erster Stelle.

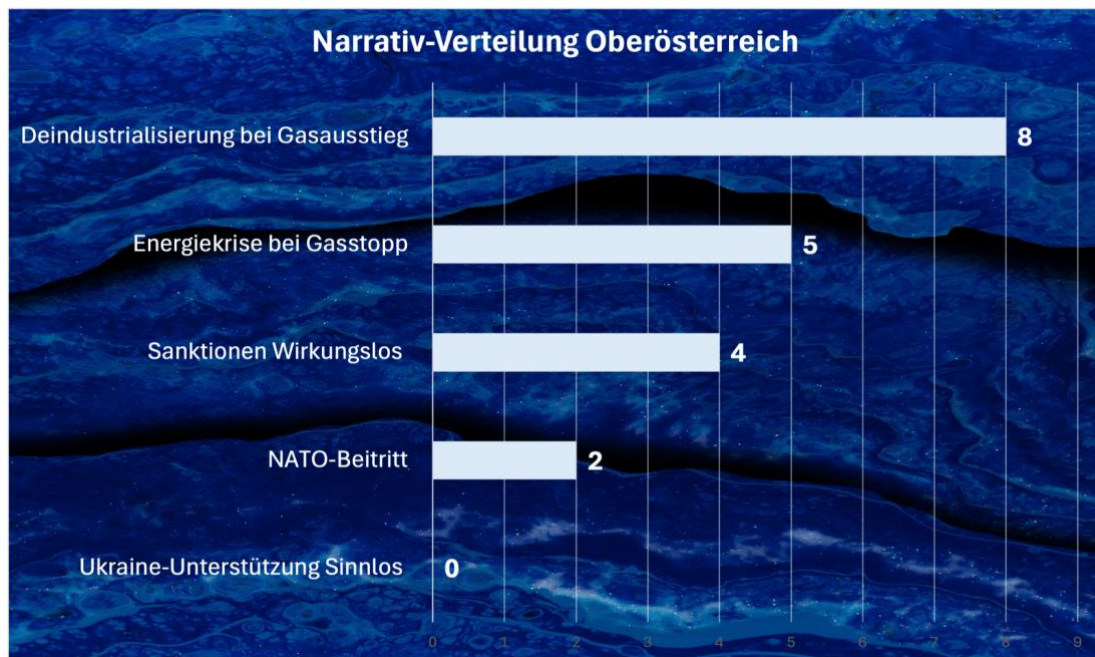


Abbildung 42 – Narrativ-Verteilung im oberösterreichischen Landtag

Bemerkenswert ist zudem die parteipolitische Zusammensetzung der Befürwortungsseite, da nicht allein die FPÖ die meisten befürwortenden Instanzen aufweist. Mit sechs Treffern weist die MFG in Person von Joachim Aigner ebenso viele Befürwortungen auf (Abb. 43).

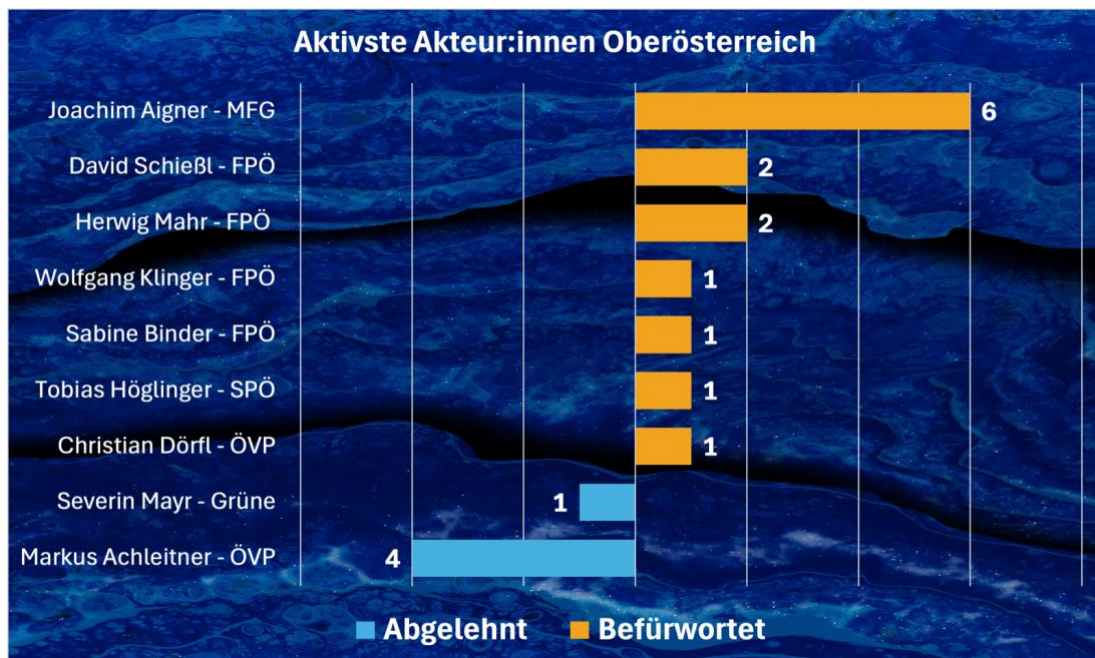


Abbildung 43 – Aktivste Akteur:innen im oberösterreichischen Landtag

Joachim Aigner (MFG) weist mit sechs Fällen die höchste Zahl bestätigter Befürwortungen auf und stellt damit 42,9 Prozent der insgesamt 14 Befürwortungen. Auf MFG und FPÖ entfallen zusammen zwölf der 14 Befürwortungen; zugleich sind auf dieser Haltungsseite mit SPÖ und ÖVP insgesamt vier Parteien vertreten.

Von den fünf Ablehnungen entfallen vier auf Markus Achleitner (ÖVP) und eine auf Severin Mayr (Grüne), sodass die Ablehnungsseite stark von einem einzelnen Akteur geprägt ist.

Insgesamt ist Oberösterreich durch einen hohen Befürwortungsanteil und eine starke Konzentration auf wirtschafts- und energiepolitische Narrative gekennzeichnet. Besonders zugespitzt erscheint die Befürwortungsseite bei Abg. Joachim Aigner (MFG), der die EU-Sanktionen als wirkungslos darstellte und erklärte, er glaube nicht, dass diese den Russen „wirklich schwer beisetzen“. ⁹⁵ Beim NATO-Narrativ verband er die sicherheitspolitische Annäherung Österreichs an westliche Strukturen mit einem „scheibchenweise[n] Abschaffen der immerwährenden Neutralität“ und bezeichnete Sky Shield als weiteren Schritt hin zum Verlust militärischer Unabhängigkeit. ⁹⁶ Auf der Ablehnungsseite wurde demgegenüber vor allem die Behauptung eines wirtschaftlich nicht verkraftbaren Ausstiegs aus russischem Gas entkräftet. Landesrat Markus Achleitner (ÖVP) verwies auf die Diversifizierung der OMV, „alternative Lieferanten und alternative Lieferwege“ sowie hohe Speicherstände und argumentierte, das russische „Drohpotenzial“, Österreich das Gas abzudrehen, sei dadurch weitgehend entschärft worden. ⁹⁷

4.5.6 Steiermark

Für den steiermärkischen Landtag wurden insgesamt 18 bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst. Davon wurden 15 beziehungsweise 83,3 Prozent als „abgelehnt“ und drei beziehungsweise 16,7 Prozent als „befürwortet“ codiert (Abb. 44). Die Steiermark weist damit unter den untersuchten Landtagen den höchsten Ablehnungsanteil auf.

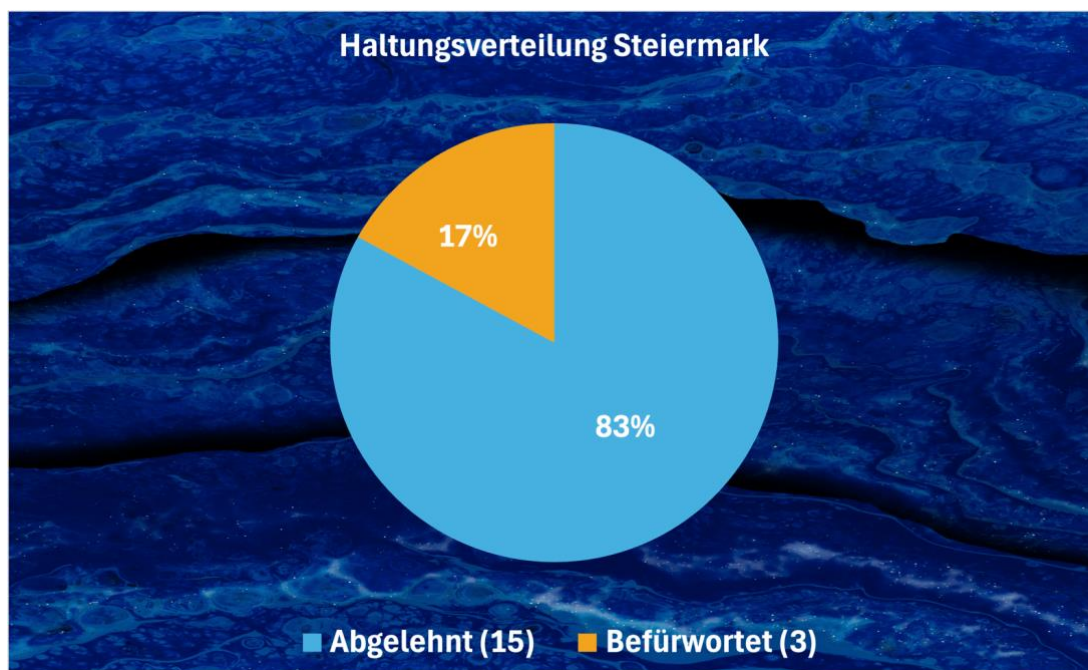


Abbildung 44 – Haltungsverteilung im steiermärkischen Landtag

Auch thematisch zeigt sich ein eigenständiges Profil (Abb. 45). Anders als in mehreren Landtagen mit hohem Befürwortungsanteil konzentrieren sich die bestätigten Instanzen nicht nahezu ausschließlich auf wirtschafts- und energiepolitische Narrative. Mit sieben Instanzen beziehungsweise 38,9 Prozent tritt das Sanktionsnarrativ am häufigsten auf. Es folgt das Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung mit sechs Instanzen beziehungsweise 33,3 Prozent. Vier weitere Fälle beziehungsweise 22,2 Prozent entfallen auf das Deindustrialisierungsnarrativ und eine Instanz beziehungsweise 5,6 Prozent auf das Energiekrisennarrativ. Für die Behauptung eines bevorstehenden NATO-Beitritts wurde keine bestätigte Instanz erfasst. Auffällig ist

insbesondere das Gewicht des Narrativs zur Ukraine-Unterstützung, das ein Drittel aller steirischen Instanzen ausmacht und damit innerhalb des Landtagsdatensatzes vergleichsweise stark vertreten ist.

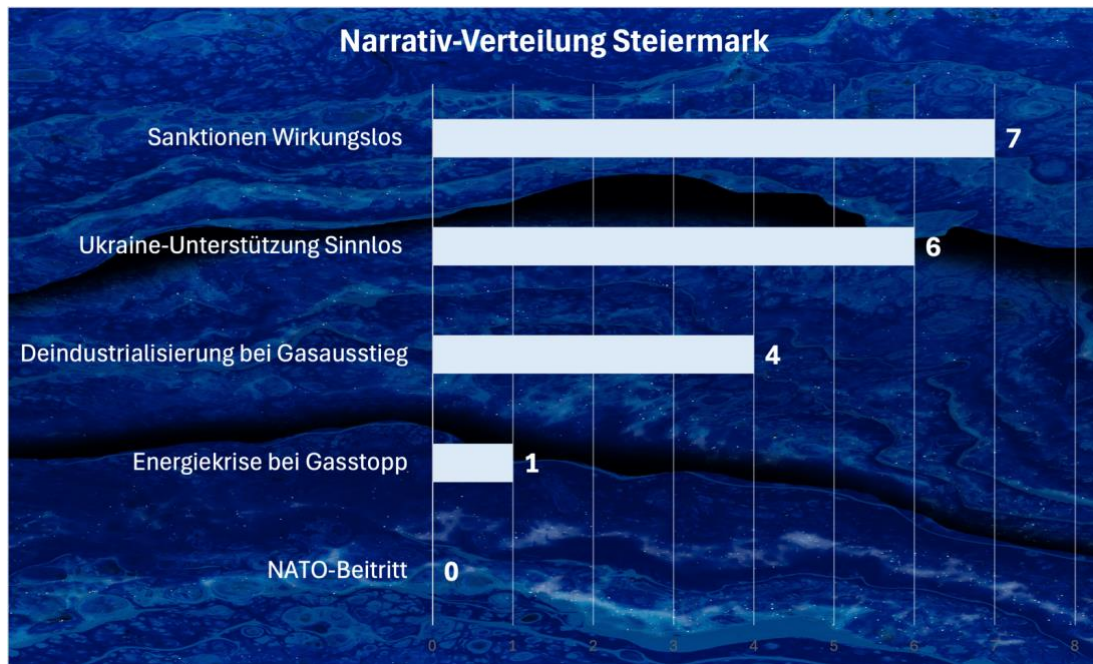


Abbildung 45 – Narrativ-Verteilung im steiermärkischen Landtag

Nikolaus Swatek (NEOS) weist mit sechs Fällen die höchste Zahl bestätigter Ablehnungen auf und stellt damit 40 Prozent der insgesamt 15 ablehnenden Instanzen (Abb. 46). Die übrigen Ablehnungen verteilen sich auf ÖVP und Grüne. Die drei Befürwortungen entfallen hingegen jeweils einmal auf FPÖ, SPÖ und KPÖ. Damit sind die beiden Haltungsseiten parteipolitisch vollständig voneinander getrennt: Ablehnungen stammen ausschließlich von NEOS, ÖVP und Grünen, Befürwortungen ausschließlich von FPÖ, SPÖ und KPÖ.

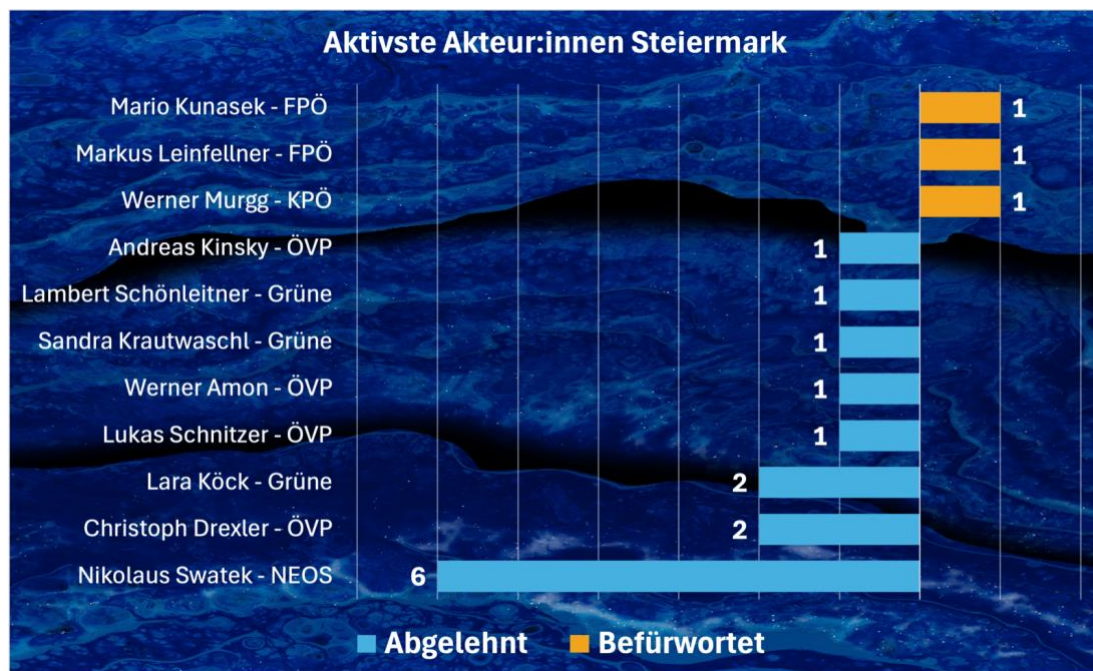


Abbildung 46 – Aktivste Akteur:innen im steiermärkischen Landtag

Insgesamt ist die Steiermark durch einen besonders hohen Ablehnungsanteil und eine vergleichsweise starke Präsenz des Narrativs zur Ukraine-Unterstützung gekennzeichnet. Gerade bei diesem Narrativ finden sich klare Gegenpositionen, in denen die Unterstützung der Ukraine als notwendig und politisch beziehungsweise strategisch geboten dargestellt wird. So verband etwa Sandra Krautwaschl (Grüne) die Solidarität mit der Ukraine ausdrücklich mit dem Schutz Europas und seiner Werte. Der russische Angriff erfordere eine „gemeinsame, solidarische Haltung“, wenn man „unser Europa mit all den Werten, die uns lieb und teuer sind, erhalten“ wolle.⁹⁸ Besonders deutlich tritt die gegensätzliche Bewertung auch beim Sanktionsnarrativ hervor. Klubobmann Nikolaus Swatek (NEOS) kritisierte die Rede von „wirkungslosen Sanktionen“ als Verbreitung russischer Propaganda und hielt ihr ausdrücklich entgegen: „Doch die Sanktionen wirken: Russlands Armee ist geschwächt.“⁹⁹ Eine nahezu entgegengesetzte Bewertung findet sich auf der Befürwortungsseite. Klubobmann Mario Kunasek (FPÖ) fragte, „was diese Sanktionspolitik letztlich gebracht hat“, und argumentierte, sie habe jedenfalls keine „Befriedung in diesem Konflikt“ bewirkt; zugleich verwies er auf den anhaltenden Krieg und einen hohen russischen Handelsüberschuss als Beleg dafür, dass die Sanktionen ihre angestrebte Wirkung verfehlten.¹⁰⁰

4.5.7 Tirol

Für den Tiroler Landtag wurden insgesamt neun bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst. Davon wurden sechs beziehungsweise 66,7 Prozent als „abgelehnt“ und drei beziehungsweise 33,3 Prozent als „befürwortet“ codiert (Abb. 47). Nach der Steiermark weist Tirol damit den zweithöchsten Ablehnungsanteil unter den untersuchten Landtagen auf.

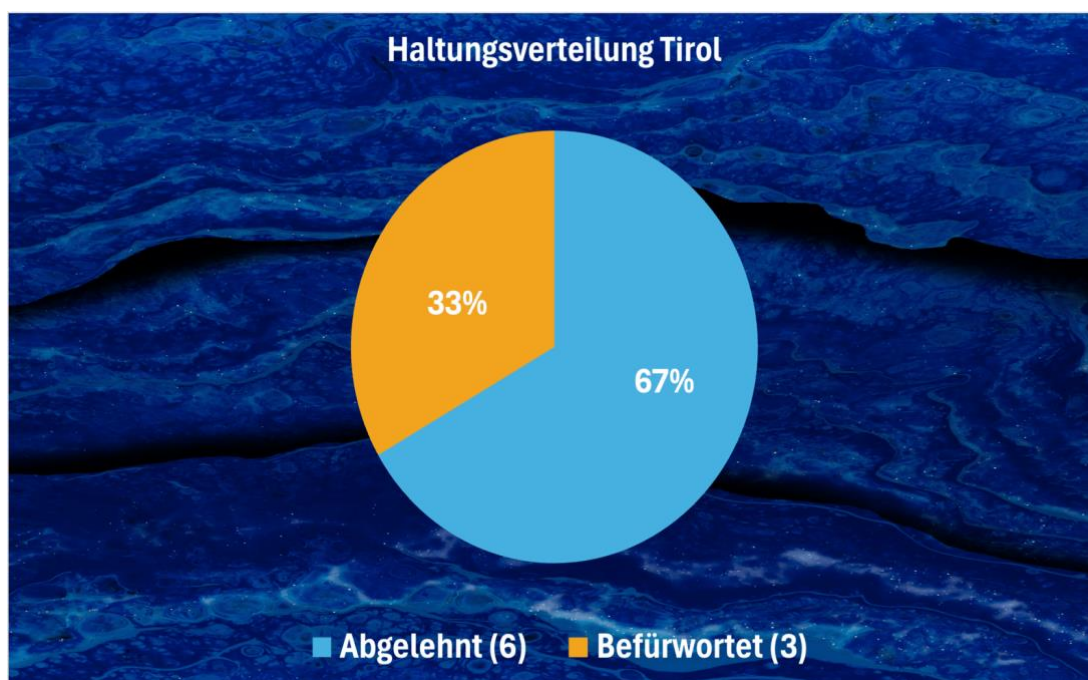


Abbildung 47 – Haltungsverteilung im Tiroler Landtag

Thematisch verteilen sich die bestätigten Instanzen auf alle fünf untersuchten Narrative. Mit drei Instanzen beziehungsweise 33,3 Prozent tritt das Sanktionsnarrativ am häufigsten auf (Abb. 48). Jeweils zwei Instanzen beziehungsweise 22,2 Prozent entfallen auf das Deindustrialisierungsnarrativ und das Energiekrisennarrativ. Die Behauptung eines bevorstehenden NATO-Beitritts sowie das Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung sind mit jeweils einer Instanz beziehungsweise 11,1 Prozent vertreten. Damit entfällt auf kein einzelnes Narrativ mehr als ein Drittel der bestätigten Fälle; zugleich betreffen sieben der neun Instanzen die drei wirtschafts- und energiepolitischen Narrative.

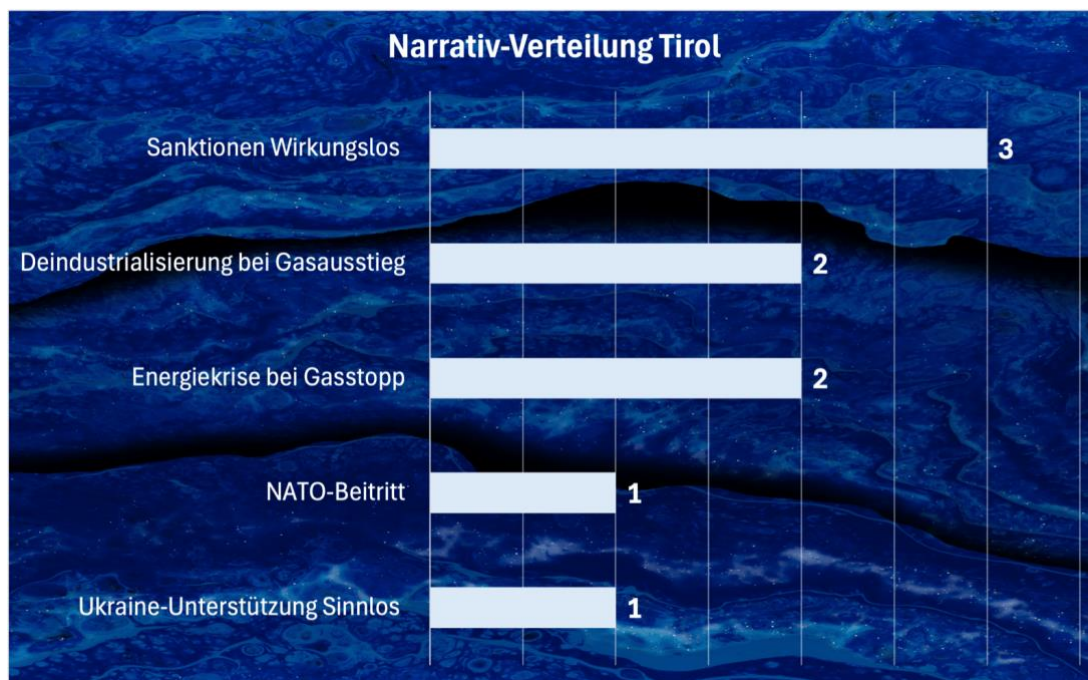


Abbildung 48 – Narrativ-Verteilung im Tiroler Landtag

Auch die Haltungen lassen sich in Tirol nicht eindeutig einzelnen Parteien zuordnen (Abb. 49). Gebi Mair (Grüne) weist mit drei Fällen die höchste Zahl bestätigter Ablehnungen auf; die übrigen drei verteilen sich auf FPÖ, ÖVP und Liste Fritz. Die drei Befürwortungen entfallen auf ÖVP und FPÖ. Nennenswert ist Markus Abwerzger (FPÖ), der als einziger Tiroler Akteur sowohl auf der Befürwortungs- als auch auf der Ablehnungsseite vertreten ist.

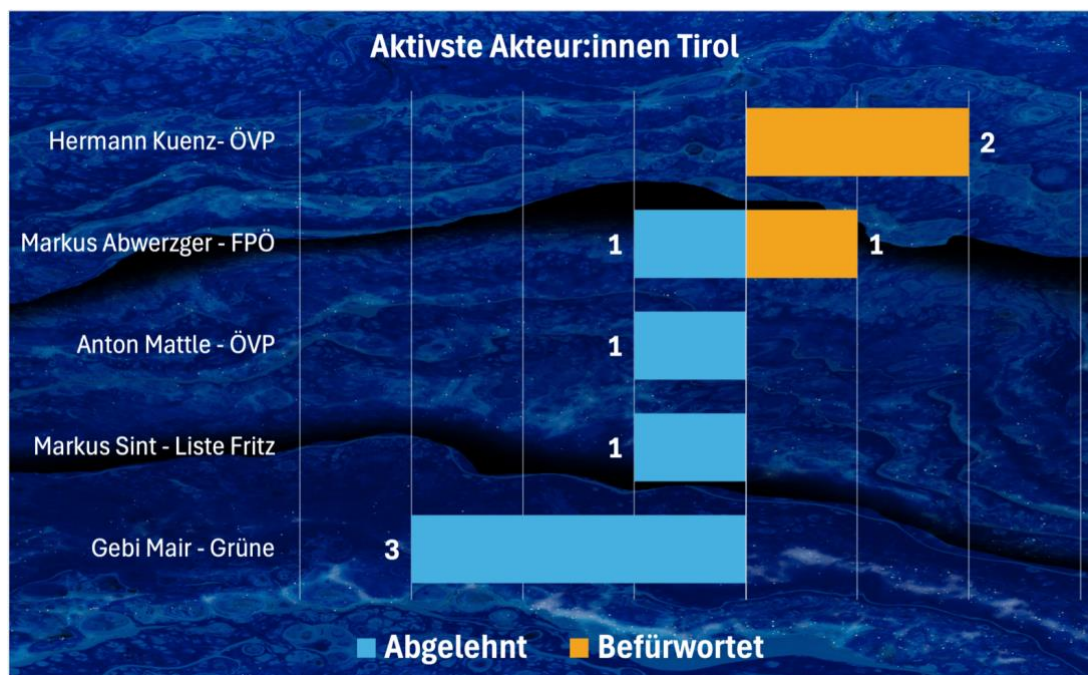


Abbildung 49 – Aktivste Akteur:innen im Tiroler Landtag

Auf der Befürwortungsseite formulierte etwa Abg. Hermann Kuenz (ÖVP) die wirtschaftlichen Folgen eines Wegfalls russischer Gaslieferungen besonders drastisch: Die österreichische Wirtschaft würde ein Abschneiden der Gasversorgung aus Russland „nicht überleben, schlicht und einfach nicht überleben“. ¹⁰¹ Eine gegenteilige Einschätzung vertrat Anton Mattle (ÖVP), der vor „Panik“ warnte und auf die eigene erneuerbare Energieproduktion sowie die Einbindung Tirols in überregionale Versorgungsnetze verwies. ¹⁰² Beim Sanktionsnarrativ argumentierte Abg. Markus Abwerzger (FPÖ), die Maßnahmen hätten „in erster Linie die europäische Bevölkerung getroffen“ und nicht ihren eigentlichen Adressaten. ¹⁰³ Dem hielt Markus Sint (Liste Fritz) entgegen, die EU-Sanktionen seien die „einzige und schärfste Waffe“ in diesem Krieg; ihre Umsetzung sei daher „ungemein wichtig und notwendig“. ¹⁰⁴

4.5.8 Wien

Für den Wiener Landtag wurden insgesamt sechs bestätigte Rede-Narrativ-Instanzen erfasst (Abb. 50). Damit weist Wien unter den sieben Landtagen mit bestätigten Fällen die geringste Fallzahl auf. Drei Instanzen wurden als „befürwortet“ und drei als „abgelehnt“ codiert.

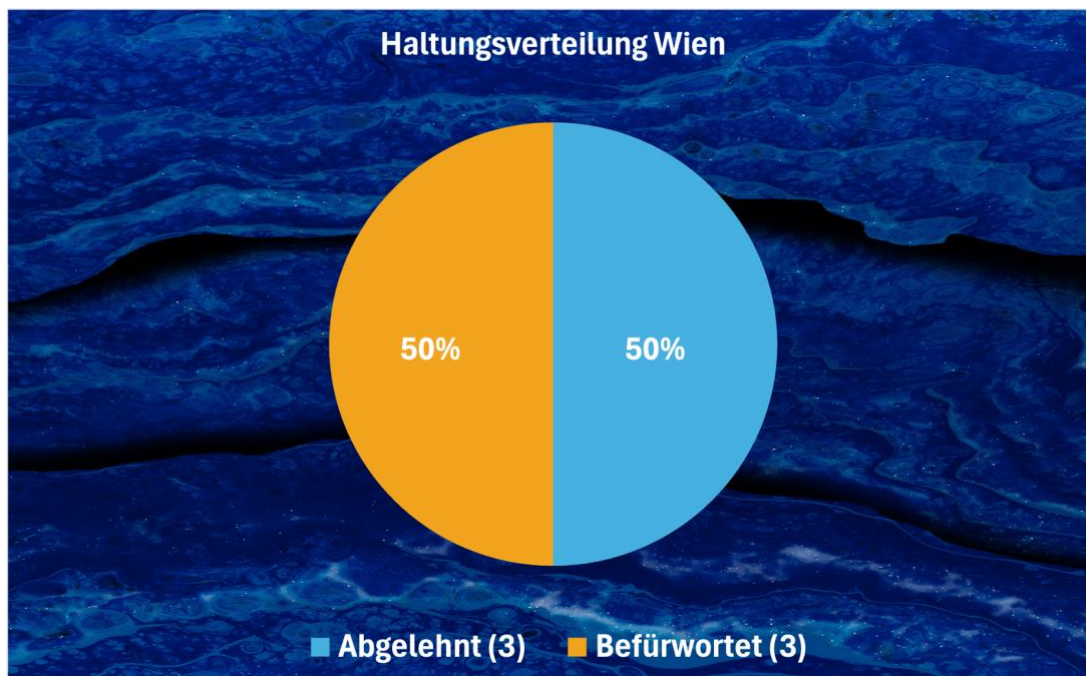


Abbildung 50 – Haltungsverteilung im Wiener Landtag

Die sechs bestätigten Instanzen verteilen sich auf drei der fünf untersuchten Narrative (Abb. 51). Mit drei Instanzen entfällt die Hälfte der Fälle auf das Sanktionsnarrativ. Zwei weitere Instanzen betreffen das Narrativ der sinnlosen Ukraine-Unterstützung, eine das Deindustrialisierungsnarrativ. Für das Energiekrisen- und das NATO-Narrativ wurde keine bestätigte Instanz erfasst.

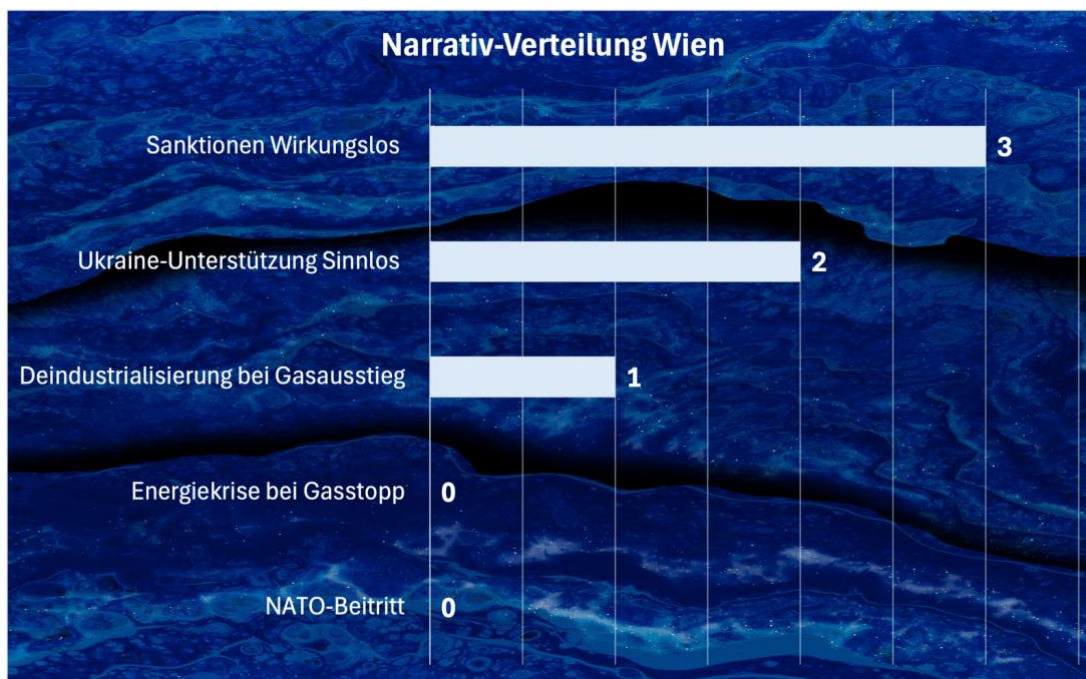


Abbildung 51 – Narrativ-Verteilung im Wiener Landtag

Trotz der ausgeglichenen Haltungsverteilung zeigt sich eine eindeutige parteipolitische Trennung (Abb. 52). Sämtliche drei Befürwortungen entfallen auf die FPÖ-Akteure Maximilian Krauss, Udo Guggenbichler und Dominik Nepp mit jeweils einer bestätigten Instanz. Die drei Ablehnungen verteilen sich mit jeweils einer Instanz auf Peter Florianschütz von der SPÖ, Dolores Bakos von den NEOS und Hannes Taborsky von der ÖVP.

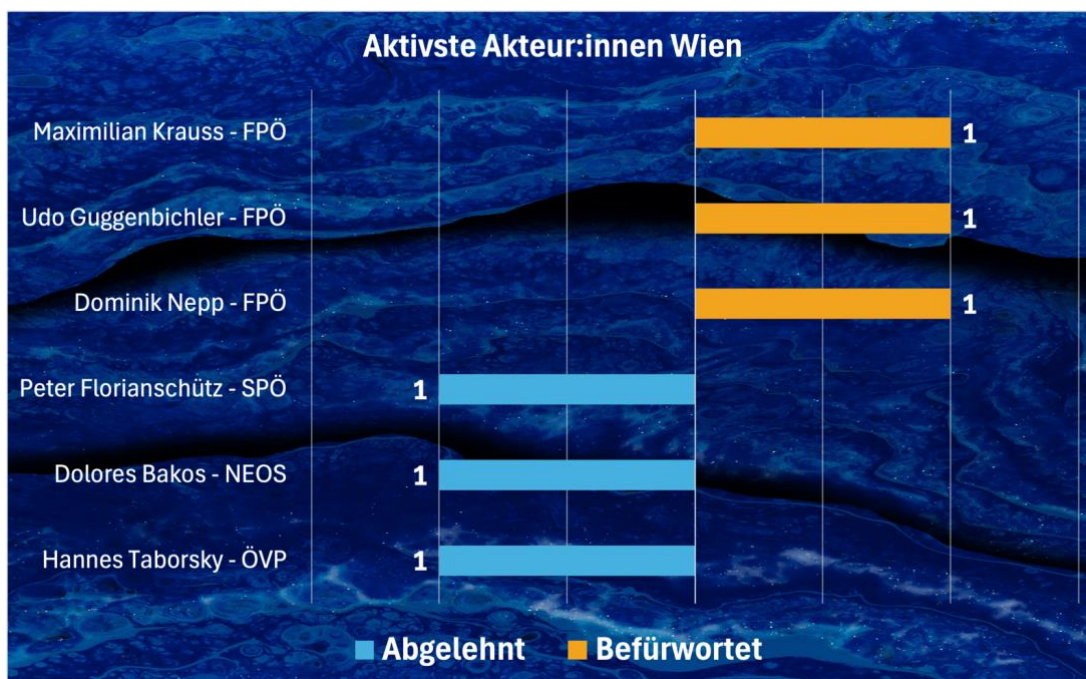


Abbildung 52 – Aktivste Akteur:innen im Wiener Landtag

Insgesamt weist Wien bei sehr geringer Fallzahl eine ausgeglichene Haltungsverteilung auf, die jedoch parteipolitisch klar strukturiert ist. Besonders anschaulich zeigt sich dieser Gegensatz beim Sanktionsnarrativ. Dominik Nepp (FPÖ) erklärte, Europa habe sich mit den Sanktionen „selber ins Knie geschossen“, während

Putin „nichts von den Sanktionen“ spüre.¹⁰⁵ Peter Florianschütz (SPÖ) bezeichnete Sanktionen als „legitimen und zum Teil notwendigen Akt solidarischer Politik“ und wies die Vorstellung zurück, deren wirtschaftliche Folgen seien den Sanktionen selbst anzulasten.¹⁰⁶ Udo Guggenbichler (FPÖ) zeichnete beim Deindustrialisierungsnarrativ ein ebenfalls drastischeres Szenario und warnte im Falle eines konsequenten energiepolitischen Kurswechsels vor „Massenarbeitslosigkeit“ und davor, dass „eine ganze Industrie bei uns gegen die Wand gefahren wird“. ¹⁰⁷ Die Unterstützung der Ukraine begründete Hannes Taborsky (ÖVP) dagegen mit der Verteidigung von Freiheit und europäischen Interessen: „Wir Österreicherinnen und Österreicher, wir Europäerinnen und Europäer müssen jene Menschen unterstützen“, die dieselben Freiheiten anstreben.¹⁰⁸

5. Analyse und Einordnung der Ergebnisse

5.1 Anschlussfähigkeit der Narrative und Sonderstellung des Sanktionsnarrativs

Die Anschlussfähigkeit der fünf untersuchten Narrative unterscheidet sich deutlich. Während die meisten Narrativbehauptungen im parlamentarischen Diskurs überwiegend zurückgewiesen werden, fällt das Sanktionsnarrativ aus diesem Muster heraus. Besonders deutlich ist die Ablehnung beim Narrativ einer sinnlosen Ukraine-Unterstützung. Auch die Behauptungen eines bevorstehenden NATO-Beitritts und einer drohenden Energiekrise bei ausbleibenden russischen Gaslieferungen finden überwiegend Widerspruch. Beim Deindustrialisierungsnarrativ stehen sich Befürwortung und Ablehnung dagegen nahezu ausgeglichen gegenüber. Das Sanktionsnarrativ nimmt demgegenüber eine Sonderstellung ein: Es ist nicht nur das am häufigsten erfasste Narrativ, sondern mit einem Befürwortungsanteil von 69 Prozent auch das einzige, dessen zentrale Behauptung im Gesamtdatensatz mehrheitlich befürwortet wird.

Diese Sonderstellung zeigt sich auch bei getrennter Betrachtung von Nationalrat und Landtagen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Im Nationalrat ist das Sanktionsnarrativ das einzige der fünf Narrative mit einer Befürwortungsmehrheit. In den Landtagen überwiegt die Befürwortung zwar insgesamt, dieser Überhang entfällt jedoch vor allem auf die Narrative zu Sanktionen und Deindustrialisierung. Ein einheitliches Haltungssprofil der Landesebene über alle fünf Narrative hinweg lässt sich daraus nicht ableiten. Aufgrund der teilweise geringen Fallzahlen und der erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Landesparlamenten sind weitergehende Schlussfolgerungen aus dem Vergleich beider Ebenen nur eingeschränkt möglich.

Die Unterschiede zwischen den Narrativen erklären das Gesamtbild allerdings nur teilweise. Ebenso prägend ist die bereits in Kapitel 4 erkennbare parteipolitische Konzentration der Befürwortungen, die im folgenden Abschnitt näher eingeordnet wird.

5.2 Parteipolitische Konzentration der Narrativübernahme

Auf Partei- und Akteursebene zeigt sich eine ausgeprägte Konzentration der Befürwortungen. Von insgesamt 224 Befürwortungen entfallen 193 beziehungsweise 86,2 Prozent auf die FPÖ. Die übrigen Fälle verteilen sich auf die beiden Abgeordneten ohne Parteizuordnung Géza Molnár (Burgenland) und Martin Huber (Niederösterreich), die oberösterreichische MFG sowie wenige weitere Parteien. Die Ablehnungen werden dagegen vor allem von ÖVP, Grünen und NEOS getragen. Einer stark konzentrierten Befürwortungsseite steht damit eine Zurückweisung gegenüber, die sich auf mehrere Parteien verteilt.

Im Nationalrat ist diese Trennung besonders ausgeprägt. 141 der insgesamt 145 Befürwortungen beziehungsweise 97,2 Prozent stammen von FPÖ-Abgeordneten. Zugleich wurde dort keine einzige FPÖ-Instanz als Ablehnung codiert. Grüne und NEOS weisen umgekehrt ausschließlich Ablehnungen auf, auch bei der ÖVP dominiert die Zurückweisung nahezu vollständig. Die Haltungsverteilung verläuft auf Bundesebene damit weitgehend entlang parteipolitischer Grenzen. Eine Sonderstellung nimmt die SPÖ ein. Mit lediglich neun bestätigten Instanzen ist sie im Nationalratsdatensatz deutlich seltener vertreten als die übrigen Fraktionen. Sieben dieser Fälle wurden als Ablehnungen und zwei als Befürwortungen codiert. Kennzeichnend ist damit weniger ein eigenständiges Haltungssprofil als vielmehr die insgesamt geringe Präsenz der untersuchten Narrative in ihren Redebeiträgen.

Die starke Konzentration der Befürwortungen auf die FPÖ beschränkt sich nicht auf das Sanktionsnarrativ. FPÖ-Abgeordnete prägen im Nationalrat bei allen fünf untersuchten Narrativen die Befürwortungsseite, wobei die Behauptung, Sanktionen gegen Russland seien wirkungslos und primär selbstschädigend, den klaren Schwerpunkt bildet. Auch innerhalb der FPÖ konzentrieren sich die bestätigten Instanzen auf einzelne Akteur:innen. Mit 33 Instanzen weist Axel Kassegger die höchste Zahl auf; rund die Hälfte davon entfällt auf das Sanktionsnarrativ (51,5 Prozent). Gemeinsam mit Susanne Fürst, Herbert Kickl und Petra Steger entfallen auf diese vier Abgeordneten 78 der insgesamt 141 FPÖ-Befürwortungen im Nationalrat beziehungsweise 55,3 Prozent.

Auf der Ablehnungsseite zeigen sich je nach Partei unterschiedliche thematische Schwerpunkte. Die ÖVP tritt insbesondere bei der Zurückweisung des Energiekrisen- und des NATO-Narrativs hervor; bei beiden entfällt die mit Abstand höchste Zahl ablehnender Instanzen auf ÖVP-Akteur:innen. Die Grünen weisen dagegen bei drei Narrativen die höchsten Ablehnungszahlen auf: bei der sinnlosen Ukraine-Unterstützung, den Sanktionen und der Deindustrialisierung. Bei den NEOS konzentriert sich die Zurückweisung deutlich stärker auf Ukraine-Unterstützung und Sanktionen, auf die zusammen 39 ihrer 44 Instanzen entfallen. Die Ablehnungsseite wird damit von mehreren Parteien getragen, deren thematische Schwerpunkte sich jedoch teils deutlich unterscheiden.

Auf Landesebene ist die parteipolitische Trennung weniger geschlossen. In Niederösterreich und Kärnten konzentrieren sich die Befürwortungen ebenfalls weitgehend auf die FPÖ. Mit Johannes Aigner der MFG in Oberösterreich und im Burgenland mit Géza Molnár treten dagegen auch Akteure außerhalb der FPÖ deutlich auf der Befürwortungsseite hervor. Das bundespolitische Muster wird in den Landtagen somit nicht durchgehend reproduziert, bleibt aber in mehreren Bundesländern erkennbar.

5.3 Konkurrierende Deutung und parlamentarische Gegenrede

Der zeitliche Verlauf im Nationalrat (Kapitel 4.4.2) zeigt, dass sich die stärkste parlamentarische Auseinandersetzung mit den untersuchten Narrativen auf die Jahre 2022 und 2023 konzentriert. Ab 2024 geht die Zahl bestätigter Instanzen deutlich zurück. Die Narrative verschwinden damit zwar nicht aus den Plenardebatten, ihre Präsenz erreicht im späteren Untersuchungszeitraum jedoch nicht mehr das Niveau der ersten beiden Kriegsjahre.

In Phasen erhöhter Narrativpräsenz bis Ende 2023 nehmen befürwortende und ablehnende Instanzen häufig parallel zu, wobei die Ablehnungen vielfach überwiegen. Die zeitlichen Spitzen sind daher weniger als Phasen einseitig zunehmender Narrativbefürwortung denn als Verdichtungen parlamentarischer Auseinandersetzung zu verstehen. Auch die parteipolitische Zusammensetzung weist in diese Richtung: Während die Befürwortungsspitzen nahezu ausschließlich von der FPÖ getragen werden, treten insbesondere ÖVP und Grüne in denselben Phasen verstärkt auf der Ablehnungsseite auf. Beide Parteien bildeten im Untersuchungszeitraum zugleich die Bundesregierung. Ob ihre stärkere Präsenz auf der Ablehnungsseite mit dieser institutionellen Rolle zusammenhing liegt auf Grundlage der vorliegenden Daten zwar nahe, lässt sich jedoch nicht abschließend beurteilen.

Wie unmittelbar konkurrierende Deutungen im Einzelfall aufeinandertreffen konnten, zeigt eine Nationalratsdebatte über die Russland-Sanktionen am 21. September 2022. Karoline Edtstadler erklärte, die „Sanktionen wirken, die wirken jeden Tag“, und verwies auf deren negative wirtschaftliche Folgen für Russland.¹⁰⁹ Aus den Reihen der FPÖ hielten ihr die Abgeordneten Belakowitsch und Hafenecker unmittelbar entgegen, die Sanktionen wirkten vielmehr „gegen Österreich“ beziehungsweise „gegen die eigene Bevölkerung“. Befürwortung und Zurückweisung standen hier somit nicht lediglich als getrennte Positionen nebeneinander, sondern wurden innerhalb derselben Debatte unmittelbar gegeneinandergestellt.

Das Beispiel verdeutlicht, dass die zeitliche Parallelität von Befürwortung und Ablehnung im Einzelfall Ausdruck einer unmittelbaren Auseinandersetzung um dieselbe Narrativbehauptung sein kann. Erhöhte Fallzahlen lassen sich daher nicht ohne Weiteres als stärkere Übernahme der untersuchten Narrative interpretieren. Sie können ebenso Phasen intensiverer parlamentarischer Gegenrede und konkurrierender Deutungen widerspiegeln.

6. Schlussfolgerung

Die Untersuchung zeigt, dass die fünf analysierten russischen Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs nachweisbar sind, ihre Resonanz jedoch weder thematisch noch parteipolitisch gleichmäßig verteilt ist. Von insgesamt 520 bestätigten Narrativ-Instanzen wurden 296 beziehungsweise 56,9 Prozent zurückgewiesen und 224 beziehungsweise 43,1 Prozent befürwortet. Hinter diesem Gesamtverhältnis stehen drei zentrale Befunde.

- Erstens unterscheiden sich die untersuchten Narrative deutlich in ihrer Anschlussfähigkeit. Eine Sonderstellung nimmt insbesondere das Sanktionsnarrativ ein: Mit 184 bestätigten Instanzen ist es nicht nur das am häufigsten erfasste Narrativ, sondern zugleich das einzige, dessen zentrale Behauptung im Gesamtdatensatz mehrheitlich befürwortet wird. Insgesamt entfällt der überwiegende Teil der bestätigten Instanzen auf wirtschafts- und energiepolitische Narrative.
- Zweitens ist die Befürwortung stark auf bestimmte politische Akteur:innen konzentriert. Von den insgesamt 224 befürwortenden Instanzen entfallen 193 beziehungsweise 86,2 Prozent auf die FPÖ. Im Nationalrat ist diese Konzentration mit 141 von 145 Befürwortungen beziehungsweise 97,2 Prozent besonders ausgeprägt. Die Ablehnungen verteilen sich demgegenüber auf mehrere Parteien, insbesondere ÖVP, Grüne und NEOS. Auf Landesebene ist dieses Muster weniger geschlossen, die grundlegende Konzentration der Befürwortungen bleibt jedoch auch dort in mehreren Bundesländern erkennbar.
- Drittens zeigt die zeitliche Entwicklung keine sukzessive Ausweitung der Narrativpräsenz. Die stärkste parlamentarische Auseinandersetzung konzentriert sich auf die Jahre 2022 und 2023; ab 2024 geht die Zahl bestätigter Instanzen deutlich zurück. Zugleich nehmen in Phasen erhöhter Narrativpräsenz Befürwortung und Ablehnung häufig parallel zu. Hohe Fallzahlen sind daher nicht ohne Weiteres als stärkere Befürwortung zu interpretieren, sondern können ebenso Ausdruck intensiverer parlamentarischer Auseinandersetzung und Gegenrede sein.

Zusammengenommen ergibt sich damit das Bild einer selektiven politischen Resonanz. Bestimmte Narrativbehauptungen finden deutlich mehr Zustimmung als andere, und diese Zustimmung konzentriert sich wiederum stark auf bestimmte politische Akteur:innen. Zugleich zeigt die hohe Zahl ablehnender Instanzen, dass parlamentarische Präsenz nicht mit politischer Übernahme gleichgesetzt werden kann. Die untersuchten Narrative werden im parlamentarischen Diskurs nicht nur aufgegriffen und befürwortet, sondern in erheblichem Umfang auch ausdrücklich zurückgewiesen.

Die Reichweite dieser Schlussfolgerungen ist durch das Untersuchungsdesign begrenzt. Die Studie erfasst, welche der untersuchten Narrativbehauptungen in parlamentarischen Redebeiträgen aufgegriffen, befürwortet oder zurückgewiesen werden. Sie erlaubt keine Aussagen darüber, warum einzelne Akteur:innen mit diesen Behauptungen übereinstimmen, ob entsprechende Aussagen auf russische Einflussnahme zurückzuführen sind oder welche Wirkung sie auf die öffentliche Meinung beziehungsweise außerhalb des parlamentarischen Raums entfalten.

Weiterführende Forschung könnte die Analyse über Februar 2025 hinaus fortsetzen und untersuchen, ob sich der seit 2024 beobachtete Rückgang der bestätigten Narrativ-Instanzen fortsetzt oder einzelne Narrative unter veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen erneut stärker in parlamentarischen Debatten auftreten. Eine Verknüpfung parlamentarischer Daten mit klassischen und sozialen Medien könnte darüber hinaus Aufschluss darüber geben, wie sich wiederkehrende Narrative zwischen unterschiedlichen politischen Kommunikationsräumen bewegen. Ebenso ließe sich das Untersuchungsdesign auf andere Themenfelder übertragen, in denen wiederkehrende Desinformationsnarrative eine gewichtige Rolle spielen, wie etwa im Kontext der Covid-19-Pandemie oder des Klimawandels. Schließlich könnte ein Vergleich mit anderen europäischen Staaten dazu beitragen, österreichspezifische Muster von solchen zu unterscheiden, die sich auch in anderen nationalen parlamentarischen Diskursen finden.

Der zentrale Befund der Studie liegt damit nicht allein in der Präsenz russischer Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs, sondern in der selektiven Struktur ihrer Resonanz: Ihre Befürwortung konzentriert sich auf bestimmte Narrative und politische Akteur:innen und trifft zugleich in erheblichem Umfang auf parlamentarische Ablehnung und Gegenrede.

Endnoten

¹ EEAS (2023): 1st EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats, European External Action Service. https://www.eeas.europa.eu/eeas/1st-eeas-report-foreign-information-manipulation-and-interference-threats_en.

² Bundeskanzleramt (2024): Österreichische Sicherheitsstrategie 2024. https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:941a3cb3-7320-4c31-a4d2-3307f57faad3/sicherheitsstrategie_oesterreich_2024.pdf.

³ Ludovic Terren et al. (2023): The last line of defence: measuring resilience to foreign information manipulation and interference in West Africa, European Union Institute for Security Studies. <https://www.iss.europa.eu/publications/briefs/last-line-defence-measuring-resilience-foreign-information-manipulation-and>.

⁴ Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) (2025): Verfassungsschutzbericht 2024, Bundesministerium für Inneres. https://www.dsn.gv.at/501/files/VS/205_2025_VSB_2024_V20250929_webBF.pdf.

⁵ World Health Organization (2020): Call for Action: Managing the Infodemic, 11. Dezember 2020. <https://www.who.int/news/item/11-12-2020-call-for-action-managing-the-infodemic>.

⁶ Europäische Kommission (2018): Tackling online disinformation: a European Approach, COM(2018) 236 final, 26. April 2018. [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM\(2018\)236&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM(2018)236&lang=en).

⁷ Europäische Kommission (2019): Report on the implementation of the Action Plan Against Disinformation, JOIN(2019) 12 final, 14. Juni 2019. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52019JC0012&from=EN>.

⁸ EEAS StratCom (2024): Annual Report 2023. <https://euvsdisinfo.eu/uploads/2024/06/EEAS-Stratcom-Annual-Report-2023.pdf>.

⁹ Europäische Kommission (2026a): European Centre for Democratic Resilience, Stand: 7. Mai 2026. https://commission.europa.eu/european-centre-democratic-resilience_en (letzter Zugriff: 18.08.2026).

¹⁰ Council of the EU (2022): EU imposes sanctions on state-owned outlets RT/Russia Today and Sputnik's broadcasting in the EU, 2. März 2022. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/03/02/eu-imposes-sanctions-on-state-owned-outlets-rtrussia-today-and-sputnik-s-broadcasting-in-the-eu/>.

¹¹ Jakob Guhl / Julia Smirnova (2023): Narrative über den Krieg Russlands gegen die Ukraine, NUK-Abschlussbericht, Institute for Strategic Dialogue. <https://isdgermany.org/narrative-ueber-den-krieg-russlands-gegen-die-ukraine-nuk/>.

¹² EUvsDisinfo (o. J.): Ukrainian refugees smuggle weapons and bring crime to Europe, Disinformation Cases Database, Eintrag zu Artikeln vom 4. August 2023. <https://euvsdisinfo.eu/report/ukrainian-refugees-smuggle-weapons-and-bring-crime-to-europe/> (letzter Zugriff: 18.08.2026).

¹³ EEAS & Center for Countering Disinformation (CCD) (2026): Beyond the Battlefield: Russia's Information War Against Ukraine's European Future. Analytical Report on FIMI Threats, Juni 2026, S. 13. <https://euvsdisinfo.eu/uploads/2026/06/EEAS-CCD-Report-FINAL.pdf>.

¹⁴ Alberto-Horst Neidhardt (2022): Disinformation on refugees from Ukraine: Boosting Europe's resilience after Russia's invasion. Issue Paper, hrsg. von Foundation for European Progressive Studies (FEPS), Friedrich-Ebert-Stiftung und European Policy Centre, 14. November 2022, S. 6 und 10. <https://fepeurope.eu/wp-content/uploads/2022/12/PS-Disinformation.pdf>.

¹⁵ EEAS (2026): 4th EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats. Dismantling the FIMI House of Cards, März 2026, S. 9. https://euvsdisinfo.eu/uploads/2026/03/EEAS-4th-Threat-Report_web-version.pdf.

¹⁶ Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2025): Gefährdungen durch russische Spionage, Sabotage und Desinformation – Momentaufnahme und Einordnung, Mai 2025. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/spionage-und-proliferationsabwehr/2025-05-gefaehrungen-durch-russische-spionage-sabotage-und-desinformation.html>.

¹⁷ BfV, 2025.

¹⁸ EEAS (2023): 1st EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats. Towards a framework for networked defence, Februar

2023. <https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2023/EEAS-DataTeam-ThreatReport-2023.pdf>.

¹⁹ EEAS, 2026, S. 4.

²⁰ EEAS, 2026, S. 10.

²¹ EEAS, 2026, S. 15.

²² EEAS, 2026, S. 5.

²³ EEAS, 2026, S. 10.

²⁴ EEAS, 2026, S. 11.

²⁵ EEAS, 2026, S. 11.

²⁶ EEAS, 2026, S. 28.

²⁷ Europäische Kommission & Hohe Vertreterin (2025): European Democracy Shield: Empowering Strong and Resilient Democracies. Gemeinsame Mitteilung, JOIN(2025) 791 final, 12. November 2025. https://commission.europa.eu/document/download/2539eb53-9485-4199-bfdc-97166893ff45_en.

²⁸ Europäische Kommission (2025): Special Eurobarometer 568. Protecting and promoting democracy, November 2025. <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3383>.

²⁹ Europäische Kommission (2026b): The new European Centre for Democratic Resilience starts its work, Pressemitteilung IP/26/459, 24. Februar 2026. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_459.

³⁰ EEAS, 2026, S. 12.

³¹ Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) (2025): Verfassungsschutzbericht 2024, hrsg. vom Bundesministerium für Inneres, Wien, 26. Mai 2025. https://www.dsn.gv.at/501/files/vsb/205_2025_vsb_2024_v20250929_webbf.pdf.

³² DSN, 2025.

³³ Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) (2026): Verfassungsschutzbericht 2025, hrsg. vom Bundesministerium für Inneres, Wien, 4. Mai 2026. https://www.dsn.gv.at/501/files/vsb/verfassungsschutzbericht_vsb_2025_bf.pdf.

³⁴ DSN, 2026.

³⁵ DSN, 2026.

³⁶ DSN, 2025.

³⁷ DSN, 2026.

³⁸ Europäische Kommission & Hohe Vertreterin (2018): Aktionsplan gegen Desinformation. Gemeinsame Mitteilung, JOIN(2018) 36 final, 5. Dezember 2018, S. 6–13. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52018JC0036>.

³⁹ EEAS (2019): Rapid Alert System: Strengthening Coordinated and Joint Responses to Disinformation. Factsheet, März 2019. https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/ras_factsheet_march_2019_0.pdf.

⁴⁰ Council of the EU, 2022.

⁴¹ Council of the EU (2024): Russia: EU sets up new framework for restrictive measures against those responsible for destabilising activities against the EU and its member states, 8. Oktober 2024. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/10/08/russia-eu-sets-up-new-framework-for-restrictive-measures-against-those-responsible-for-destabilising-activities-against-the-eu-and-its-member-states/>.

⁴² Europäische Kommission (o. J.): The Digital Services Act, Stand: 10. August 2026. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/digital-services-act> (letzter Zugriff: 18.08.2026).

⁴³ Europäische Kommission (o. J.): The 2022 Code of Practice on Disinformation, Stand: 2. Juli 2026. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/code-practice-disinformation> (letzter Zugriff: 18.08.2026).

⁴⁴ EEAS, 2023.

⁴⁵ EEAS (2022): 2022 Report on EEAS Activities to Counter FIMI. Activity Report, Strategic Communications, Task Forces and Information Analysis (SG.STRAT.2), S. 10. https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/EEAS-AnnualReport-WEB_v3.4.pdf.

⁴⁶ EEAS StratCom, 2024.

⁴⁷ Europäische Kommission, 2026a.

⁴⁸ Europäische Kommission, 2026b.

⁴⁹ Bundeskanzleramt (2026): Kampf gegen Desinformation. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/kampf-gegen-desinformation.html> (letzter Zugriff: 21.08.2026).

⁵⁰ RTR (o. J.): DSA und Desinformation. https://www.rtr.at/medien/was_wir_tun/DigitaleDienste/DSA/Desinformation.html (letzter Zugriff: 18.08.2026)

⁵¹ A-SIT Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria (o. J.): Desinformation vor der Nationalratswahl 2024: Ein Aufruf zur Wachsamkeit, onlinesicherheit.gv.at. <https://www.onlinesicherheit.gv.at/Services/News/Nationalratswahl24-Desinformation-.html> (letzter Zugriff: 18.08.2026).

⁵² Bundeskanzleramt, 2026.

⁵³ Parlament Österreich, DemokratieWEBstatt (o. J.): Fake News und Verschwörungstheorien. <https://www.demokratiewebstatt.at/thema/lebensbereiche/thema-fake-news-und-verschwörungstheorien> (letzter Zugriff: 05.08.2026).

⁵⁴ GADMO – German-Austrian Digital Media Observatory (2023): Wie wir arbeiten, 19. Januar 2023. <https://gadmo.eu/faktenchecks/wie-wir-arbeiten/> (letzter Zugriff: 10.08.2026).

⁵⁵ Universität für Weiterbildung Krems (o. J.): Young Citizen Scientists against Disinformation. Projektbeschreibung, Department für Sicherheitsforschung, Projektzeitraum 01.07.2024–31.12.2026. https://www.donau-uni.ac.at/de/forschung/projekt/U7_PROJEKT_4294971157 (letzter Zugriff: 10.08.2026).

⁵⁶ BMLUK (2025): Gegen Desinformation: Österreich unterstützt globale Initiative für verlässliche Klimainformationen, Pressemitteilung, 29. Dezember 2025. <https://www.bmluk.gv.at/service/presse/klima-umwelt/2025/gegen-desinformation-oesterreich-unterstuetzt-globale-initiative-fuer-verlaessliche-klimainformationen.html> (letzter Zugriff: 05.08.2026).

⁵⁷ Manuela Grünangerl / Dimitri Prandner (2026): Digital Skills Austria IV: Resilienz gegenüber Desinformation und Falschinformation als Herausforderung demokratischer Öffentlichkeiten, hrsg. von der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR). <https://doi.org/10.5281/zenodo.20001497>.

⁵⁸ DSN, 2025.

⁵⁹ Dagmar Belakowitsch (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 213. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, XXVII GP, 24. Mai 2023, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/213/A-09_11_53_00296293.pdf

⁶⁰ Axel Kassegger (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 174. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, XXVII GP, 03. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/174/A-18_36_29_00277485.pdf

⁶¹ Petra Steger (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 153. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, XXVII GP, 27. April 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/153/A-11_53_47_00265723.html.

⁶² Dagmar Belakowitsch, (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 272. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, XXVII GP, 04. Juli 2024, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/272/A-16_17_29_00329193.html.

⁶³ Herbert Kickl (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 145. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, XXVII GP, 08. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/145/A-15_39_45_00262327.html.

⁶⁴ Andreas Minnich (ÖVP), Stenographisches Protokoll, 174. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 03. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/174/A-18_53_52_00277503.html

⁶⁵ Martin Kocher (ÖVP), Stenographisches Protokoll, 211. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 12. Mai 2023, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/211/A-13_23_00_00295791.html

⁶⁶ August Wöginger (ÖVP), Stenographisches Protokoll, 179. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 13. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/179/A-09_08_59_00279320.html

⁶⁷ Friedrich Ofenauer (ÖVP), Stenographisches Protokoll, 179. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 13. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/179/A-20_09_16_00280057.html.

⁶⁸ Friedrich Ofenauer (ÖVP), Stenographisches Protokoll, 276. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 18. September 2024,

https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/276/A - 12_59_28_00331697.html

⁶⁹ Alexander Schallenberg (ÖVP), Stenographisches Protokoll, 207. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 30. März 2023, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/207/A - 10_38_27_00293184.html.

⁷⁰ Tanja Graf (ÖVP), Stenographisches Protokoll, 153. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 27. April 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/153/A - 11_42_14_00265703.html.

⁷¹ Michel Reimon (GRÜNE), Stenographisches Protokoll, 174. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 03. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/174/A - 17_15_14_00277345.html.

⁷² Lukas Hammer (GRÜNE), Stenographisches Protokoll, 270. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, XXVII GP, 03. Juli 2024, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/270/A - 20_10_21_00328433.html.

⁷³ Leonore Gewessler (GRÜNE), Stenographisches Protokoll, 158. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 19. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/158/A - 13_21_42_00267871.html.

⁷⁴ Monika Vana (GRÜNE), Stenographisches Protokoll, 249. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 31. Jänner 2024, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/249/A - 11_29_05_00315092.html.

⁷⁵ Michel Reimon (GRÜNE), Stenographisches Protokoll, 145. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 08. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/145/A - 17_49_22_00262437.html.

⁷⁶ Helmut Brandstätter (NEOS), Stenographisches Protokoll, 167. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 06. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/167/A - 16_51_02_00272617.html.

⁷⁷ Karin Doppelbauer (NEOS), Stenographisches Protokoll, 195. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 31. Jänner 2023, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/195/A - 11_28_38_00288355.pdf

⁷⁸ Douglas Hoyos-Trauttmansdorff (NEOS), Stenographisches Protokoll, 183. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, XXVII GP, 17. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/183/C - 11_49_49_00282869.html.

⁷⁹ Karin Doppelbauer (NEOS), Stenographisches Protokoll, 270. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, XXVII GP, 03. Juli 2024, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/270/A - 20_14_36_00328453.html.

⁸⁰ Karin Doppelbauer (NEOS), Stenographisches Protokoll, 252. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 28. Februar 2024, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/252/A - 22_15_54_00317209.html

⁸¹ Theresa Bielowski (SPÖ), Stenographisches Protokoll, 213. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 24. Mai 2023, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/213/A - 11_27_26_00296429.html

⁸² Harald Troch (SPÖ), Stenographisches Protokoll, 143. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 24. Februar 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/143/A - 12_45_44_00261696.html.

⁸³ Alois Schroll (SPÖ), Stenographisches Protokoll, 202. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 01. März 2023, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/202/A - 23_31_45_00291580.html.

⁸⁴ Christoph Matznetter (SPÖ), Stenographisches Protokoll, 149. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 24. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/149/A - 18_41_32_00264011.html.

⁸⁵ Robert Laimer (SPÖ), Stenographisches Protokoll, 179. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 13. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/179/A - 20_05_43_00280034.html

⁸⁶ Erwin Angerer (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 9. Sitzung des Kärntner Landtages, 33. GP, 20. November 2023, 9. LTG-Sitzung am 20. November 2023 Budgeteinbegleitung, S. 919.

⁸⁷ Gernot Darmann (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 55. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages, 32. GP, 15.

September 2022, 55. (verlangte) LTG-Sitzung am 15. September 2022, S. 5964.

⁸⁸ Luca Burgstaller (SPÖ), Stenographisches Protokoll, 57. Sitzung des Kärntner Landtages, 32. GP, 20. Oktober 2022, 57. LTG-Sitzung am 20. Oktober 2022, S. 6128.

⁸⁹ Reinhard Teufel (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 56. Sitzung des Landtages von Niederösterreich, 19. GP, 22. September 2022, https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sitzungen/19.GP/2022-09-22/Sitzungsbericht_NOE_Landtag_XIX_56_Sitzung_22.09.2022.pdf, S. 35.

⁹⁰ Michael Sommer (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 9. Sitzung des Landtages von Niederösterreich, 20. GP, 23. November 2023, https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sitzungen/20.GP/2023-11-23/Sitzungsbericht_NOE_Landtag_XX_9_Sitzung_23.11.2023.pdf, S. 62.

⁹¹ Georg Ecker (GRÜNE), Stenographisches Protokoll, 50. Sitzung des Landtages von Niederösterreich, 19. GP, 28. April 2022, https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sitzungen/19.GP/2022-04-28/Sitzungsbericht_NOE_Landtag_XIX_50_Sitzung_28.04.2022.pdf, S. 72.

⁹² Géza Molnár (Freier Abgeordneter), Stenographisches Protokoll, 65. Sitzung des Burgenländischen Landtages, XXII. GP, 10. Dezember 2024, https://www.bgld-landtag.at/fileadmin-landtag/user_upload/Protokolle/Protokoll_65_Landtagssitzung.pdf, S. 9778.

⁹³ Alexander Petschnig (FPÖ), Stenographisches Protokoll, 33. Sitzung des Burgenländischen Landtages, XXII. GP, 25. März 2022, https://www.bgld-landtag.at/fileadmin-landtag/user_upload/Protokolle/Protokoll_33_Landtagssitzung.pdf, S. 4533.

⁹⁴ Regina Petrik (GRÜNE), Stenographisches Protokoll, 33. Sitzung des Burgenländischen Landtages, XXII. GP, 25. März 2022, https://www.bgld-landtag.at/fileadmin-landtag/user_upload/Protokolle/Protokoll_33_Landtagssitzung.pdf, S. 4528.

⁹⁵ Joachim Aigner (MFG), Wortprotokoll, 12. Sitzung des Oberösterreichischen Landtages, XXIX. GP, 5., 6. und 7. Dezember 2022, <https://www2.land-oberoesterreich.gv.at/internetltgbeilagen/Beilage%206011/2023%20-%20Wortprotokoll.pdf?id=19292&n=6011&j=2023#page=S.447>.

⁹⁶ Joachim Aigner (MFG), Wortprotokoll, 31. Sitzung des Oberösterreichischen Landtages, XXIX. GP, 10., 11. und 12. Dezember 2024, <https://www2.land-oberoesterreich.gv.at/internetltgbeilagen/Beilage%206030/2024-%20Wortprotokoll.pdf?id=21926&n=6030&j=2024#page=S.149>.

⁹⁷ Markus Achleitner (ÖVP), Wortprotokoll, 31. Sitzung des Oberösterreichischen Landtages, XXIX. GP, 10., 11. und 12. Dezember 2024, <https://www2.land-oberoesterreich.gv.at/internetltgbeilagen/Beilage%206030/2024-%20Wortprotokoll.pdf?id=21926&n=6030&j=2024#page=S.479>.

⁹⁸ Sandra Krautwaschl (Grüne), Stenographischer Bericht, 36. Sitzung des Landtages Steiermark, XVIII. GP, 18. Oktober 2022, https://www.landtag.steiermark.at/cms/dokumente/12762630_155295847/b1674a0e/36_Stenografisches_Protokoll.pdf, S. 7593.

⁹⁹ Nikolaus Swatek (NEOS), Stenographischer Bericht, 37. Sitzung des Landtages Steiermark, XVIII. GP, 15. November 2022, https://www.landtag.steiermark.at/cms/dokumente/12762630_155295847/97b53fd8/37_Stenografisches_Protokoll.pdf, S. 7655.

¹⁰⁰ Mario Kunasek (FPÖ), Stenographischer Bericht, 43. Sitzung des Landtages Steiermark, XVIII. GP, 14. März 2023, https://www.landtag.steiermark.at/cms/dokumente/12762630_155295847/b7e7f4e4/43_Stenografisches_Protokoll.pdf, S. 8846.

¹⁰¹ Hermann Kuenz (ÖVP), Stenographischer Bericht, 31. Sitzung des Tiroler Landtages, XVII. GP, 16-17. März 2022, <https://lte.tirol.gv.at/public/sitzung/landtag/landtagsSitzungDokList.xhtml?id=5842&cid=1#>, S. 27.

¹⁰² Anton Mattle (ÖVP), Stenographischer Bericht, 31. Sitzung des Tiroler Landtages, XVII. GP, 16-17. März 2022, <https://lte.tirol.gv.at/public/sitzung/landtag/landtagsSitzungDokList.xhtml?id=5842&cid=1#>, S. 104.

¹⁰³ Markus Abwerzger (FPÖ), Stenographischer Bericht, 19. Sitzung des Tiroler Landtages, XVIII. GP, 18-20. Dezember 2024, <https://lte.tirol.gv.at/public/sitzung/landtag/landtagsSitzungDokList.xhtml?id=6172&cid=1#>, S. 19.

¹⁰⁴ Markus Sint (FRITZ), Stenographischer Bericht, 31. Sitzung des Tiroler Landtages, XVII. GP, 16-17. März

2022,
<https://lte.tirol.gv.at/public/sitzung/landtag/landtagsSitzungDokList.xhtml?id=5842&cid=1#>, S. 15.

¹⁰⁵ Dominik Nepp (FPÖ), Wörtliches Protokoll, 14. Sitzung des Wiener Landtages, 21. WP, 23. Juni 2022, <https://www.wien.gv.at/mdb/ltg/2022/ltg-014-w-2022-06-23.pdf>, S. 18.

¹⁰⁶ Peter Florianschütz (SPÖ), Wörtliches Protokoll, 20. Sitzung des Wiener Landtages, 21. WP, 24. Februar 2023, <https://www.wien.gv.at/mdb/ltg/2023/ltg-020-w-2023-02-24.pdf>, S. 21.

¹⁰⁷ Udo Guggenbichler (FPÖ), Wörtliches Protokoll, 12. Sitzung des Wiener Landtages, 21. WP, 28. April 2022, <https://www.wien.gv.at/mdb/ltg/2022/ltg-012-w-2022-04-28.pdf>, S. 37.

¹⁰⁸ Hannes Taborsky (ÖVP), Wörtliches Protokoll, 12. Sitzung des Wiener Landtages, 21. WP, 28. April 2022, <https://www.wien.gv.at/mdb/ltg/2022/ltg-012-w-2022-04-28.pdf>, S. 41.

¹⁰⁹ Karoline Edtstadler (ÖVP), Stenographisches Protokoll, 171. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXVII GP, 21. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/171/A_-_10_39_01_00276160.html

© Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik, 2026

All rights reserved. Reprinting or any similar or comparable use of publications of the Austrian Institute for European and Security Policy (AIES) are only permitted with prior permission. The articles published in the AIES Study series exclusively reflect the opinions of the respective authors.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau
Tel. +43 (1) 3583080
office@aies.at | www.aies.at